

**EUROPA-KONGRESS**

**Sorge  
um  
Europa**

**vom 25. bis 26. Februar 1964**

**in Bad Godesberg**

**SFD-BUNDESTAGSFRAKTION**

## INHALT

- XII JEAN MONNET  
**Europa und die Vereinigten Staaten in der Solidarität des Westens**
- XIII WILLI BIRKELBACH  
**Zum Nationalstaat zurück?**
- XIV DR. HEINRICH DEIST t  
**Die Gemeinschaft als wirtschafts- und sozialpolitische Union**
- XV KÄTE STROBEL  
**Die Außenbeziehungen der europäischen Gemeinschaften**
- XVI FRITZ ERLER  
**Eröffnung des Kongresses**
- HERBERT WEHNER  
**Zusammenfassung**
- XVII DR. GERHARD KREYSSIG  
**Bericht der Arbeitsgemeinschaft  
~ Außenbeziehungen der EWG "**
- DR. ILSE ELSNER MdB  
**Bericht der Arbeitsgemeinschaft  
~ EWG als wirtschafts- und sozialpolitische Union "**
- XVIII **Podiumsgespräch**
- XIX **Arbeitsgemeinschaft  
~ Außenbeziehungen der EWG "**
- Arbeitsgemeinschaft  
~ Die EWG als wirtschafts- und sozialpolitische Union "**

**Europa-Kongreß der SPD-Bundestagsfraktion**

am 25. und 26. Februar 1964 in der Stadthalle in Bad Godesberg

**Jean Monnet**

Präsident des Aktionskomitees für die Vereinigten Staaten von Europa

# **Europa und die Vereinigten Staaten in der Solidarität des Westens**

I

Lassen Sie uns zunächst der Männer gedenken, mit deren Namen sich die wichtigsten Etappen bei der Gestaltung des Friedens verbinden, und die vor kurzem für immer von uns gegangen sind:

Erich Ollenhauer, der die Zeichen unserer Zeit so gut verstanden, der mit Ihrer Partei zur Verwirklichung des Gemeinsamen Marktes und zur demokratischen Gestaltung des Gesprächs zwischen den politischen Parteien Ihres Landes einen Beitrag von unschätzbarem Wert geleistet hat;

Robert Schuman, der den ersten Anstoß zur Einigung der Völker Europas gegeben hat;

Präsident Kennedy, der einer Partnerschaft auf der Grundlage der Gleichberechtigung zwischen den mächtigen Vereinigten Staaten von Amerika und den im Entstehen begriffenen Vereinigten Staaten von Europa den Weg bereitet hat.

## II

Es ist mir eine große Freude, heute in Ihrer Mitte sein zu können. Da ich die deutsche Sprache nicht beherrsche, muß ich französisch zu Ihnen sprechen. Aber wenn wir auch nicht die gleiche Sprache sprechen: unsere Herzen schlagen für die gleiche Sache und in unserem Willen sind wir eins. Gemeinsam arbeiten wir an der Gestaltung des Friedens.

## III

Seit Menschengedenken - und in Europa noch bis in unser Jahrhundert hinein - haben Völker durch Krieg die Vorherrschaft über andere Völker zu erringen gesucht.

Diese Kriege brachten Tod und Verderben. Und als eine weitere Folge griff in den Köpfen der Menschen die Vorstellung Platz, als Volk anderen Völkern überlegen und zur Vorherrschaft berufen zu sein.

Der Ruhm der Geschichte fiel den Siegern zu.

Die Kriege der Vergangenheit - auch der zweite Weltkrieg - haben die Kräfte der Völker nicht völlig erschöpft. Für den Sieger wie für den Besiegten bedeuteten sie ungeheure, aber immer noch begrenzte Zerstörungen.

Heute können die Atomwaffen und die Waffen, die vielleicht noch erfunden werden, zu einer totalen Vernichtung führen.

Wir müssen uns darüber klar werden, daß ein Konflikt, in dem Atomwaffen zur Anwendung kämen, zum allseitigen und uneingeschränkten Einsatz dieser Waffen führen und damit die Vernichtung von Staaten und die Auslöschung von Völkern zur Folge haben würde.

Die Nationen müssen lernen, miteinander zu leben. Ein Konflikt zwischen ihnen ist heute gleichbedeutend mit Vernichtung.

Künftig wird die Geschichte denjenigen Völkern und Staaten ihren Ruhm zuteil werden lassen, die es vermocht haben, den Frieden zu gestalten.

## IV

Noch bis in die jüngste Vergangenheit hinein gab es ein sogenanntes internationales Gleichgewicht. Es war ein Gleichgewicht, das sich auf die Nationen gründete und im wesentlichen auf der Erhaltung

der bestehenden Ordnung beruhte. Doch diese Ordnung konnte nicht aufrechterhalten werden.

Die Länder Europas waren an den Rand des Abgrunds geraten, weil sie entweder die Vorherrschaft oder die absolute Sicherheit angestrebt hatten.

Sicherheit durch das Streben nach Vorherrschaft über andere erringen zu wollen, heißt die Völker geradewegs ins Verderben zu stürzen, denn das Streben nach Vorherrschaft kennt keine Grenzen, und was ohne Grenzen ist, ist für den Menschen unerreichbar.

Es geht jetzt nicht mehr darum, die alte Weltordnung zu erhalten, sondern wir müssen die Grundlagen für eine neue, friedliche, auf der Gleichheit beruhende Weltordnung schaffen und das Überwertigkeitsgefühl überwinden.

## V

Von allen Seiten stürmen heute die Probleme auf uns ein, ob es sich nun um Europa, Asien oder Afrika handelt. Niemand kann so vermessen sein, vorhersagen zu wollen, wie diese Probleme einmal gelöst werden. Was wir tun können, ist, die Entwicklung der Probleme zu fördern und dadurch eine friedliche Wandlung herbeizuführen.

Ich glaube, daß dieses Ziel erreicht werden kann, wenn der Westen den Weg fortsetzt, den er beschritten hat:

Die Einigung Europas, die Verwirklichung einer Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten auf der Grundlage der Gleichberechtigung, und die gemeinsamen Bestrebungen um eine dauerhafte Basis für eine friedliche Koexistenz mit der UdSSR.

Wenn wir diese Ziele gleichzeitig anstreben, so leisten wir dadurch einen wesentlichen Beitrag zur Gestaltung des Friedens.

## VI

Die Vereinigten Staaten von Europa sind im Werden.

Die Europäische Gemeinschaft beschränkt sich heute auf die sechs EWG-Länder. Sie muß auf alle demokratischen Länder Europas ausgedehnt werden, welche die Ziele, die Rechtsvorschriften und die Institutionen der Gemeinschaft zu akzeptieren bereit sind. Wir denken hier vor allem an Großbritannien, dessen Platz bei uns ist. Ich denke auch an Dänemark, Norwegen und Irland, die ebenfalls ihren Beitritt zum Gemeinsamen Markt beantragt haben.

Bevor ich Ihnen darlege, wie die künftige Entwicklung in Europa meines Erachtens verlaufen muß, möchte ich Ihnen in einigen Worten auseinandersetzen, was ich als Grundlage der demokratischen europäischen Gemeinschaft und als ihre Substanz ansehe.

Diese Gemeinschaft setzt zunächst ein gemeinsames Interesse voraus. Damit nun die Menschen in unseren Ländern das gemeinsame Interesse suchen, begreifen und unterstützen können, müssen wir die Voraussetzungen dafür schaffen, daß ihre Einstellung und ihr Verhalten zueinander sich nach und nach ändern, daß sie ihre Probleme nicht mehr als nationale, sondern als gemeinsame Probleme betrachten. Das kann nur durch gemeinsame Gesetze und Institutionen erreicht werden.

Innerhalb unserer Länder ist das alles etwas fast Selbstverständliches. Aber erst vor kurzer Zeit haben wir damit begonnen, für die Beziehungen zwischen unseren Völkern das gelten zu lassen, was wir für das Zusammenleben der Menschen eines Landes als natürlich betrachten: daß Streitigkeiten nicht durch Gewalt, sondern im Wege der Anwendung gemeinsamer Rechtsvorschriften durch gemeinsame Institutionen beigelegt werden.

Diese Überzeugung lag dem 1950 von Robert Schuman gemachten Vorschlag zugrunde, der die Zustimmung von Bundeskanzler Adenauer und den übrigen Ländern der Europäischen Gemeinschaft fand.

Unsere Länder haben begonnen, einen Teil ihrer Hoheitsrechte auf gemeinsame Institutionen zu übertragen und ihre Zustimmung gegeben, daß wichtige Entscheidungen, die sich unmittelbar auf das Leben ihrer Völker auswirken, nicht mehr von ihnen selbst getroffen, sondern innerhalb der europäischen Institutionen nach Vorschriften, die auf alle Beteiligten Anwendung finden, erörtert und beschlossen werden.

So errichteten unsere Länder die Institutionen der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Atomgemeinschaft.

Die von den Regierungen der einzelnen Länder unabhängigen Exekutiven, den Ministerrat, in dem die Vertreter der Mitgliedsstaaten zusammenkommen, um auf die Vorschläge der Exekutiven - in einigen Fällen bereits durch Mehrheitsbeschluß - Entscheidungen zu treffen, das Europäische Parlament, in dem die Parlamentarier unserer sechs Länder in Fraktionen ohne Unterschied der Nationalität vertreten sind, und den Europäischen Gerichtshof als oberste supranationale Rechtssprechungsinstanz, die gewährleistet, daß das Recht der Gemeinschaft respektiert wird.

Der ständige Dialog zwischen den Organen der Europäischen Gemeinschaft und den Organen der einzelnen Staaten ist das Fundament der neuen Institutionen. Es stellt die eigentliche "förderative Kraft" Europas dar.

Wenn unsere europäischen Institutionen gegenwärtig auch noch auf den Bereich der Wirtschaft beschränkt sind, so stellen sie doch ohne Zweifel die Keimzelle der Vereinigten Staaten von Europa dar.

Jetzt gilt es, diese Institutionen demokratischer zu gestalten, das auf europäischer Ebene angewandte Verfahren nach und nach auf weitere Bereiche auszudehnen und schließlich die Schaffung einer europäischen politischen Behörde unter einer demokratischen Kontrolle vorzubereiten.

Dieses Ziel kann aber nur schrittweise erreicht werden, geht es doch darum, althergebrachte und tief eingewurzelte Gewohnheiten aufzugeben und andere Vorstellungen an ihre Stelle treten zu lassen.

Nach und nach ändern die Staaten Europas die traditionellen Formen ihrer Beziehungen. Das Verhalten der Völker Europas zueinander wandelt sich. Ihre Interessen, ihr Schicksal sind zu gemeinsamen Interessen, zu einem gemeinsamen Schicksal geworden: sie wurzeln zwar weiter in ihrer Vergangenheit, aber den Weg in die Zukunft beschreiten sie gemeinsam als Europäer. Europa ist im Entstehen, der Lebensstandard seiner Bevölkerung steigt. Es wird zu einer der Kräfte in der Welt.

Welches Europa wird aus allen diesen Bemühungen hervorgehen?

Die Antwort auf diese Frage ist eindeutig: es wird ein demokratisches Europa, ein soziales Europa sein. Es wird ein unerläßliches Element sein, das für die Gestaltung des Friedens wirkt.

Unsere heutige Welt ist eine Welt der großen Einheiten: Wir müssen in Kontinenten denken, und es muß ein Dialog zwischen Kontinenten geführt werden.

## VII

Die Frage der Beziehungen der Europäischen Gemeinschaft zur übrigen Welt und die Entscheidung, die Europa treffen muß, ist meines Erachtens einfach:

Verwirklichung einer Partnerschaft mit Amerika und gemeinsames Bemühen um die Formen einer friedlichen Koexistenz mit dem Osten.

Ich sage, daß die Entscheidung, die Europa zu treffen hat, einfach ist. Ich will hier nicht näher auf die Vergangenheit eingehen - den entscheidenden Beitrag der Vereinigten Staaten zur Verteidigung der Freiheit, den Wiederaufbau Europas nach dem Kriege - sondern wir müssen den gegenwärtigen Tatsachen ins Auge sehen: Amerika und Europa haben die gleiche, auf der Freiheit des Individuums beruhende Zivilisation, und ihr öffentliches Leben gründet sich auf die gleichen demokratischen Prinzipien. Die heutige militärische Sicherheit Europas beruht auf den Vereinigten Staaten.

Amerika und die Länder Europas sind auf wesentlichen Gebieten miteinander assoziiert: auf militärischem Gebiet sind sie Bündnispartner innerhalb der NATO, auf wirtschaftlichem Gebiet arbeiten sie innerhalb der OECD zusammen.

Nur im GATT sprechen unsere sechs Länder dank der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft mit einer gemeinsamen Stimme.

Diese Assoziierung besteht zwischen den Vereinigten Staaten und den einzelnen Ländern Europas. Sie muß eine Wandlung erfahren. Sie muß sich zu einer Partnerschaft auf der Grundlage der Gleichberechtigung zwischen den Vereinigten Staaten und dem im Werden befindlichen Vereinten Europa entwickeln.

Das im Entstehen begriffene Europa bedarf zwar der Sicherheit, die ihm heute die Vereinigten Staaten garantieren. Aber die Beziehungen zwischen Amerika und Europa müssen doch auf die Basis der Gleichberechtigung gestellt werden.

Denn die Grundlage der friedlichen Weltordnung muß die Gleichberechtigung sein. Diese kann aber nur in einem geeigneten organisatorischen Rahmen verwirklicht werden.

Diese Partnerschaft auf der Grundlage der Gleichberechtigung hatte Präsident Kennedy in seiner Rede vom 4. Juli 1962 vorgeschlagen, und ihre Notwendigkeit noch einmal auf deutschem Boden in seiner Frankfurter Rede vom 25. Juni 1963 bekräftigt.

Das Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa hat in seiner EntschlieÙung vom 26. Juni 1962 das Verhältnis zwischen Europa und Amerika folgendermaßen definiert:

~Hierbei handelt es sich um eine Partnerschaft zwischen Amerika und dem Vereinigten Europa, d. h. zwischen zwei verschiedenen, aber gleichermaßen mächtigen Einheiten, bei der jeder Partner seinen Teil der gemeinsamen Verantwortung gegenüber der Welt übernimmt. Diese Partnerschaft ist zwischen Europa und den Vereinigten Staaten von Amerika dafür auch nicht auf das wirtschaft-

liche Gebiet beschränkt. Sie muß sich schnell auf den politischen und militärischen Bereich ausdehnen."

Die politischen und militärischen Beziehungen bestehen heute zwischen den Vereinigten Staaten auf der einen und jedem einzelnen unserer Länder auf der anderen Seite. Die Größenunterschiede sind derart, daß es schwierig ist, einen echten Dialog zu führen.

Die Partnerschaft zwischen den Vereinigten Staaten und Europa wird diesen Zustand grundlegend ändern und einen ständigen Dialog zwischen Gleichberechtigten ermöglichen.

Die Partnerschaft ist Ausdruck der Bereitwilligkeit, gemeinsam und auf der Grundlage der Gleichberechtigung die auftretenden konkreten Probleme anzugehen. Sie ist Ausdruck der Bereitwilligkeit, Regeln für die Beziehungen zwischen den beiden Partnern und für ihre politischen Beziehungen zur übrigen Welt zu entwickeln.

Es liegt auf der Hand, daß die grundlegenden politischen Probleme, die mit der UdSSR geklärt werden müssen, von Europa und den Vereinigten Staaten nur in Gemeinsamkeit gelöst werden können.

Wie können die großen Wirtschaftsprobleme, von deren Lösung der Lebensstandard unserer Völker abhängt, anders angegangen werden als dadurch, daß sie von Europa und den Vereinigten Staaten gemeinsam in Angriff genommen werden? Denn keiner der beiden kann diese Probleme allein lösen, ob es sich nun um die Politik zur Sicherung des Wohlstandes, um die Agrarpolitik, um das internationale Währungssystem oder um die Politik gegenüber den Entwicklungsländern handelt.

Alle diese Fragen können nur durch eine zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und dem Vereinten Europa abgestimmte Aktion auf politischem, militärischem und wirtschaftlichem Gebiet ihre Lösung finden.

Natürlich kann diese Partnerschaft auf der Grundlage der Gleichberechtigung nur schrittweise und in dem Maße verwirklicht werden, wie Europa selbst nach und nach Wirklichkeit wird.

Auch hier muß, wie überall, ein Anfang gemacht werden.

Der erste Schritt auf diesem Wege sind die Verhandlungen der Kennedy-Runde über Industrie- und Landwirtschaftsfragen zwischen den Vereinigten Staaten und Europa. Wie es sich auf der GATT-Tagung vom Mai 1963 gezeigt hat, besteht der Kernpunkt dieser Verhandlungen in den Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Der Erfolg

dieser Verhandlungen wird sich dahingehend auswirken, daß die Handelspolitik der Vereinigten Staaten und die Handelspolitik Europas auf der Grundlage eines gemeinsamen Einvernehmens betrieben wird.

## VIII

Man kann nicht von einer Partnerschaft zwischen dem Vereinten Europa und den Vereinigten Staaten von Amerika sprechen, die die gegenwärtig den Osten und den Westen trennenden Probleme in Angriff nehmen und den Frieden gestalten wollen, ohne die Frage der Atomwaffen und der Beziehungen der europäischen Länder untereinander sowie zwischen Amerika und Europa auch in diesem Zusammenhang aufzuwerfen.

Europa kann sich nicht den Problemen verschließen, von denen die Sicherheit des Westens und seine Überlebenschancen abhängen, und es kann auch nicht abseits stehen bei den Bemühungen um die Abrüstung und ihre Kontrolle.

Europa kann sich nicht darauf beschränken, ausschließlich zu den konventionellen Verteidigungsmitteln beizutragen und gleichzeitig darauf hoffen, daß es an Entscheidungen teilhaben kann, die sich für Europa und für den Westen als lebenswichtig erweisen können.

Europa muß sich an der atomaren Bewaffnung beteiligen und zu ihr einen Beitrag leisten. Es muß Lasten übernehmen, sein Potential nutzen und eigene Anstrengungen machen.

Wir alle kennen die Schwierigkeiten, die sich einer europäischen Gemeinschaftsaktion und einer gemeinsamen Aktion Europas und der Vereinigten Staaten auf diesem Gebiet entgegenstellen.

Die Differenzen in bezug auf die atomare Bewaffnung berühren unsere Existenz, unsere Sicherheit und unsere Freiheit, da sie die Einigung Europas sowie die Assoziierung Europas und Amerikas auf politischem und militärischem Gebiet behindern.

Schließlich ist auch die Gestaltung eines dauerhaften Friedens zwischen Ost und West nicht ohne eine Lösung der durch die Atomwaffen aufgeworfenen Probleme möglich, wie es die Kubakrise, die Einrichtung des direkten Drahts zwischen Washington und Moskau und der Vertrag über die teilweise Einstellung der Kernwaffenversuche deutlich gezeigt haben.

Es ist klar, daß es gefährlich wäre, eine Vermehrung der Zahl der einzelstaatlichen Atommächte zuzulassen, denn dies liefe der Einigung

Europas zuwider, würde Europa trennen statt es zu einen und eine gefährliche Ungleichheit schaffen.

Auch hier wieder ist, mehr noch als auf jedem anderen Gebiet, eine Gemeinschaftsaktion des Westens unbedingt erforderlich. Bei der gegenwärtigen - unübersichtlichen und schwierigen Lage kann die vorgeschlagene multilaterale Atomstreitmacht vielleicht eine Übergangslösung darstellen und eine gefährliche Lücke füllen.

Sie ist der erste Schritt zu einer gemeinsamen Organisation.

Natürlich ändert diese multilaterale Atomstreitmacht nichts an der Vorrangstellung der Vereinigten Staaten, da die USA den größten Teil ihres Kernwaffenpotentials außerhalb dieser Streitmacht belassen würden. Die gegenwärtige Situation wird eine grundlegende Wandlung erfahren, sobald die Länder Europas eine gemeinsame Behörde geschaffen haben, die in der Lage ist, das atomare Potential zu verwalten und zu kontrollieren. Dann kann die multilaterale Organisation in der Weise geändert werden, daß eine mit der amerikanischen Atomstreitmacht assoziierte gemeinsame europäische Atomstreitmacht an ihre Stelle tritt.

Denn es ist unerläßlich, daß die Vereinigten Staaten und Europa als gleichberechtigte Partner gemeinsam und unzweideutig handeln, daß die Welt von ihrer Partnerschaft überzeugt ist, und daß sie gemeinsam die Gestaltung des Friedens und einer friedlichen Koexistenz mit der UdSSR anstreben.

## IX

Für jedermann - im Osten wie im Westen - muß es klar sein, daß unser Ziel keine Vermehrung der Atomstreitmächte ist, sondern daß wir uns im Gegenteil ständig um die Herstellung von Bedingungen bemühen, die schrittweise eine Abschaffung der Atomstreitkräfte ermöglichen.

Die Verwirklichung der Einheit Europas, die Partnerschaft mit Amerika auf der Grundlage der Gleichberechtigung, sind nämlich nicht nur die grundlegenden Voraussetzungen für die wirtschaftliche Zukunft und für die Verteidigung des Westens, sondern sie sind vor allem für die Gestaltung des Friedens unerläßlich.

Während die Bundesrepublik Deutschland bereits ein Glied der Europäischen Gemeinschaft geworden ist und mit den anderen Ländern des Westens eine gemeinsame Zukunft teilt, sind die Deutschen noch immer ein gespaltenes Volk.

Noch besteht das tragische Problem der Teilung Deutschlands in seiner ganzen Größe. Dieses Problem muß gelöst werden. Die Vereinigung der Deutschen in der im Entstehen begriffenen Europäischen Gemeinschaft ist zur Sicherung des Friedens eine Notwendigkeit.

Ohne die Besorgnisse der Sowjetunion falsch einzuschätzen, muß ihnen doch dadurch Rechnung getragen werden, daß zwischen der UdSSR auf der einen und Europa und den Vereinigten Staaten auf der anderen Seite schrittweise ein Arrangement über eine echte, friedliche Koexistenz getroffen wird, in dessen Rahmen diesem so gefährlichen und unmenschlichen Zustand ein Ende gesetzt werden kann.

Ich sagte "zwischen der UdSSR auf der einen und Europa und den Vereinigten Staaten auf der anderen Seite". Denn welchen Wert hätte ein Arrangement für die Sowjetunion, wenn es nicht zwischen der UdSSR und Europa im Verein mit den USA getroffen würde?

Wie sähe diese so entscheidende Regelung für Europa aus, würde sie nicht gemeinsam mit den Vereinigten Staaten angestrebt?

Die Partnerschaft zwischen dem Vereinten Europa und den Vereinigten Staaten auf der Grundlage der Gleichberechtigung darf zu keinem Zweifel Anlaß geben, denn wenn sie zu keinem Zweifel Anlaß gibt, läßt sie auch keine Furcht aufkommen. Die Furcht aber wird durch die Unsicherheit, durch das Mißtrauen erzeugt.

Ist diese Unsicherheit, sind diese Zweifel einmal beseitigt, dann wird keine Nation mehr zum Einsatz im Spiel der Kräfte werden, keine Gefahr einer Spaltung wird dann mehr durch die mit ihr verbundene Unsicherheit die Beziehungen zwischen Ost und West bedrohen. Wenn unsere Ziele klar sind, wenn wir die Unsicherheit beseitigen und die Ungeduld überwinden, wird es uns möglich sein, das Werk zu vollbringen, das die Zukunft unserer so alten und gleichzeitig so jungen Völker von Grund auf ändern wird.

## X

Abschließend möchte ich Ihnen gestehen, daß ich einfach gar nichts anderes sein kann als ein Optimist.

Meine Freunde nennen mich sogar oft einen unverbesserlichen Optimisten.

Ich glaube aber, daß sie heute, wenn sie sich rückblickend die Wandlungen vergegenwärtigen, die sich in den Beziehungen zwischen unseren Völkern vollzogen haben, mit mir einig sein müssen.

Ich kann nicht und ich will nicht vergessen, daß die Feinde von gestern sich ganze fünf Jahre nach einem furchtbaren Krieg zusammengefunden haben, um vereint ein gemeinsames Schicksal in Gleichheit und Freiheit auf sich zu nehmen. Und dieses gemeinsame Schicksal heißt: Europa!

Seit dem Beginn dieser Einigungsbestrebungen im Jahre 1950 sind große Fortschritte erzielt worden. Die Wandlungen haben sich Schritt für Schritt vollzogen, die eingesetzten Institutionen arbeiten befriedigend, die Einheit Europas gründet sich auf ein immer festeres Fundament.

Die Vereinigten Staaten verstehen diese Bestrebungen, billigen sie und bieten diesem Europa eine Partnerschaft auf der Grundlage der Gleichberechtigung an.

Jetzt ist die Hoffnung auf eine Entspannung zwischen Ost und West aufgetaucht. Diese große Hoffnung hat das Moskauer Abkommen über die teilweise Einstellung der Kernwaffenversuche keimen lassen.

Warum sollen wir immer nur die Hindernisse sehen, die vor uns liegen? Natürlich müssen wir uns ihrer bewußt sein, aber nur deshalb, damit wir sie besser überwinden können.

Hindernisse und Rückschläge tragen dazu bei, daß man nachdenkt und Bilanz zieht.

Oft sind sie geradezu eine Notwendigkeit.

Der Hauptgrund für meinen Optimismus ist der, daß wir gar nicht scheitern können bei unseren Bemühungen, das Endziel zu erreichen, das wir uns gesetzt haben:

die Menschen in Freiheit und Frieden  
zu einen.

# TATSACHEN - ARGUMENTE

Sonderausgabe XIII

März 1964

**Europa-Kongreß der SPD • Bundestagsfraktion  
am 25. und 26. Februar 1964 in der Stadthalle in Bad Godesberg**

**Willi Birkelbach,**

MdB, \_ Vorsitzender der Sozialistischen Fraktion des Europäischen Parlaments

## Zum Nationalstaat zurück ?

### **Der Weg der europäischen Gemeinschaften**

Mit der Errichtung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft haben die beteiligten Länder nicht bloß das Ziel verfolgt, einen größeren Wirtschaftsraum, einen Gemeinsamen Markt entstehen zu lassen. Ihre Absichten gingen weit darüber hinaus: Die EWG kam zustande, weil man entschlossen war, die europäische Einigung voranzutreiben. Die Erfahrungen der voraufgegangenen Jahre hatten jedoch einiges gelehrt: Nicht darauf kam es an, möglichst perfekte und logisch durchdachte Verfassungskonstruktionen zu erstellen, die dann auf dem Papier bleiben würden. Es galt vielmehr, einen Anfang zu machen und dabei zugleich einen Prozeß in Gang zu setzen, der, sobald er ein bestimmtes Ausmaß angenommen haben würde, nicht mehr beliebig aufgehalten oder rückgängig gemacht werden könnte.

Ein solcher Prozeß, der die wirtschaftlichen Existenzgrundlagen der beteiligten Völker verzahnen sollte und der damit in stets wachsendem Maße gemeinschaftliche Entscheidungen zwingend notwendig machen würde, wurde in der Tat durch die etappenweise Errichtung der Zollunion, die Festlegung auf gemeinsame Regeln und das Tätigwerden von Gemeinschaftsorganen ausgelöst. Die Bilanz der ersten

Jahre ist sowohl unter wirtschaftlichen als auch unter politischen Gesichtspunkten positiv. Eindeutig ließ sich die aus dem Funktionieren der Europäischen Gemeinschaften erwachsende Stärkung Europas und des Westens an den Auswirkungen im kommunistischen Bereich erkennen. Der mit der fortschreitenden Einigung Europas einhergehende wirtschaftliche Aufschwung hat bereits jetzt die Sowjetunion zur Überprüfung liebgewordener Vorstellungen veranlaßt. Man stellt sich dort die Frage, ob die eigene Zukunftsgewißheit, die Verwirklichung des Zieles, die westliche Welt einzuholen und zu überholen, tatsächlich noch als so selbstverständlich betrachtet werden kann. Bisher war man dort davon überzeugt, auf der Seite der geschichtlichen Entwicklung zu stehen, nunmehr wachsen Zweifel. Sie werden sich verstärken, wenn der Zusammenschluß der europäischen Nationen weiter Fortschritte macht, und wenn keinerlei Aussicht dafür besteht, daß die alten Rivalitäten der europäischen Nationalstaaten wieder aufleben.

Diese Auswirkung der westlichen Stärke könnte, zusammen mit den sowjetischen Überlegungen auf dem Gebiet der militärischen Sicherheit, die allmähliche Herausbildung einer Grundlage für die Wiedervereinigung Deutschlands mit sich bringen. Sollte eine Atmosphäre der Entspannung um sich greifen, möglich gemacht durch die allseitige Einsicht, daß der Fortgang des Atomwetterüstens mit Sicherheit zur Ausbreitung der Atomwaffen führen und die Chance verringern würde den Frieden zu retten, so könnte auch die Sowjetunion irgendwann vor neuen Fragen stehen. Sie könnte z. B. eine Frage näher prüfen, ob es nicht ihren eigenen Sicherheitsinteressen viel besser entsprechen würde, wenn in Europa eine endgültige Beruhigung Platz greifen würde, und wenn sie nicht ständig dazu gezwungen wäre, russische Truppen in Mitteldeutschland ein Regime stützen zu lassen, das offensichtlich nicht in der Lage ist, sich ohne diese Unterstützung an der Macht zu halten, zumal die ungelöste deutsche Frage einen ständigen Streitpunkt im weltpolitischen Konzept abgeben muß. Eine derartige Betrachtungsweise stellt einen längeren Zeitabschnitt internationaler Entwicklungen in Rechnung. Sie stellt aber auch in Rechnung die Tatsache, daß die Chance des Wiedererstehens Gesamtdeutschlands auf das engste verknüpft ist mit der Lösung der Frage, wie ein solches Gesamtdeutschland eingebettet sein würde in europäische Strukturen, die das Risiko neuer Abenteuer in Mitteleuropa ausschließt. Es kann sich nicht darum handeln, eine Art Oberhoheit anderer Mächte über das wiedervereinigte Deutschland zu etablieren, evtl. mit Einspruchs- und Überwachungsrecht gegenüber einer deutschen Regierung, auch bloße Kontrollen usw. wären wenig wirksam. Die beste Garantie für die Wahrung ihrer Sicherheitsinteressen könnte der Sowjetunion, aber auch den anderen Völkern in Europa, dadurch verschafft werden, daß ein

nach föderalistischen Prinzipien dauerhaft organisiertes Gebilde in Europa entsteht, die Vereinigten Staaten von Europa. Die gemeinsamen Institutionen und gemeinsamen Regeln, die nicht mehr aufzulösende Verschmelzung der wirtschaftlichen Existenzgrundlagen und das von den europäischen Völkern in Anspruch genommene und auch zugestandene und gesicherte gegenseitige Mitspracherecht bei der Regelung innerer und äußerer Angelegenheiten, alles das zusammen genommen wäre mehr wert als die besten Bündnisvereinbarungen und die größten Rüstungsanstrengungen.

### **Zustimmung der Sozialdemokraten**

Die deutschen Sozialdemokraten haben ebenso wie die befreundeten Parteien in den fünf Partnerländern der Schaffung des Gemeinsamen Marktes zugestimmt. Sie wandten dabei ihre Aufmerksamkeit nicht nur der Notwendigkeit zu, durch die allmähliche Beseitigung von Zöllen und sonstigen Handelshemmnissen einen größeren Markt entstehen zu lassen. Nach ihrer Auffassung war es notwendig, gleichzeitig der Tatsache Rechnung zu tragen, daß in allen modernen Industrieländern die Regierungen eine besondere Verantwortung für die Aufrechterhaltung eines hohen Beschäftigungsniveaus haben. Mit der Errichtung des Gemeinsamen Marktes wird auf bestimmte nationale Instrumente und Maßnahmen, u. a. für die Beeinflussung des Beschäftigungsniveaus, verzichtet. Genannt seien Zollsatzänderungen und Einfuhrbeschränkungen. Andere Maßnahmen können nur im Einverständnis mit den Partnern oder mit den Gemeinschaftsorganen ergriffen werden. Aus der Einsicht in derartige Zusammenhänge ergibt sich die Forderung nach einer gemeinsamen Wirtschaftspolitik, für die es gilt, die notwendigen instrumentalen und institutionellen Vorkehrungen rechtzeitig zu treffen. Nach unserer Auffassung sollte die Zeit der anhaltenden guten Konjunktur dafür genutzt werden.

Eine solche Betrachtungsweise liefert zugleich die Begründung für die Bejahung des Prinzips regionaler Wirtschaftszusammenschlüsse als Alternative zur sogenannten weltweiten Integration. Handlungsfähig organisierte regionale Zusammenschlüsse, wirtschaftliche Großräume sollen das Gerüst abgeben für die Sicherung einer stetigen Wirtschaftsausweitung und für die Abwehr von tiefgreifenden Störungen in der Weltwirtschaft. Sie sollen das Risiko allgemeiner Wirtschaftskrisen vermindern. Mit diesem Bekenntnis zu regionalen Wirtschaftszusammenschlüssen ist jedoch keineswegs die Einstellung verbunden, das wesentlichste Kennzeichnen und die Grundlage derartiger Zusammenschlüsse sei eine möglichst hohe Präferenz gegenüber der Umwelt. Im Gegenteil, das hervorstechendste Merkmal muß vielmehr die vergemeinschaftete Politik sein und damit das Vor-

handensein von Gemeinschaftsorganen, die nach innen und außen zu eigenständigem Handeln fähig sind. So organisierte Wirtschaftsräume bringen mit ihrer die allgemeine Wirtschaftstätigkeit befruchtenden und stabilisierenden Wirkung nicht nur den Partnerländern Vorteile, auch in den Nachbarmärkten wird die Auftriebstendenz gestärkt. Mit diesem Hinweis soll natürlich nicht bestritten werden, daß bestimmte Wirtschaftsbereiche in den Nachbarländern durch die Umleitung von Warenströmen Nachteile erleiden.

Es würde zu weit führen, an dieser Stelle auf alle politischen Gemeinschaftstätigkeiten einzugehen, die als zwangsläufige Folge der Errichtung des Gemeinsamen Marktes in Gang gesetzt wurden. Die jährlichen Gesamtberichte der Europäischen Exekutiven geben darüber Auskunft. Eine Fülle von nützlichen Vorarbeiten für die rechtliche, tatsächliche und institutionelle Untermauerung der Europäischen Gemeinschaften wurde geleistet, z. B. durch die Herausarbeitung der gemeinsamen Agrarpolitik, durch die Anstrengungen auf den Gebieten der Kartellpolitik, der Rechtsangleichung, der statistischen Vergleichbarmachung und Durchleuchtung der wirtschaftlichen und sozialen Gegebenheiten, der Handelspolitik usw. Viele andere Sachgebiete könnten aufgezählt werden. Nur wer sich darüber im klaren ist, daß jede Art von politischem Zusammenschluß in Europa die gleichen Aufgaben stellen würde, weiß die Bedeutung dieser Fortschritte richtig einzuschätzen. Selbst wenn man von Anfang an bereit gewesen wäre, den Gemeinschaften wesentlich mehr und wesentlich stärkere unmittelbare Zuständigkeiten zu geben, oder wenn man diese für die Zukunft für unerlässlich hält, darf man nicht übersehen, daß in jedem Falle langwierige Vorarbeiten erforderlich gewesen wären. Daß man bereits so vieles in Angriff nehmen konnte, daß Formen des Vergleichbarmachens und des sich Verständigens entwickelt wurden, kann nur ermutigend wirken.

### **Trotz positiver Bilanz Gefahren vorhanden**

Leider haben wir jedoch allen Anlaß, trotz dieser positiven Bilanz auf Mißerfolge und sogar auf Gefährdungen hinzuweisen. Es ist zunächst das Versagen der EWG bei dem Versuch festzustellen, ihre Begrenzung auf sechs Mitgliedsländer zu überwinden. Es erübrigt sich, auf die Art und Weise näher einzugehen, mit der vor rund einem Jahr die Verhandlungen durch das Vorgehen eines der Mitgliedsstaaten abgebrochen worden sind. Das ist noch in aller Erinnerung. Von aktueller Bedeutung sind die Schwierigkeiten, die sich für die Gemeinschaft aus der Tatsache ergeben, daß der Gleichschritt zwischen dem fortschreitenden Abbau der innergemeinschaftlichen Handelsschranken und der Herausbildung einer gemeinsamen Wirtschaftspolitik nicht hergestellt werden konnte. So droht im Augenblick die inflatio-

nistische Preisentwicklung in einigen Partnerländern das wirtschaftliche Gleichgewicht in der Gemeinschaft empfindlich zu stören. Das Zurückbleiben der institutionellen Weiterentwicklung der Gemeinschaften im Vergleich zu den Fortschritten bei der Verschmelzung der Volkswirtschaften hat besonders unangenehme Rückwirkungen auf das Verhältnis der EWG zu Drittländern. In manchen dieser Länder wächst eine Mißstimmung, ja eine Animosität, die sich bis zu der Befürchtung steigert, die EWG stehe der Wahrnehmung gewisser lebenswichtiger Interessen schon dadurch im Wege, daß sie auf Grund ihrer Verständigungsschwierigkeiten bewegungsunfähig sei. Im Verkehr der Völker untereinander war bisher stets deutlich festzustellen, wer für die Erteilung oder Nichterteilung einer Antwort auf eine Anfrage bzw. für die Aufnahme von mehr oder weniger ernsthaften Verhandlungen verantwortlich war, nämlich die Regierung des betreffenden Landes. Heute kann sich für eine Gruppe von Ländern, nämlich für die Mitgliedsländer der EWG, der Zustand ergeben, daß die nationalen Regierungen auf die Ausübung ihrer Befugnisse verzichten haben, ohne daß von außen zu erkennen ist, wer die Verantwortung dafür trägt, daß diese Befugnisse auf der Gemeinschaftsebene nicht wahrgenommen werden können. Es mag der Fall eintreten, daß dritte Länder keinen mit den nötigen Vollmachten ausgestatteten Adressaten für ihre Demarchen mehr finden. Der Hinweis darauf, im Ministerrat habe man keine Einstimmigkeit erzielt, wäre nur ein schlechter Trost.

Es ist eine durchaus offene Frage, ob die bevorstehenden Verhandlungen im GATT (die sogenannte Kennedy-Runde) einen wesentlichen Fortschritt bei der Regelung der Außenbeziehungen bringen werden. Zwar ist der Kommission der EWG durch die Dezemberbeschlüsse des Ministerrats ein Verhandlungsmandat erteilt worden. Man wird jedoch in Rechnung stellen müssen, daß alle Verhandlungsergebnisse vom Ministerrat bzw. von den Mitgliedsregierungen einstimmig gebilligt werden. Außerdem wird das Fortbestehen von zwei getrennten Präferenzzonen in Europa (EWG und EFTA) selbst im Falle einer wesentlichen Reduzierung des Außenzolls die traditionellen Handelsströme weiterhin beeinträchtigen. Die Frage nach einer Ausweitung der EWG durch die Aufnahme neuer Mitglieder und die Assoziierung anderer bleibt gestellt. Niemand kann sagen, wann und unter welchen Umständen es gelingen wird, das französische Veto gegen die Aufnahme Großbritanniens zu überwinden bzw. welche Vorstellungen eine neue britische Regierung in Bezug auf die Verbindung zur EWG entwickeln wird.

Verschiedentlich ist im Zusammenhang mit der Haltung der französischen Regierung in außen- und verteidigungspolitischen Fragen (Anerkennung Festland-Chinas, forte de frappe) und durch die Art

des Vorgehens im Rahmen der Gemeinschaften (ultimative Fristsetzungen usw.) die Überlegung aufgetaucht, ob nicht eine Alternative zur EWG gesucht werden müsse. Man hielt es für nicht unwahrscheinlich, daß der französische Staatspräsident es auf eine Auflösung der EWG ankommen lassen wolle. Eine realistische Betrachtungsweise zeigt jedoch, wie sehr alle sechs Regierungen die Vorteile zu schätzen wissen, die der Wirtschaft jedes Landes durch die EWG zugeflossen sind, und wie hoch man das einschätzt, was sich im weiteren Verlauf noch ergeben wird. In der Tat würde eine jede Regierung, auch die französische, ein nicht zu kalkulierendes wirtschaftliches und auch politisches Risiko in Kauf nehmen, wenn der Gemeinsame Markt scheitern würde. Die einzelnen Volkswirtschaften haben sich bereits so eng miteinander verzahnt, die Unternehmen haben sich mit solcher Gewißheit auf den größeren Markt eingestellt, daß ein Schock ausgelöst würde, der unübersehbare Folgen hätte.

### **Gemeinsame Politik erfordert gemeinsame Organe**

Nach der Zuspitzung während der Dezember-Verhandlungen herrscht jetzt allgemein eine ruhigere Beurteilung, zum Teil kann man sogar von einem ausgesprochenen Optimismus in bezug auf die Zukunftschancen des Gemeinsamen Marktes sprechen. Für diejenigen, für die die Schaffung der EWG mehr war als die Herausbildung eines besonderen europäischen Präferenzgebietes, bleiben die Sorgen um die Zukunft bestehen. Die Ereignisse der letzten Jahre haben klar gezeigt, daß die Partnerländer nicht bereit sind, der Gemeinschaft zu geben, was der Gemeinschaft zukommt. Der Prozeß, der in Gang gesetzt worden war, kann nur dann zu einem guten Ende geführt werden, wenn - gegründet auf das, was die Automatik der Beseitigung der Handelsschranken an neuen Gegebenheiten schafft - eine gemeinsame Politik durch gemeinsame Organe ermöglicht wird und wenn die Entscheidungen nicht völlig außerhalb unserer demokratisch-parlamentarischen Gepflogenheiten zustandekommen. Die vertraglichen Regelungen sehen ein vorsichtig ausgewogenes System des Zusammenwirkens von Mitgliedsregierungen und gemeinsamen Organen vor. In den Anlaufsjahren konnte dieses System, wenn auch stockend und schwerfällig, den Anforderungen gerecht werden. Von Anfang an hielt man es in den Partnerländern jedoch für selbstverständlich, daß mit einer fortschreitenden Entfaltung der Gemeinschaft Anpassungen im Entscheidungsmechanismus erforderlich werden würden, und zwar über die Veränderungen hinaus, die im Vertragstext bereits vorgesehen sind. Zu diesen im Vertragstext vorgesehenen Änderungen gehört in erster Linie der allmähliche Übergang zur Möglichkeit der Mehr-

heitsentscheidung im Ministerrat, z. B. auf dem Gebiet der Kartellpolitik, der Landwirtschaftspolitik, der Handelspolitik, der Verkehrspolitik. Die Hinweise im Vertrag auf die Möglichkeiten der direkten Wahlen zum Europäischen Parlament deuten ebenso in diese Richtung wie die Bestimmung über mögliche eigene Finanzquellen der Gemeinschaft.

Nachdem in der Zwischenzeit die Zölle rascher abgebaut wurden, als das der Vertrag vorsah, und nachdem nunmehr auch die gemeinsamen Agrarmarktordnungen bereits im Grundsatz akzeptiert sind, kann die Fortentwicklung des Systems von Gemeinschaftsentscheidungen nicht länger vernachlässigt werden. Hierbei zeichnen sich jedoch nicht nur keine Fortschritte ab. Im Gegenteil: es werden Äußerungen laut, wonach man es keinesfalls für denkbar halte, daß eine nationale Regierung im Ministerrat in einer Frage überstimmt werden könnte, in der lebenswichtige Interessen berührt seien. Man spricht von der Gefahr einer Technokratenherrschaft in Brüssel. Da die Verantwortlichen in einem Partnerland ganz offen sagen, es könne nichts den Nationen Übergeordnetes geben, glauben manche politischen Kräfte in anderen Ländern bei der Wahrnehmung dessen, was sie für ihre eigenen nationalen Interessen halten, ihrerseits jede nur erdenkliche Unnachgiebigkeit an den Tag legen zu müssen. Das zeigt sich besonders deutlich in allen Fühlungen und Verhandlungen mit dritten Ländern. Die Art der Verhandlungsführung mit Israel ist dafür ein wenig erfreuliches Beispiel. Dieses Zurückdrängen und Versandenlassen der gemeinschaftsorientierten Impulse gefährdet nicht nur das Funktionieren des für die gegenwärtige Phase festgelegten Systems von Gemeinschaftsentscheidungen, ganz zu schweigen von der wünschbaren Fortentwicklung. Es begünstigt zudem noch die Absichten jener, die offensichtlich nicht bereit sind, den Übergang zu Mehrheitsentscheidungen im Ministerrat, vor allem bei der Agrarpolitik und Handelspolitik, hinzunehmen im Gegensatz zu dem, was der Vertragstext ab 1966 ausdrücklich vorsieht. Natürlich werden diese Kräfte alles daransetzen, um zu verhindern und zu vermeiden, daß sie sich offensichtlich vertragswidrig verhalten müßten. Die Vorfeldhindernisse, die errichtet werden können, zeichnen sich bereits heute ab. Beim Abschluß der Assoziierungsabkommen mit Griechenland und der Türkei war es z. B. nicht möglich, klar zu unterscheiden zwischen demjenigen Teil der Vertragswerke, der ohne weiteres in den Rahmen der Gemeinschaftszuständigkeiten fiel und der durch den Ministerrat unmittelbar in Kraft gesetzt werden konnte, und dem anderen Teil, der der Ratifizierung durch die nationalen Parlamente unterlag. Man braucht anscheinend nur genügend Nachdruck auf einige Einzelbestimmungen künftiger Handelsverträge zu legen - die Begründung für eine eventuelle Überbetonung an sich nebensächlicher Detailregelungen würde man

schon finden - um unter Umständen jede beliebige Regierung auch in Zukunft in die Lage zu versetzen, auf diese Weise ein *de facto* Vetorecht für das ganze Vertragswerk ausüben zu lassen. An sich ließe sich aus dem Geist des EWG-Vertrages und aus einigen Generalklauseln für die wesentlichen Elemente künftiger handelspolitischer Abmachungen durchaus die volle Gemeinschaftszuständigkeit begründen, doch wenn der gute Wille fehlt, wird das wohl nicht ausreichen.

### **Rhythmus der inneren Integration steigern**

Die Gefahr der Reduzierung des Systems zur Herbeiführung von Gemeinschaftsentscheidungen auf die intergouvernementale Methode, also ständige Regierungskonferenzen auf der Grundlage der Einstimmigkeit, gilt es im Auge zu behalten und rechtzeitig unmöglich zu machen, wenn man den Prozeß der politischen Einigung Europas fördern will. Dabei ist die Blockierung von Mehrheitsentscheidungen im Ministerrat nur ein Schritt zur Schwächung des übernationalen Charakters der Gemeinschaften, andere kommen hinzu. Neben dem Gerichtshof verkörpern die EWG-Kommission und das Europäische Parlament in besonderer Weise diesen übernationalen Charakter. Für das Zustandekommen von Beschlüssen des Ministerrats ist in nahezu allen im Vertrag vorgesehenen Fällen ein Vorschlag der EWG-Kommission die Voraussetzung. Der Ministerrat kann von diesem Vorschlag nur durch einstimmigen Beschluß abweichen. Das Vorschlagsrecht der Kommission wie überhaupt ihre vertragliche Stellung, ihre Zusammensetzung und das praktische Tätigwerden, haben ja den Sinn, einen besonderen Treuhänder des Gemeinschaftsinteresses, des Gesamtinteresses der Gemeinschaft, einzuschalten, weil man sich sehr wohl darüber im klaren war, daß das Gemeinschaftsinteresse etwas anderes ist als die Summe der nationalen Interessen. Der durch die Schaffung des Gemeinsamen Marktes eingeleitete Prozeß bringt es naturnotwendigerweise mit sich, daß nicht auf allen Gebieten gleichmäßig, das heißt im gleichen Rhythmus, vorgegangen werden kann. Da es also unmöglich ist, in jedem einzelnen Teilgebiet Lösungen zu finden, die allen Partnern gleichermaßen Vor- bzw. Nachteile bringen, müssen z. B. Kompensationen auf anderen Teilgebieten gefunden werden. So ist es denkbar, daß die eine Lösung auf dem Gebiet der Agrarpolitik dem einen oder anderen Partner weniger entgegenkommt, dafür um so eher eine andere auf dem Gebiet der Handelspolitik. Im Zeitablauf und auf das Ganze gesehen muß es eine ausgewogene Berücksichtigung derartiger Interessen geben, wobei natürlich die Entfaltung und Weiterentwicklung der Gemeinschaft als Ganzes an erster Stelle angestrebt werden muß. Da die Entscheidungen jeweils auf Vorschlag der Kom-

mission fallen und die Kommission für ihre Durchführung zu sorgen hat, ist sie in erster Linie als Garant für die faire Ausgewogenheit der Gesamtheit aller Entscheidungen anzusehen. Es ist verständlich, daß man es wegen der unterschiedlichen Auswirkungen des Abbruchs der England-Verhandlungen seinerzeit unternahm, die weiteren Schritte der Gemeinschaft zunächst so zu planen, daß eine *Art package-deal* für eine Reihe von Fragen im Ministerrat verabredet wurde. Dieser Vorgang hat auch die Bezeichnung "Synchronisation" erhalten. Es läßt sich jedoch leicht einsehen, daß man derartige Kombinationen nicht zur Dauergepflogenheit werden lassen darf. Sonst käme man von einer Dramatisierung der Entscheidungssituation in die andere. Die Stetigkeit der Entwicklung würde beeinträchtigt, und die für eine funktionierende Gemeinschaft auf die Dauer unerläßliche Vertrauensgrundlage könnte nicht entstehen, oder sie würde zerstört. Außerdem haben die Erfahrungen der letzten Verhandlungen gezeigt, daß gerade die Einschaltung der Kommission für das Zustandekommen der Entscheidungen von ausschlaggebender Bedeutung war. Die Kommission muß also in die Lage versetzt werden, ihre Rolle voll auszufüllen. Das bedeutet aber auch, daß das Zustandekommen von Entscheidungen in jeder Phase klar verfolgt werden kann, und daß die Öffentlichkeit die Chance erhalten muß, genau festzustellen, welche politischen Kräfte und Einflüsse am Werk waren, und wer jeweils für die spezifischen Auswirkungen derartiger Entscheidungen in erster Linie die Verantwortung trägt. Kann man sich dort, wo ein Kompromiß notwendig ist, zur Not damit abfinden, daß die getroffene Entscheidung als "Entscheidung der EWG" dem innenpolitischen Meinungsstreit weitgehend entzogen ist, so ist die Lage völlig anders, wenn eine finanzielle Begünstigung oder Belastung ganzer Bevölkerungsschichten zu erwarten ist. Hier bildet wieder die Agrarpolitik mit ihren Abschöpfungsregelungen, der Getreidepreisfestsetzung, dem Einkommensausgleich usw., das beste Beispiel. Diese Entscheidungen fallen heute in den Beratungen des Ministerrats, der unter Ausschluß der Öffentlichkeit tagt. Ein solches Verfahren widerspricht völlig den demokratischen und parlamentarischen Gepflogenheiten in unseren Ländern. Die öffentliche Erörterung und die öffentliche Abstimmung durch gewählte Volksvertreter über die zu treffenden Entscheidungen haben ja unter anderem den Zweck, sicherzustellen, daß die Interessierten sich rechtzeitig informieren können, daß sie Gelegenheit bekommen, sich mit Vorschlägen und Initiativen an die Volksvertretung zu wenden. Die Volksvertreter wiederum lernen aus den Veröffentlichungen und den Fachdiskussionen zum entscheidenden Zeitpunkt neue Aspekte kennen bzw. sehen sich selbst und die Haltung der ihnen nahestehenden Sachkundigen bestätigt oder abgelehnt. Die Art und Weise, wie diese Debatten geführt werden, und natürlich auch die

Abstimmungsergebnisse beeinflussen die politische Willensbildung im Lande und damit den Ausgang von Wahlen. Das alles würde in Frage gestellt, die parlamentarische Demokratie würde ausgehöhlt, wenn man sich auf die Dauer mit dem jetzt geltenden Gesetzgebungsverfahren im Ministerrat abfinden würde. Beim Anlaufen des Gemeinsamen Marktes und in einem Stadium, in dem nur verhältnismäßig wenige Entscheidungen auf Gemeinschaftsebene zu fällen waren, konnte man mit einer derartigen Regelung noch einverstanden sein, zumal erst Erfahrungen gesammelt werden mußten und die Vertrauensgrundlage erst nach und nach zu gewinnen war.

Der jetzige Zustand hat noch weitere schädliche Konsequenzen. Während die günstigen Auswirkungen der EWG nur indirekt zu spüren sind (allgemeine Wirtschaftstätigkeit, bessere Marktversorgung usw.), machen sich die für einzelne Schichten ungünstigen Auswirkungen viel unmittelbarer bemerkbar, z. B. als Preiserhöhungen beim Verbraucher oder als erschwelter Absatz beim Erzeuger. Es besteht nun bei gewissen politischen Kräften die Neigung, sich aus der innenpolitischen Schußlinie herauszumogeln, indem man die unangenehmen Auswirkungen einfach als Folge "der EWG" hinstellt. Man verschweigt dabei geflissentlich, daß es vielleicht sogar das eigene hartnäckige Auftreten im Ministerrat war, das den Ausschlag gab für die endlich gefundene Lösung. Wenn dann noch innerhalb der eigenen Bewegungsfreiheit, etwa durch Regierungsmaßnahmen, eher in die Preiserhöhungsrichtung als umgekehrt gewirkt wird, dann stellt man dabei ganz klar in Rechnung, daß das von der Masse der Bevölkerung der EWG zur Last gelegt wird. In der Bundesrepublik ließen sich dafür Beispiele aufzeigen. Daß auch die Anbieter im Gemeinsamen Markt es sich nicht entgehen lassen, in einer allgemeinen Atmosphäre des Preisauflaufs ein wenig mitzuprofitieren und sich dabei hinter der Begründung "EWG" zu verstecken, braucht niemand zu verwundern. Diese Arten von "Schwarzfahrern" im europäischen Zug, ich meine damit sowohl die politischen Stellen als auch die Anbieter, sind außerordentlich schwer zu entlarven, solange das augenblicklich praktizierte Verfahren zur Herbeiführung von Gemeinschaftsentscheidungen unverändert bleibt.

### **Europäisches Parlament hat eine große Aufgabe**

Gewiß kommt dem Europäischen Parlament bei der Abwehr der hier angedeuteten Gefahren eine gewisse Bedeutung zu. Die vorbereiteten Arbeiten seiner Ausschüsse und die öffentlichen Plenardebatten reichen jedoch vor allem dann nicht aus, um genügend Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen, wenn im Rahmen des Europäischen Parlaments keine politischen Entscheidungen fallen. Ein Ausspracheforum allein kann zwar recht nützlich sein, und ohne die Diskussionsmög-

lichkeiten in den Ausschüssen hätte die eine oder andere Entscheidung der Europäischen Kommission oder des Ministerrats sicher später nicht gerade diese oder jene Gestalt angenommen. Aber je länger desto mehr zeigt sich doch, daß das entscheidende Organ, d. h. der Ministerrat, sich keinesfalls in erkennbarem Ausmaß von den Stellungnahmen des Europäischen Parlaments beeinflussen läßt. Man darf heute die Feststellung treffen, daß die hartnäckig gehegte Erwartung, mindestens die einstimmig gefaßten Parlamentsbeschlüsse müßten doch auf europäischer Ebene in ähnlicher Weise berücksichtigt werden, wie das in den meisten Ländern für das eigene Parlament selbstverständlich ist, völlig illusionär war.

Eine Bilanz der gegenwärtigen Stellung des Europäischen Parlaments wäre unvollständig, wenn nicht auf die veränderten Perspektiven hingewiesen würde, unter denen seine Arbeit abläuft. Der Vorläufer des Europäischen Parlaments, die Gemeinsame Versammlung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, hatte erfolgreich den Versuch unternommen, nach und nach den Wirkungsbereich zu erweitern und Präzedenzfälle zu schaffen, die im Laufe der Zeit seine tatsächliche Stellung stärkte. Es sei hier nur auf die Rolle der Gemeinsamen Versammlung und später des Europäischen Parlaments bei der Festsetzung der Umlage, bei der Ausgestaltung der Anpassungshilfen im Kohlenbergbau, bei der Wohnungsbaupolitik usw. verwiesen. Man konnte die Erwartung hegen, daß auch dem Europäischen Parlament ähnliche Entfaltungsmöglichkeiten geboten würden, und das um so eher, als auf Grund der Erfahrungen in der Gemeinsamen Versammlung das Europäische Parlament sich von Anfang an eine gewisse Struktur, eine übernationale Struktur gegeben hatte. Die Herausbildung und das Funktionieren der drei Fraktionen, der christlich-demokratischen, der liberalen und der sozialistischen Fraktion, unterscheiden das Europäische Parlament ganz eindeutig von sonstigen beratenden, internationalen parlamentarischen Versammlungen. Eine solche Struktur konnte die Erwartung aufkommen lassen, daß die organisierten politischen Kräfte nicht nur dafür sorgen würden, daß die Vielfalt der persönlichen Meinungen nach einer internen Abklärung im Rahmen der Fraktionen als zusammengefaßte Gruppenmeinungen, und zwar bereits unter Bewältigung und Sublimierung der nationalen Standpunkte, zur Geltung gebracht werden würden. Damit hätte man Zufallsentscheidungen weitgehend verhindern können, die meist dadurch entstehen, daß z. B. die Agrarpolitiker oder die Sozialpolitiker zeitweise unter sich gelassen werden, so daß am guten Ende manchmal das Gegenteil von dem eine Mehrheit findet, was am Tag vorher angenommen worden war. Wenn auch diesen Bemühungen ohne Zweifel ein gewisser Erfolg nicht versagt geblieben ist, so zeigten sich doch sehr rasch andere Schwächen: In den meisten Fällen nahmen die Re-

gierungsvertreter im Ministerrat auch dann von Beschlüssen des Europäischen Parlaments kaum oder überhaupt keine Kenntnis, wenn zu den Befürwortern der Beschlüsse die überwiegende Mehrzahl, ja manchmal sogar die Gesamtheit jener Mitglieder gehörten, die von den Regierungen bzw. Mehrheitsparteien des eigenen nationalen Parlaments nach Straßburg entsandt worden waren. Es ist nicht sichergestellt, daß die nach Straßburg entsandten Parlamentarier in ihren Heimatfraktionen genügend Gewicht haben bzw. sie in einem gewissen Ausmaß repräsentieren. Es ist klar, daß eine solche Praxis nicht ohne Schaden auf die Dauer fortgeführt werden kann. Man wird eine Änderung aber wohl solange nicht erwarten dürfen, als sich nicht der eindeutige Wille, in erster Linie bei den Regierungsparteien, durchsetzt, dem Europäischen Parlament ein Mitentscheidungsrecht zu geben. Falls man in Straßburg genötigt bliebe, im Vorfeld der Entscheidungen und mit der Gewißheit, daß am Ende doch von einer anderen Stelle ein Kompromiß verabschiedet werden wird, in aller Öffentlichkeit eine endgültige Stellung beziehen zu müssen, hat die Überlegung in den Regierungskreisen etwas für sich, die europäischen Parlamentarier im freien Feld operieren zu lassen und sich in den eigenen Bewegungsmöglichkeiten nicht dadurch einengen zu lassen, daß man eine Art moralische Verpflichtung empfindet, der Stellungnahme der eigenen Parlamentarier zu folgen.

Im Zusammenhang mit den Überlegungen, die drei Exekutiven der bestehenden Gemeinschaften zu einer einzigen zusammenzufassen, ergäbe sich die Chance eines wirklichen Fortschritts durch die Verstärkung der Zuständigkeiten des Europäischen Parlaments. Die bis jetzt bekannt gewordenen Vorschläge lassen jedoch befürchten, daß es im Gegenteil eher noch zu einer weiteren Abschwächung kommen wird. Falls man sich nämlich dazu entschließen würde, z. B. das Haushaltsrecht der Hohen Behörde der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl dem anzupassen, was für die anderen beiden Gemeinschaften gilt, d. h. es praktisch dem Ministerrat zu übertragen, dann wäre damit gleichzeitig das Europäische Parlament in seinem jetzigen Wirkungsbereich beeinträchtigt.

Die Chance des Fortschritts wäre dagegen darin zu sehen, daß man dem Europäischen Parlament für genau definierte Bereiche ein echtes Mitentscheidungsrecht gewährt, z. B. in den vom Vertrag vorgesehenen Fällen, in denen der Ministerrat mit Mehrheit zu entscheiden hat. Dazu gehört z. B. die Feststellung des Haushalts. Dieses Mitentscheidungsrecht könnte in einer Weise ausgestaltet werden, die z. B. dem im Grundgesetz festgelegten Verfahren zwischen Bundestag und Bundesrat entspricht, mit der Möglichkeit also eines zweifachen Durchgangs und gegebenenfalls der Einschaltung eines

Vermittlungsausschusses. In diesem Vortrag soll nicht ein präziser Vorschlag gemacht werden. Es wird vielmehr nur versucht, die Richtung anzudeuten, in der man vorgehen könnte.

Selbst wenn der Einwand stichhaltig sein sollte, daß eine derartige Vorstellung auf den entschiedenen Widerstand der derzeitigen französischen Regierung stoßen würde, könnten die demokratischen Kräfte in den Partnerländern nicht aus der Verpflichtung entlassen werden, hier und jetzt aus eigener Machtvollkommenheit den vorgeschlagenen Schritt in Richtung auf eine effektive Verstärkung der Befugnisse des Europäischen Parlaments zu tun. Auch ohne Vertragsänderung bzw. ohne die feste Form einer internationalen Vereinbarung wäre es z. B. denkbar, daß eine der vorgeschlagenen entsprechenden Regelung regelrechte Praxis würde. Mit einer solchen Praxis wäre erreicht, daß die Beschlüsse des Europäischen Parlaments, wenn nötig nach einer zweiten Beratung, den Charakter einer wirklichen Entscheidung und damit gesetzgeberische Bedeutung erlangen würden. Es ist ganz klar, daß sich damit zugleich die Beziehungen zwischen den nationalen Regierungen bzw. den nationalen Parteien und Parlamentsfraktionen und den ins Europäische Parlament entsandten Abgeordneten in durchgreifender Weise verändern würden. Wenn sich daraus auch ohne Zweifel eine stärkere Betonung der nationalen Interessen im Rahmen der Beratungen des Europäischen Parlaments ergeben würde, so dürfte das doch durch den für die Stärkung der parlamentarischen Demokratie zu erwartenden Vorteil bei weitem ausgeglichen werden.

### **Die Gemeinschaften sind politische Funktionskräfte**

Ohne einen solchen oder ähnlichen Schritt durch diejenigen Regierungen und diejenigen politischen Kräfte, die sich dem parlamentarischen System verbunden fühlen und die keine weitere Aushöhlung der parlamentarischen Gepflogenheiten zulassen wollen, wird eine schädliche Entwicklung nicht abgewendet werden können. Wenn man schon von der Notwendigkeit spricht, die wirtschaftliche Einigung durch die politische zu ergänzen, dann dürfte nicht bestritten werden können, daß die Ausstattung eines gemeinsamen parlamentarischen Organs mit wirklichen Entscheidungsvollmachten einen der wichtigsten denkbaren Schritte zur politischen Einigung darstellen würde. Es ist ja nicht so, daß man eine Art Gegensatz konstruieren könnte, indem man die sich vollziehende Verschmelzung der Volkswirtschaften im Rahmen der EWG als einen bloß wirtschaftlich-technischen Vorgang ansehen könnte, während eine sogenannte Politische Union erst die Politik hinzubringen würde. Derjenige Bereich unserer nationalen Politik, der durch die Verträge von Rom

und Paris der nationalen Zuständigkeit entrückt ist, bzw. auf dem nur in engster Abstimmung mit den Vertragsorganen oder mit den Vertragspartnern vorgegangen werden kann, macht eindeutig einen großen Teil unserer Politik überhaupt aus. Eine ständige Weiterentwicklung und Verlagerung ist im Gange.

Wenn man heute von "Politische Union" spricht, dann kann es sich doch nur darum handeln, für weitere bisher noch nicht durch Gemeinschaftsorgane erfaßte Bereiche der nationalen Politik Formen der gemeinsamen Ausübung von Zuständigkeiten bzw. der gegenseitigen Abstimmung eigenständiger politischer Maßnahmen zu schaffen. In der Diskussion werden die Bereiche der nichtkommerziellen Außenpolitik und der Verteidigungspolitik sowie der Kulturpolitik genannt. Welche Formen hierfür auch gefunden werden mögen, keinesfalls ist es wahrscheinlich, daß in absehbarer Zeit für die erwähnten Gebiete echte Gemeinschaftslösungen, d. h. verbunden mit der Übertragung bisher bei den nationalen Regierungen liegender Zuständigkeiten, an Gemeinschaftsorgane möglich sein würden. Es handelt sich im gegenwärtigen Stadium eindeutig - dafür bürgt schon das besondere französische Interesse an einer derartigen Einrichtung - um nicht mehr als um eine Art institutionalisierte regelmäßige Konsultation und Kooperation. In einem solchen Falle ist aber Vorkehrung dafür zu treffen, daß keinerlei Unterordnung der bereits existierenden Gemeinschaften unter ein solches Dach, "Politische Union" genannt, ins Auge gefaßt wird, weil damit zwangsläufig der Gemeinschaftscharakter der bestehenden Institutionen beseitigt würde. Sie würden in die Rolle von technischen Hilfsorganisationen der Regierungen gedrängt.

Gewiß, eine Verschmelzung der nationalen Volkswirtschaften kann sich nicht vollziehen, ohne weitgehende Übereinstimmung der Partnerländer in den Grundzielen ihrer Außen- und Verteidigungspolitik. Insofern ist eine Ergänzung erforderlich. Entscheidend wird jedoch sein, daß die Abklärung dieser Grundziele im Rahmen des Atlantischen Bündnisses erfolgt. Da in der ersten Phase derartiger Entwicklungen in Richtung auf eine institutionell verankerte Zusammenarbeit auf den erwähnten Gebieten Übertragung bzw. gemeinsame Wahrnehmung von Souveränitätsrechten nicht zur Debatte steht, läßt sich nicht einsehen, warum man sich dann auf den Kreis der Sechs beschränken sollte.

Kehren wir zum Ausgangspunkt zurück. Bei der Errichtung der Europäischen Gemeinschaften haben die Beteiligten in Rechnung gestellt, daß der in Gang kommende Prozeß im Laufe der Zeit gewisse institutionelle Anpassungen erforderlich machen würde. Der Zeitpunkt für derartige Anpassungen in bezug auf die Verteilung der Zuständigkeiten auf die Gemeinschaftsorgane (Ministerrat, Europäische Kommission, Europäisches Parlament) ist offensichtlich

seit langem gekommen. Die Verzahnung der einzelnen Volkswirtschaften ist weit fortgeschritten, und von außen sieht man die Gemeinschaften als einen einheitlichen Wirtschaftsraum an.

In erster Linie durch das Verhalten eines bestimmten Partners scheint die institutionelle Weiterentwicklung der Europäischen Gemeinschaften zur Zeit blockiert zu sein. Die französische Regierung versucht zunächst durch das Festhalten am Buchstaben der Verträge alle Entwicklungen aufzuhalten, an deren Ende die Herausnahme von Entscheidungen aus der Zuständigkeit der nationalen Regierungen und ihre Übertragung auf ein Gemeinschaftsparlament stehen würde. Da die erforderlichen Anpassungen in der Tat nur bei Einstimmigkeit unter den Partnern vorgenommen werden können, scheint kein Weg am französischen Staatspräsidenten vorbeizuführen. Es kann allerdings nicht von vornherein als ausgeschlossen gelten, daß auch in anderen Ländern das Verhalten de Gaulles einen willkommenen Vorwand liefert für das Sichabfinden mit den bestehenden Verhältnissen. Das dürfte insbesondere für die hohe Bürokratie zutreffen.

Die Diskussion für die Fortentwicklung der Europäischen Gemeinschaften durch die längst fällige Demokratisierung wird zuweilen übertönt durch die Forderung nach einer "Politischen Union". So wie die Dinge heute liegen, geht es in Wirklichkeit bloß um neue Formen der Konsultation und der Kooperation der Regierungen bzw. der Regierungschefs auf den Gebieten der nichtkommerziellen Außenpolitik, der Verteidigungspolitik und der Kultur. Es ist nicht einzusehen, welcher grundlegende Fortschritt damit erreicht werden könnte. Ohne die Überwindung der schwerwiegenden Meinungsverschiedenheiten in weltpolitischen Grundfragen, z. B. in bezug auf das Verhältnis der Gemeinschaften zu den Vereinigten Staaten von Amerika, in bezug auf die Atomrüstung in Europa bzw. in bezug auf die Wünschbarkeit einer Ausweitung der Gemeinschaften durch die Aufnahme neuer Mitglieder usw., gibt es doch wohl keine Bereitschaft zu gemeinsamen Entscheidungen und zur Einsetzung gemeinsamer Organe. Die Gefahr, daß sich solche regelmäßigen Regierungschefs-Konferenzen, besonders wenn sie die Bezeichnung "Politische Union" tragen, zu einer den bestehenden Gemeinschaften übergeordneten Institution entwickeln würden, ist nicht von der Hand zu weisen. Damit wäre man auch hier wieder bei der intergouvernementalen Methode mit nationalem Veto angelangt.

### **Demokratisierung fördert den Gemeinschaftsgeist**

Man sollte daher die Illusion um die sogenannte "Politische Union" nicht nähren. Die augenblickliche Grundfrage im System der Gemeinschaften lautet: Kommt es zur politischen Stärkung Europas

durch die Zuerkennung eines echten parlamentarischen Mitentscheidungsrechts an eine demokratische Volksvertretung oder nicht?

Es geht dabei nicht so sehr darum, wie man bei neuen Übertragungen von nationalen Zuständigkeiten die parlamentarische Kontrolle auf Gemeinschaftsebene gewährleisten soll. Viel bedeutsamer ist die Antwort auf die Frage, wie man diese parlamentarische Mitentscheidung und Kontrolle für das sicherstellt, was bereits jetzt im Rahmen der bestehenden Verträge den nationalen Parlamenten entzogen ist. Hier ließe sich, wie schon oben ausgeführt, eine Art Selbstbindung der nationalen Regierungen praktizieren. Damit würde auch ohne formelle Vertragsänderung ein Mitentscheidungsrecht des Parlaments verwirklicht werden können, nämlich in den Fällen, in denen der Vertrag Mehrheitsentscheidungen im Ministerrat vorsieht, und zwar selbst dann, wenn der französische Partner nicht mitmachen sollte. Die Regierungsparteien in der Mehrzahl der Länder müßten eben bereit sein, sich durch ihre eigenen Vertreter im Europäischen Parlament nachhaltig engagieren zu lassen.

Aus dem Vorgetragenen ergibt sich klar, wie wenig im Augenblick Optimismus in bezug auf Fortschritte in der Europäischen Einigung angebracht ist. Von großer Bedeutung wäre es schon, wenn Rückbildungen und Abwertungen des bereits Erreichten auf die Dauer vermieden werden könnten. Die Idee der europäischen Einigung, die in den Gemeinschaften gefundene Form ihrer schrittweisen Verwirklichung, die dabei angewandte Methode und insbesondere das Tätigwerden von Gemeinschaftsorganen mit eigenen Zuständigkeiten, das alles muß durch die Zeit der Blockierung hindurchgerettet werden. Man darf nicht zulassen, daß die Europäischen Gemeinschaften als werdende Institutionen in der Öffentlichkeit für Fehlleistungen verantwortlich gemacht werden, die ihre Ursachen im Unvermögen der nationalen Regierungen haben, die Gemeinschaften weiterzuentwickeln.

Der Prozeß der wirtschaftlichen Verschmelzung muß weitergehen. Die dafür erforderlichen Anpassungsmaßnahmen, die Rechtsangleichungen, die Formen der Zusammenarbeit, das alles muß mit Energie weiter vorangetrieben werden. Vielleicht darf man erwarten, daß sich im Laufe der Zeit neue tatsächliche Gegebenheiten, neue gegenseitige Abhängigkeiten und gemeinsame Vorteile ergeben werden. Damit könnten die Voraussetzungen für eine eindeutige Anpassung der politischen Struktur der Gemeinschaften und für eine Ergänzung der Gemeinschaften durch die Einbeziehung der Außen- und Verteidigungspolitik sowie der Kulturfragen geschaffen werden, und das alles während einer anderen, gegenüber dem heutigen Zustand verbesserten politischen Kräftekonstellation in Europa.

# TATSACHEN - ARGUMENTE

Sonderausgabe XIV

März 1964

## **Europa-Kongreß der SPD-Bundestagsfraktion**

am 25. und 26. Februar 1964 in der Stadthalle in Bad Godesberg

**Dr. Heinrich Deist** ~

MdB, Mitglied des SPD-Präsidiums, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, Mitglied des Europäischen Parlaments

## **Die Gemeinschaft als wirtschafts- und sozialpolitische Union**

### **Die EWG als politische Union**

Immer wieder hören wir die Behauptung, die Aufgaben der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft seien technisch-wirtschaftlich, ihre leitenden Männer seien Technokraten und dem Ganzen fehle der eigentliche politische Gehalt. Nichts ist falscher als das. Die Gründung der europäischen Gemeinschaften - von der Gemeinschaft für Kohle und Stahl über die Atom- und die Wirtschaftsgemeinschaft - wurde von Anbeginn als politische Maßnahme von weltgeschichtlicher Bedeutung angesehen. Der Ausgangspunkt für die Bildung der Montan-Union war das Bedürfnis, den Jahrhunderte alten Gegensatz zwischen Deutschland und Frankreich aus der Welt zu schaffen und damit Voraussetzungen für eine politische Zusammenarbeit der europäischen Staaten zu schaffen. Das war zweifellos ein politischer Ausgangspunkt. Sehr bald führte die Entwicklung des Verhältnisses zwischen Ost und West zu der Erkenntnis, daß die gesammelte Wirtschaftskraft für diese große Auseinandersetzung Europas nutzbar gemacht werden müsse. Auch hier ging es also um ein Politikum ersten Ranges. In der Folge wurde die politische Bedeutung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft vielfach bestätigt. Es war das stetige Wachstum der Gemeinschaften, das zum Beitritts-gesuch Großbritanniens führte. Dieses Beitritts-gesuch war ein poli-

tischer Vorgang von historischer Bedeutung. Der Beitritt Großbritanniens hätte nicht nur Struktur und Gesicht der europäischen Gemeinschaften, sondern auch die Stellung Großbritanniens im politischen Gefüge der Welt grundlegend verändert. Beitritt und Assoziation der skandinavischen Staaten und Österreichs hätten uns eine neue Landkarte Europas beschert. Und schließlich war das große Projekt der Atlantischen Partnerschaft, aufbauend auf den Grundsätzen der Interdependenz und der Einheit des Westens, ebenfalls ein Ergebnis der Entwicklung der europäischen Gemeinschaften. Der sichtbarste politische Erfolg der europäischen Zusammenarbeit war jedoch die Anerkennung, die der sowjetische Osten dem neuen Europa zollen mußte. Noch im Jahre 1957 hatte das Institut für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen in Moskau erklärt, es sei gewiß, daß die Spannungen und Gegensätze in der europäischen Gemeinschaft den Prozeß kapitalistischer Selbstzerfleischung schneller vorantreiben würden. Fünf Jahre später, im Jahre 1962, mußte das gleiche Institut feststellen, daß sich die wirtschaftliche Leistung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft entgegen allen Erwartungen kräftig erhöht habe, und die Gemeinschaft als eine starke und dauerhafte Erscheinung betrachtet werden müsse. Die sowjetische Politik begann sich auf diese Realitäten einzustellen.

Die Neigung, den politischen Charakter der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft anzuzweifeln, hat letzten Endes ihren Grund in politischen Auffassungen, die dem vergangenen Jahrhundert angehören. Im 19. Jahrhundert galten die Außenpolitik und die Militärpolitik als jene Sphären der hohen Politik, die sich wesentlich unterschieden von jenen profanen Dingen auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet, die nebenher auch noch gemacht werden mußten. Diese Auffassung entsprach einer Zeit, in der der Krieg noch als Fortsetzung der Politik, d. h. also der Außenpolitik mit anderen Mitteln, angesehen werden konnte. Wer heute so denkt, hat nicht begriffen, wie grundlegend die Verhältnisse sich inzwischen geändert haben. Heute wissen wir aus bitterer Erfahrung, daß weder die großen innen- noch die großen außenpolitischen Probleme mit Gewalt gelöst werden können, sondern daß jeder Waffengang uns stets vor größer werdende Probleme stellt, heute vielleicht sogar vor das Problem der Vernichtung der Welt. Damit hat die alte Rangordnung ihren Sinn verloren. Wenn die stärkste Waffe der Außenpolitik nicht mehr in der Drohung mit Gewalt besteht, muß sich die Außenpolitik auf andere Kräfte stützen. So ist es nur folgerichtig, daß sich der Kampf der Nationen untereinander immer stärker als Wettbewerb auf dem Felde der gesellschaftlichen Ordnung, der Wirtschaft, der Finanzen und der geistig-kulturellen Auseinandersetzung abspielt. Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, daß man das im Osten schneller

begreift als in den traditionsbelasteten Staaten des alten Europas. Die Außenhandelspolitik der Sowjetunion und der Kampf um die Entwicklungsländer scheinen mir Beispiel dafür zu sein. Und im westlichen Teil der Welt zeigen z. B. die Auseinandersetzungen über das Zahlungsbilanzdefizit der Vereinigten Staaten von Amerika, daß es keine autonome wirtschaftspolitische Betrachtung mehr gibt. Wirtschaftspolitische, militärische und außenpolitische Gesichtspunkte sind stets eng miteinander verkettet.

### Die EWG wirkt in der Weltpolitik

Der politische Charakter der europäischen Gemeinschaften ergibt sich darüber hinaus aus der Konstruktion der Verträge und der tatsächlichen Entwicklung der Gemeinschaft, wobei ich im Rahmen des Referates der Einfachheit halber in den Begriff der "Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft" auch die Kohle- und Stahlgemeinschaft und die Atomgemeinschaft einbeziehen möchte. Dabei wird man sich hüten müssen, allzu strenge Parallelen zwischen dem Verfassungswesen der Nationalstaaten und der werdenden Verfassung Europas zu ziehen. Schon in den Nationalstaaten mit einem gewachsenen, meist geschriebenen und fest gefügten Verfassungsrecht ist es zuweilen schwierig, zwischen Verfassungsrecht und Verfassungswirklichkeit zu unterscheiden. Um wieviel mehr gilt dies für eine Gemeinschaft, die im Werden begriffen ist und zwangsläufig neuartige Formen entwickeln muß.

Rein formal gibt es in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zwei entscheidungsbefugte Organe: den Ministerrat und die Kommission. Das Europäische Parlament ist formal weitgehend auf Beratung beschränkt.

Dem Ministerrat ist grundsätzlich das Gesetzgebungsrecht vorbehalten. In ihm sitzen die Minister der Mitgliedstaaten; in ihm verschaffen sich die nationalen Interessen am stärksten Geltung.

Die Kommission ist insoweit eine echte Exekutive im Sinne der modernen Gewaltenteilung, als ihr das "policy-making", d. h. die Entwicklung einer politischen Strategie, obliegt. Ihre Aufgabe ist nicht Verwaltung; diese liegt ganz überwiegend bei den Institutionen der Mitgliedstaaten. Sie entwickelt die politischen Grundlinien, sie ist in erster Linie für die Beachtung der Gemeinschaftsinteressen verantwortlich.

Diese Kommission hat faktisch eine sehr starke Stellung. Sie beruht auf drei Tatsachen:

1. Die Kommission ist das einzige Gemeinschaftsorgan, das ständig präsent ist, über eine eigene Apparatur von hochqualifizierten Mitarbeitern verfügt und daher stetig wirkt;
2. die Kommission ist in die Entscheidung des Ministerrates durch ein besonders geartetes Vorschlagsrecht eingeschaltet. Es gibt keinen Beschluß des Ministerrates ohne einen Vorschlag der Kommission, und der Ministerrat kann vom Vorschlag der Kommission nur einstimmig abweichen. Die Kommission verfügt also über ein Vorschlagsmonopol. Sie hat davon politischen Gebrauch gemacht. Sie hat sich nicht nur mit Vorschlägen zur technischen Ausführung von im Vertrag vorgesehenen Maßnahmen begnügt, sie hat ständig Vorschläge zur politischen Fortentwicklung der Gemeinschaft gemacht. Die wichtigsten Aktionen waren der Vorschlag der Kommission zur Beschleunigung der Verwirklichung der Zollunion im Jahre 1960 und die Vorlage des Aktionsprogramms im Jahre 1962;
3. die Entwicklung hat zwangsläufig dazu geführt, daß der Ministerrat immer mehr Kompetenzen an die Kommission delegiert. Dabei handelt es sich meist um die Ermächtigung zu Ausführungs- und Durchführungsbestimmungen.

Die zentrale politische Bedeutung der Kommission wird dadurch unterstrichen, daß sie allein dem Parlament verantwortlich und von seinem Vertrauen abhängig ist.

Die Kommission hat sich auch in der Praxis als politisches Organ erwiesen. Sie ist hervorragend besetzt. Nicht Techniker, sondern politische Persönlichkeiten geben ihr das Gepräge. Dadurch ist die Kommission auch in der Praxis ihrer politischen Aufgabe gerecht geworden. Sie hat sich dabei in richtiger Erkenntnis der politischen Gewichtsverteilung in dem Dreiecksverhältnis Ministerrat-Kommission-Parlament in stetig steigendem Umfang auf den anderen europäischen politischen Faktor, nämlich das Europäische Parlament gestützt.

Wenn es irgendwo in Europa politischen Willen und politische Potenz gibt, dann in der Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Wer sich die Mühe nimmt, das, was in Brüssel geschieht, wirklich zur Kenntnis zu nehmen, wer die Aktivität der Kommission beobachtet, wer diesen zähen Willen für die Verwirklichung der europäischen Gemeinschaft verfolgt, kann nicht im Zweifel darüber sein, hier haben wir es mit einem politischen Energiezentrum ersten Ranges zu tun. Weder der Herr am Elysées-Palast, noch der Herr im Palais Schaumburg haben ein Recht, die in Brüssel wirkenden moto-

rischen Kräfte einer politischen Einheit Europas geringschätzig als Technokraten abzutun.

Das gilt um so mehr, als der Ministerrat, der formal alle wesentlichen Entscheidungen zu treffen hat, und in dem die Repräsentanten der Regierungen der Mitgliedstaaten vertreten sind, sich immer stärker als ein Hemmschuh für eine fortschrittliche Entwicklung erwiesen hat. In kurzen Worten läßt sich das Fazit der Entwicklung dahin zusammenfassen: Wo Fortschritte erzielt wurden in Richtung auf eine europäische Gemeinschaftspolitik, war dies in erster Linie der politischen Aktivität der Kommission zu verdanken. Wo Verzögerungen, Unentschiedenheit oder gar Stillstand das Fortschreiten lähmten oder gar verhinderten, lag die Ursache in der Regel beim Ministerrat, der zu keinem Ausgleich zwischen den verschiedenen nationalen Interessen kommen konnte.

### **Europäisches Parlament - ein Zentrum der Aktivität**

Das Europäische Parlament hat sich als das zweite Energiezentrum europäischer Politik erwiesen. Sein Vorläufer, die Gemeinsame Versammlung der Kohle- und Stahlgemeinschaft, wurde sehr stark getragen von der Begeisterung der Europäer der ersten Stunde; damit wurden viele nationale und interessenbedingte Schwierigkeiten im ersten Anlauf überwunden. Aber auch das Europäische Parlament als gemeinsames Organ aller drei Gemeinschaften hat sich als politische Institution bewährt. Es entwickelt sich allmählich zu einem modernen Parlament, in dem sich nun stärker als in den ersten Jahren die pluralistische Aufspaltung der modernen Industriegesellschaft auswirkt. Es entwickelt immer mehr die Ambitionen und die Arbeitsmethoden eines Parlaments von heute und ist so zu einem politischen Faktor moderner Prägung geworden. Seine starke Stellung hat es über seine formalen Zuständigkeiten hinaus dadurch gewonnen, daß es bereit war, die politischen Vorstöße der Kommission zu stützen, diese zum Teil sogar anregte und zugleich ein starkes Kontrollrecht erwarb, das sich insbesondere über die politischen Ausschüsse betätigt. Wer die Geschichte des Europäischen Parlaments verfolgt, wird feststellen, daß immer dann, wenn politische Fortschritte erzielt wurden, das Parlament auf der Seite des Fortschritts stand. Beispiele sind die Beschleunigung der Zollunion, die Gestaltung des Verhältnisses zu den Entwicklungsländern, das Kartellrecht, die Agrarpolitik, die Entwicklung einer koordinierten Konjunkturpolitik mit gemeinsamer Finanz- und Währungspolitik und einer weitgreifenden Regionalpolitik.

So hat sich die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft als Ganzes als ein politischer Tatbestand ersten Ranges und damit als ein wesentliches Element der Weltpolitik erwiesen.

Welche Bedeutung haben in diesem Zusammenhang die Bestrebungen auf Schaffung einer besonderen "politischen Union"? Worauf sind sie zurückzuführen? Es geht hierbei um die bisher noch nicht zufriedenstellend geregelte Zusammenarbeit auf dem Gebiet der nichtkommerziellen Außenpolitik und der Verteidigungspolitik. Es ist unbestreitbar: Außen- und Verteidigungspolitik sind bereits heute nicht nur über den Rahmen der Nationalstaaten, sondern auch über den europäischen Rahmen weit hinausgewachsen. Die Atlantikpakt-Organisation ist ein Beweis dafür.

Und damit kommen wir der Problematik näher, die sich hinter der Forderung nach der Schaffung einer "politischen Union" verbirgt. In den westlichen Gemeinschaften, die sich mit der Verteidigungs- und Außenpolitik befassen, haben die Vereinigten Staaten von Amerika faktisch ein starkes Übergewicht, weil Amerika den größten Teil der Verteidigungslast trägt, und Europa außerdem nicht mit einer Stimme, sondern mit vielen Stimmen spricht. Dieses Mißverhältnis kann nur überwunden werden, wenn es gelingt, Formen zu finden, in denen Europa als Einheit auftritt. Die Frage ist also nicht, ob wir eine politische Union wollen; die Frage ist allein, ob wir die politische Einheit Europas durch Vollendung des in den europäischen Gemeinschaften eingeleiteten politischen Einigungsprozesses wollen, oder ob wir Sonderverträge oder Sonderinstitutionen erstreben, die unabhängig von diesen Gemeinschaften arbeiten. Die Alternative sollte ganz klar herausgearbeitet werden: entweder auch auf dem Gebiet der nichtkommerziellen Außen- und Verteidigungspolitik die Entwicklung einer europäischen Gemeinschaftspolitik - das wäre der Weg über die Fortentwicklung der bestehenden Gemeinschaften - oder aber, entsprechend den französischen Vorschlägen, Allianzen mit Regierungskonferenzen oder Räten der Regierungschefs, die auf Einstimmigkeit angewiesen und daher erfahrungsgemäß weitgehend handlungsunfähig sind. Der Weg über die EWG würde folgerichtig zu einer Gemeinschaft führen, die in die politische Landschaft von heute und morgen paßt und sich zu einer demokratischen Ordnung mit parlamentarischer Kontrolle entwickelt, während der von französischer Seite bevorzugte Weg über Formen geht, die für die Zusammenarbeit souveräner Staaten im 19. Jahrhundert üblich waren.

Bei der Frage, ob der Weg zur Vollendung der politischen Zusammenarbeit Europas über die systematische und zielbewußte Fortentwicklung der EWG oder über eine allianzähnliche Union mit Ministerräten und Kabinettspolitik geht, handelt es sich also nicht um die Frage, ob wir eine technokratische oder eine politische Lösung wünschen. Es geht allein um die Frage, ob wir eine politische Lösung des 20. oder einen Umweg über Formen des 19. Jahrhunderts wünschen.

## **Das Ziel sind die Vereinigten Staaten von Europa**

In der Politik gibt es jedoch nicht immer nur gerade Wege. Auf dem Gebiet der nichtkommerziellen Außen- und der Verteidigungspolitik ist die Zeit offenbar noch nicht reif für eine echte Gemeinschaftspolitik und damit für die Tätigkeit handlungs- und entscheidungsfähiger Gemeinschaftsorgane. Was heute möglich sein dürfte, ist nicht mehr als regelmäßige Konsultation und Kooperation. Das Unvermögen, auf den Gebieten der Außen- und Verteidigungspolitik bereits heute echte europäische Lösungen anzubieten, darf aber in keinem Falle die Funktionsfähigkeit der bestehenden europäischen Gemeinschaften beeinträchtigen, in denen sich politische Handlungsfähigkeit, europäischer Geist und demokratische Ordnung manifestieren.

Letzten Endes muß es das Ziel - ungeachtet möglicher Umwege - sein, die europäischen Gemeinschaften, die bereits heute den Weg von der Zollunion zur wirtschafts- und sozialpolitischen Union gehen und immer stärker in die Außenbeziehungen eingreifen, zu einer wahrhaft politischen Union der Vereinigten Staaten von Europa fortzuentwickeln, die den Ansprüchen einer modernen politischen Ordnung Europas im Zeichen der Demokratie entspricht.

## **Die EWG als fortschreitende und fortschrittliche Gemeinschaft**

Das Vertragswerk der Gemeinschaften baut auf einem äußerst fruchtbaren und folgenreichen Gedanken auf, den Herr Birkelbach dahingehend gekennzeichnet hat, daß hier ein Prozeß ausgelöst wurde, der nicht beliebig aufgehoben oder rückgängig gemacht werden könne. Damit wurde bewußt die Dynamik der Entwicklung in den Dienst des europäischen Einigungswerkes gestellt.

Im Vordergrund stand die Entwicklung der Zollunion. Dazu gehörte der Mut, die bisherigen Zoll- und sonstigen Handelsschranken zwischen den Mitgliedsstaaten einzureißen. Die Schöpfer des Vertrags haben diesen Mut gehabt; es wurde ein genauer Fahrplan für die Beseitigung der Binnenzölle und sonstigen Beschränkungen des Warenverkehrs und für die Errichtung eines einheitlichen Warentarifs aufgestellt. Die Absicht war, ein schnelles Zusammenwachsen der Nationalwirtschaften zu einer großräumigen Wirtschaft einzuleiten und damit die Voraussetzungen für einen schnelleren Aufstieg zu schaffen und neue Impulse zur Wirtschaftsausweitung zu geben.

Dieses Ziel wurde erreicht. Die Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft hat hierzu vor kurzem einige aufschlußreiche Zahlen veröffentlicht.

Das reale Brutto-Sozialprodukt ist in der Gemeinschaft von 1958 bis 1963 um rund 30 % gewachsen. In den Vereinigten Staaten von

Amerika stieg es in dieser Zeit um 22 0/0, in Großbritannien nur um 16/0. Der Binnenhandel zwischen den EWG-Staaten stieg um 130 aA. In diesen Zahlen kommt sehr deutlich der innere Integrationseffekt der Gemeinschaftsbildung zum Ausdruck. Aber es läßt sich nicht leugnen, daß sich dieser Aufschwung in der Gemeinschaft auch belebend auf dritte Länder ausgewirkt hat. So erweiterte sich der Welthandel - ohne den EWG-Binnenhandel - in den Jahren 1958 bis 1963 um rund 31 0/0. Dagegen stiegen die Einfuhren aus Nichtmitgliedsländern um 51 0/0, die Ausfuhr nach Nichtmitgliedsländern um 35 0/0.

Und im Dezember 1963 teilte Herr de Block als Vertreter des Ministerrates dem Parlament mit, daß die Einfuhren in die EWG seit 1958 insgesamt um 40 0/0 gestiegen seien, darunter aus dem Vereinigten Königreich um 75/0, aus den USA um 58 0/0. Erheblich unter dem Durchschnitt liegen die Entwicklungsländer.

Diese Expansion der europäischen Wirtschaft, die weit hinausstrahlt in die Weltwirtschaft, war das Ergebnis eines engen und schnellen Zusammenwachsens der sechs Nationalwirtschaften. Vielfältige Formen der Zusammenarbeit zwischen Unternehmen der sechs Länder bis zu gegenseitigen Beteiligungen, Zusammenschluß der Verbände der Unternehmer und Arbeitnehmer, die Investitionstätigkeit der Wirtschaft sind deutliche Zeichen dieses dynamischen Integrationsprozesses. Insbesondere die Investitionstätigkeit ist ausgerichtet auf das werdende Europa. Das galt und gilt nicht nur für die europäischen Investoren, sondern auch für die Investoren aus Nichtmitgliedstaaten. Bemerkenswert hierfür sind die Ausführungen, die der Präsident der internationalen Unilever-Gesellschaft, Mr. Tempel, im Mai 1963 vor Aktionären machte. Er erklärte dort, die augenblickliche Unsicherheit, ausgelöst durch das Scheitern der Beitrittsverhandlungen Großbritanniens könne die Pläne zur Fortentwicklung des Konzerns nicht beeinflussen. Die langfristige Planung der Unilever gehe von der Annahme aus, daß EWG und EFTA zu einer großen Europäischen Gemeinschaft zusammenwachsen. Hier vollziehe sich ein dynamischer Prozeß gewaltigen Ausmaßes, der sich weitgehend von den zeitweiligen politischen Hemmungen und Schwierigkeiten gelöst habe.

Diese unwiderstehliche Entwicklung führte auf der anderen Seite zu einer Anpassung der im Vertrag vorgesehenen Zollpolitik. Der Abbau der Zollschranken wurde zum ersten Male bereits im Jahre 1960 beschleunigt. Bis heute wurden

die Binnenzölle um 60 % gesenkt (statt wie vorgesehen um 40 0/0); zum 1. 1. 1965 ist eine weitere Senkung um 20 0/0 (statt wie vorgesehen um 10/0) geplant.

Dann werden die Binnenzölle nach sieben Jahren Existenz der EWG nur noch 20 0/0 ihrer Ausgangshöhe betragen.

Auch bei der Entwicklung des Außentarifs wurde ein Vorsprung von zweieinhalb Jahren gegenüber den vertraglich vorgesehenen Terminen gewonnen.

## Auf dem Weg zur Zollunion

Es ist kein Zweifel: die EWG befindet sich auf schnellem und unaufhaltbarem Wege zur vollen Zollunion. Daraus ergibt sich der Zwang, auch andere Schranken niederzureißen. Auf den Gebieten der Freizügigkeit des Kapital-, Dienstleistungs- und des Niederlassungsrechts wurden erste Fortschritte erzielt. Überall, wo es gilt, Schranken niederzureißen, schreitet die Gemeinschaft zügig voran.

Aber der Fortschritt der modernen Wirtschaft kann nicht allein dadurch gesichert werden, daß Schranken niedrigerissen werden. Der automatische Ablauf der Wirtschaft gewährleistet von sich aus weder stetigen wirtschaftlichen Aufschwung noch volle Beschäftigung noch gerechte Beteiligung aller am Ertrag der gemeinsamen Arbeit. Wenn nicht alles trägt, verfügen die modernen Staaten über genügend Erfahrungen und Möglichkeiten, schwere Zusammenbrüche vom Ausmaß der Weltwirtschaftskrise Ende der dreißiger Jahre zu vermeiden. Aber es gibt keine moderne Wirtschaft ohne Spannungen. Und je schneller das Entwicklungstempo ist, um so stärker müssen die Spannungen sein. Auch heute gibt es gefährliche Mißverhältnisse des Wachstums, Krisen, allgemeine und kommerzielle Arbeitslosigkeit, Inflation und andere Gefahren. Die Entwicklung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft bringt neben großen Chancen auch neue Gefahren. Vom Weltmarkt kommen die Ansprüche der Entwicklungsländer auf die "beati possidentes" zu.

Die moderne Wirtschaft braucht die korrigierende Hand des Staates. Neben dem negativen Aspekt des Niederreißen der Schranken muß der positive Aspekt des Handelns der öffentlichen Gewalt mit Bezug auf die Wirtschaft treten. Die Entwicklung hat dazu geführt, daß der Staat überall ordnend, ausgleichend, bremsend oder fördernd eingreift. Trotzdem gehörte Mut dazu, als die Kommission in ihrem Aktionsprogramm vom Oktober 1962 erklärte:

-Man muß sich vor Augen führen, daß die moderne freiheitliche Wirtschaftsordnung nicht bestehen kann ohne eine ständige Präsenz des Staates in der Wirtschaft. Diese Präsenz des Staates ist von doppelter Natur. Einmal wird vom Staat ein rechtlicher Rahmen auf allen Gebieten der Wirtschaft und auf allen Gebieten, die mit der Wirtschaft in Berührung stehen, gesetzt, zum anderen greift der Staat ein durch ständige Veränderung der Gegeben-

heiten, durch ein tägliches wirtschaftspolitisches Handeln in zahllosen Akten, kurz: durch eine Politik` im eigentlichen Sinne."

In diesen Worten dokumentieren sich Realismus und fortschrittlicher Wille. Und die politische Szenerie Europas wurde blitzartig beleuchtet, als der Präsident der Kommission, das deutsche CDU-Mitglied Hallstein, ein ausgeprägter Europäer, in einer dramatischen Auseinandersetzung mit dem damaligen Bundeswirtschaftsminister Erhard, ebenfalls einem deutschen CDU-Mitglied, dessen europäische Konturen jedoch bis heute nicht recht erkennbar sind, diesen Tatbestand glasklar herausstellte.

Für die Entwicklung einer solchen konstruktiven Wirtschaftspolitik kennt der Vertrag keine Termine und keine festen Regeln. Er erteilt der Kommission den politischen Auftrag, ständig im Sinne der Koordinierung, Harmonisierung und Vergemeinschaftung der Politik zu sorgen. Hier müssen sich die Organe der europäischen Gemeinschaften bewähren, hier müssen sie zeigen, ob sie konstruktiv, ob sie fortschrittlich, ob sie europäisch zu handeln in der Lage sind.

Überprüfen wir zunächst einmal die vier Bereiche, in denen der Vertrag ausdrücklich eine gemeinsame Politik vorsieht. Es sind dies

die Wettbewerbspolitik,  
die Agrarpolitik,  
die Handelspolitik und  
die Verkehrspolitik.

Auf dem Gebiete der Wettbewerbspolitik wurde durch eine Verordnung zu den Artikeln 85 und 86 des Vertrags sehr schnell ein modernes Kartellrecht geschaffen. Sein verhältnismäßig fortschrittlicher Charakter ist der engen Zusammenarbeit von Kommission und Europäischem Parlament zu verdanken. Die endgültige Bewährungsprobe steht noch aus. Sie ist abzulegen, wenn die Bestimmungen der Verordnung durchgeführt werden.

Auf dem Gebiete der Agrarpolitik sind in besonders starkem Umfange nationale- und Gruppeninteressen der Landwirtschaft im Spiel. Infolgedessen zeigt das zähe Ringen um die Entwicklung einer europäischen Agrarpolitik geradezu dramatische Züge; wobei der Ministerrat immer wieder als hemmendes Element in Erscheinung tritt. Wenn heute der Markt für 85 % der agrarischen Erzeugung einheitlich geordnet und damit die Grundlagen für eine gemeinsame Agrarpolitik geschaffen wurden, so ist darin - bei allen Mängeln, die der Regelung anhaften - ein entscheidender Fortschritt zu sehen. Auch hier haben Parlament und Kommission eng zusammengearbeitet. Aber auch hier steht die endgültige Bewährungsprobe

noch aus. Es gibt keine gemeinsame Agrarpolitik ohne ein einheitliches Preisgebäude für Getreide.

Auf dem Gebiete der Handelspolitik wurden nur ganz bescheidene, auf dem Gebiete der Verkehrspolitik noch keine wesentlichen Fortschritte erzielt.

### **Gemeinsame Handelspolitik erforderlich**

Die Erfolge auf diesen vier Gebieten sind hiernach begrenzt. Der Wille der Kommission und die Bereitschaft des Parlaments zu fortschrittlichen modernen europäischen Lösungen sind jedoch unverkennbar. Dringlich erscheint die Entwicklung einer gemeinsamen Handelspolitik, deren Träger nur die Kommission sein kann. Es ist Sache des Ministerrats, sich bald zu entsprechenden Entscheidungen durchzuringen.

Unabhängig von diesen vier im Vertrag vorgesehenen Gebieten einer gemeinsamen Politik gibt es einige bemerkenswerte Tatsachen und Vorgänge. Dafür einige Beispiele:

Im Verträge über die Errichtung der Kohle- und Stahlgemeinschaft wurde zum ersten Male in einem verfassungsartigen Dokument der Grundgedanke der sogenannten Anpassung entwickelt. Er besagt in kurzen Worten: Wenn Unternehmen wegen der Inangangsetzung des Gemeinsamen Marktes oder durch Einführung neuer Verfahren und Produktionsmittel gezwungen sind, Betriebe oder Betriebsteile stillzulegen und damit Arbeitskräfte freizusetzen, so ist das nicht Schicksal der Arbeitnehmer, die nun einmal die Last einer solchen Entwicklung zu tragen haben; es ist ein Beitrag zur fortschrittlichen Entwicklung der Gemeinschaft, die ihrerseits verpflichtet ist, die Voraussetzungen für eine reibungslose und erfolgreiche Anpassung der Betroffenen an die veränderten Verhältnisse zu schaffen. Darum sieht der Vertrag Finanzhilfen zur Beschaffung neuer Arbeitsplätze vor; er sieht weiter für die betroffenen Arbeitnehmer Wartegeld bis zur neuen Einstellung, Finanzierung der Umschulung und Beihilfen zu den Kosten für die Erlangung eines neuen Arbeitsplatzes vor. Hier wurde ein neuer fortschrittlicher, sozialer Gedanke gewissermaßen grundgesetzlich verankert, der aus der Ordnung des Arbeitslebens nicht mehr wegzudenken ist.

Auf Vorschlag der Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft hat der Ministerrat nach längerem Zögern - bezeichnender Weise gegen den deutschen Vertreter - allgemeine Grundsätze zur Durchführung einer gemeinsamen Politik auf dem Gebiet der Berufsausbildung aufgestellt. Mit dieser Initiative hat die Kommission deutlich gemacht, daß sie begriffen hat, welche Bedeutung die Be-

rufsausbildung für die Mobilität der Arbeitskräfte und damit für die Vollbeschäftigung und die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft hat.

In der Agrarpolitik hat die Kommission nunmehr unzweideutig ihre Auffassung bekundet, daß die Entwicklung des Gemeinsamen Marktes zwangsläufig zur schnellen Festsetzung eines einheitlichen Getreidepreises führen müsse, der der Natur der Sache nach insbesondere für die Bundesrepublik unter dem bisherigen Preisniveau liegen wird. Was aber für die fortschrittliche Haltung der Kommission spricht, ist die Tatsache, daß sie - obwohl dies im Vertrag nicht vorgesehen ist - einen europäischen Einkommensausgleich für Einkommensverluste aus der Festsetzung der neuen Getreidepreise und europäische Gemeinschaftspläne zur strukturellen Anpassung der Landwirtschaft vorsieht.

In die Zukunft weist auch die Aktivität der Kommission auf dem Gebiete der Regionalpolitik. Im Rahmen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft gibt es ein Leistungs- und Lebensgefälle zwischen den verschiedenen Gebieten, das im Zeichen des Zusammenwachsens der Gemeinschaft nicht mehr lange tragbar ist. Ich denke dabei an die wirtschaftlichen und sozialen Probleme im Zonengrenzgebiet, an Schleswig-Holstein, an den bayerischen Wald und den Hunsrück und die Eifel. Ich denke im europäischen Rahmen vor allem an die unterentwickelten Gebiete in Süditalien. Hier geht es um die soziale Frage unseres Jahrhunderts. Die Kommission hat dieses Aufgabengebiet mit einer Energie und einer Tatkraft in Angriff genommen, die um so bemerkenswerter sind, als die Gemeinschaft hier nur über sehr begrenzte Kompetenzen verfügt.

Und schließlich sei auf die Bemühungen der Kommission um eine Koordinierung der Konjunkturpolitik der beteiligten Mitgliedsstaaten hingewiesen. Hier geht es um die Verhinderung von Rückschlägen, von Preissteigerungen und sonstigen Gefahren, die jeweils mehr oder minder stark die Entwicklung in anderen Mitgliedsstaaten beeinflussen. Hier geht es aber zugleich um so zentrale Aufgabengebiete wie die Finanz- und Währungspolitik. Die Widerstände der Mitgliedsstaaten gegen eine größere Aktivität der Gemeinschaft sind daher sehr stark. Trotzdem hat die Kommission auch diese Fragen mutig, und wie man wohl anerkennen muß, sehr geschickt und zielbewußt angepackt. Sie verlangt, daß in allen Ländern die Voraussetzungen für eine zielbewußte Wirtschaftspolitik durch die Aufstellung vergleichbarer Vorausschau geschaffen werden. Sie hat auch institutionelle Vorschläge zur Koordinierung der Finanz- und Währungspolitik gemacht. Sie hat dabei die einmütige Zustimmung des Parlaments gefunden. Hier deuten sich Entwicklungslinien von einer politischen Tragweite an, die kaum überschätzt werden kann.

## **Aktionswillen der Gemeinschaft am Aktionsprogramm der Kommission abzulesen**

Das Zeugnis für den Aktionswillen der Europäischen Gemeinschaft ist jedoch das im Oktober 1962 von der Kommission vorgelegte Aktionsprogramm. Es gibt eine Gesamtschau systematischer europäischer Wirtschaftspolitik für die nächsten Jahre. Es umfaßt alle wesentlichen Probleme, die auf die Gemeinschaft zukommen, wie

den freien Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr,  
die Freizügigkeit der Arbeitnehmer,  
die Wettbewerbsprobleme,

die gemeinsame Agrar-, Verkehrs-, Energie- und Sozialpolitik,  
die Entwicklungspolitik  
sowie die Koordination der Wirtschafts- und Währungspolitik.

In diesem Aktionsprogramm hat die Kommission die Grundzüge einer aktiven und zielbewußten Politik stetigen Wirtschaftswachstums aufgezeichnet.

Dieses Aktionsprogramm ist

ein Dokument politischen Gestaltungswillens,  
ein Dokument sozialen Fortschritts,  
ein Dokument europäischen Denkens und  
ein Dokument des Lebenswillens und der Lebenskraft der  
Demokratie.

## **Chancen und Konsequenzen**

All dies galt ohne wesentliche Einschränkung bis zum Jahre 1962. Damals befand sich die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft auf dem Höhepunkt der Entwicklung. Äußere Kennzeichen waren der Übergang zur zweiten Etappe, die Schaffung einer europäischen Wettbewerbs- und Agrarpolitik, Beitritts- und Assoziierungsgesuche Großbritannien und anderer europäischer Staaten, das amerikanische Konzept der Partnerschaft und die respektvolle Anerkennung auch aus dem sowjetischen Osten.

Durch das Veto des französischen Staatspräsidenten und den Zusammenbruch der Verhandlungen mit Großbritannien ist die organische Fortentwicklung der Gemeinschaft in Frage gestellt. Die Folgen sind eindeutig. Das deutsch-französische Verhältnis wurde unnötig belastet. In der Gemeinschaft herrscht Mißtrauen, der Wille zur Gemeinschaftspolitik ist gelähmt, an seine Stelle tritt immer mehr das Prinzip des "Do ut des". Der Sprung über die Grenzen der Sechs ist zunächst vertagt. Die Grundlagen für eine

loyale atlantische Partnerschaft sind erschüttert. All diese negativen Wirkungen geben Anlaß zu ernststen Sorgen. Es besteht die Gefahr,

daß die Entwicklung einer echten Gemeinschaftspolitik zum Stehen kommt,

daß sich die Handelsströme zwischen den Ländern der Gemeinschaft und den übrigen europäischen Ländern, insbesondere mit den skandinavischen Ländern, mit Österreich und mit der Schweiz in bedenklicher Weise verlagern und,

daß die Zusammenarbeit der atlantischen Gemeinschaft schwer Not leidet.

Mit dieser Lage müssen wir uns auseinandersetzen - wir müssen es tun als politische Menschen, die nicht bereit sind, vor jeder Tatsache zu kapitulieren, sondern das Wesen der Politik in der bewußten Gestaltung der Entwicklung sehen.

Grundlage einer realistischen Politik kann nur eine klare und nüchterne Einschätzung der Realitäten sein.

Es ist eine Realität, daß die Haltung de Gaulles in der Frage der Zusammenarbeit der Völker sich fundamental von den Auffassungen unterscheidet, die von den anderen Mitgliedern der EWG ebenso wie von Großbritannien und den USA vertreten wird. De Gaulle ist ein Staatsmann, der mit beiden Beinen im vergangenen Jahrhundert steht und mit einer seltenen Zielstrebigkeit und Zähigkeit für seine Ziele kämpft. Doch als Staatsmann weiß er mit Realitäten zu rechnen.

Und es gibt auch andere Realitäten.

Realität ist, daß de Gaulle nicht allein bestimmen kann, was in Europa und der Welt geschieht.

Realität ist, daß Frankreich an der deutsch-französischen Verständigung ein gleich hohes Interesse hat wie Deutschland.

Realität ist, daß die Entwicklung zum Gemeinsamen Markt allen Mitgliedern große Vorteile gebracht hat, so daß auch für Frankreich ein Ausscheiden aus dem Gemeinsamen Markt mit großen Risiken verbunden wäre.

Realität ist, daß die Größe und die Zukunft Frankreichs abhängig sind von einer funktionierenden europäischen Zusammenarbeit und vom Zusammenhalt der westlichen Welt.

Und eine Realität ist es *schließlich*, daß eine Macht, die sich auf einen Mann stützt, nicht unbedingt dauerhafter sein muß als die Mächte, die sich auf eine breitere Basis stützen können.

Wer sich so ein nüchternes Bild von den Realitäten dieser Welt verschafft, sollte zu der Überzeugung kommen können, daß die Chancen, sich durchzusetzen, für die anderen fünf Mitglieder der Gemeinschaft wie für Großbritannien und die USA nicht weniger groß zu sein brauchen als für General de Gaulle.

Dazu aber gehört der politische Wille, sich durchzusetzen, gehört politische Härte und Zähigkeit, gehört Vertrauen zur eigenen Sache und zur eigenen Kraft.

### **Der Interessenausgleich erforderlich**

Die Europa-Politik wird fürs erste in Rechnung stellen müssen, daß so, wie die Dinge zur Zeit liegen, der Wille zur Gemeinschaftspolitik allein nicht genügt, um den Widerstand des französischen Generals zu überwinden. Wir werden uns damit abfinden müssen, daß die Verhandlungen in stärkerem Umfange unter dem Gesichtspunkt des Interessenausgleichs und damit unter dem Gesetz des "Do ut des" stehen werden. Es kommt daher darauf an zu prüfen: Wo bestehen gemeinsame Interessen, die der Fortentwicklung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft nutzbar gemacht werden können, und wo sind die Interessenunterschiede nicht so groß, als daß sie nicht durch einen für alle Beteiligten tragbaren Kompromiß überwunden werden könnten?

Ich möchte hier so konkret sprechen, als es im Rahmen eines Einführungsreferates nur möglich ist.

Zunächst gibt es bestimmte Sachgebiete, auf denen das französische Interesse an einer europäischen Lösung auch heute groß ist. Als Beispiele seien die Agrarpolitik, die Regionalpolitik und die Entwicklung einer systematischen europäischen Wirtschaftspolitik genannt. Auf dem Agrarsektor ist das französische Interesse evident. Frankreich braucht den großen europäischen Absatzmarkt für seine von der Natur begünstigte Landwirtschaft. Auch die anderen Mitgliedsstaaten erstreben unverändert einen gemeinsamen Agrarmarkt. Auch hier stehen Interessen auf dem Spiel, aber die schwierigen Marathonverhandlungen Ende 1962 und Ende 1963 haben gezeigt, daß die Interessen bei gutem Willen ausgleichbar sind. Hier gibt es eine Chance. Allerdings muß auch die deutsche Politik ihren Beitrag leisten; sie muß sich sehr bald zu einer im Gemeinschaftsinteresse liegenden sachgemäßen Entscheidung in der Agrarpreisfrage durchringen.

Die Regionalpolitik ist von der Kommission mit großem Elan in Angriff genommen worden. Auch hier besteht ein vitales französisches Interesse an einer Aktivität der Gemeinschaften. Im Parlament

wurden wesentliche Beiträge zu diesem Thema von französischer Seite gemacht. Auch diese Chance sollte ergriffen werden.

In jedem Lande wird der Wirtschaftsablauf immer wieder durch Rückschläge und inflationäre Tendenzen bedroht. Rückschläge in einem Lande wirken sich auch auf die wirtschaftliche Aktivität in anderen Ländern aus.

Inflation eines Landes wird in die anderen Länder importiert. Frankreich betreibt seit langem eine zielbewußte und planmäßige Wirtschaftspolitik an Hand kurzfristiger und mittelfristiger Vorausschau. Es hat ein vitales Interesse daran, daß die Gemeinschaft sich insgesamt zu einer vorausschauenden Wirtschaftspolitik entschließt, um ein gleichgewichtiges Wachstum in der Gemeinschaft zu sichern. Es war der französische Finanzminister Giscard de Estaing, der zum ersten Mal von einem europäischen Nationalbudget sprach. Auch hier sind die Interessen aller Länder gleichgerichtet, wenn man sie nur richtig sieht. Der Bericht des deutschen CDU-Abgeordneten Diefenbacher an das Europäische Parlament ist ein Beweis dafür. Also auch hier gibt es eine reale Chance zur Fortentwicklung der Gemeinschaften.

### **Innerer Aufbau der Gemeinschaften muß beschleunigt werden**

Ein zweites Kapitel, das in Angriff genommen werden kann, betrifft den institutionellen Aufbau der Gemeinschaften.

Das Ziel einer solchen institutionellen Fortentwicklung muß sein:

- eine handlungsfähige Exekutive,
- ein Parlament mit vollem Gesetzgebungs- und Kontrollrecht,
- ein Ministerrat, der etwa nach Art einer Länderkammer arbeitet.

Dieses Ziel ist heute noch nicht zu erreichen. Aber es gibt Möglichkeiten, ihm näherzukommen. Das Europäische Parlament hat in einer umfangreichen Entschließung vom 27. 6. 1963 sehr eingehende Vorschläge zur Weiterentwicklung des institutionellen Gefüges gemacht. Das Verbindungsbüro der Sozialistischen Parteien hat im Januar 1964 ein europäisches Arbeitsprogramm für 1964 vorge schlagen, das sich ebenfalls mit institutionellen Fragen befaßt. Aus den Überlegungen der verschiedensten Stellen ergibt sich deutlich, daß hier auch ohne Vertragsänderung Nahziele erreicht werden können, die der Stärkung der Gemeinschaften dienen und zugleich erste Schritte auf dem Wege zu einer sinnvollen institutionellen Ordnung der Gemeinschaft sein können. Auch hier ist offenbar eine gewisse französische Neigung zur Mitarbeit festzustellen. Auch hier muß also ernsthaft verhandelt werden.

Nahziele müßten sein:

Der Ministerrat muß sich stärker von den Methoden geheimer Kabinettpolitik abwenden und in größerem Umfange Funktionen auf die Kommission übertragen und Entscheidungen des Parlaments akzeptieren.

Die Stellung des Parlaments muß durch die Erhöhung seiner Befugnisse gestärkt werden. Der Ministerrat sollte nur bei Einstimmigkeit von einem Votum des Parlaments abweichen. Außerdem muß ein parlamentarisches Haushaltsrecht entwickelt werden. Zumindest ein Teil der Mitglieder des Parlaments sollte unmittelbar gewählt werden.

Die Zersplitterung der Exekutivgewalt auf drei selbständige Exekutiven, der Wirtschafts-, der Atom- und der Montangemeinschaft, erweist sich immer mehr als Hemmnis für Fortschritte. Die Exekutivgewalt muß daher durch Fusion der Exekutiven gestärkt werden, dabei könnte die Unterschiedlichkeit der drei Vertragswerke zunächst weiter hingenommen werden. Auch hier ist die Zeit reif. Aus gegebenem Anlaß sei aber die Bemerkung erlaubt, daß es ein Treppenzitat der Weltgeschichte wäre, wenn die Fusion der Exekutiven, die der Stärkung der Gemeinschaften dienen sollte, zum Anlaß genommen würde, den einen oder anderen der stärksten Motoren der europäischen Einheit aus der Exekutive herauszubringen.

Also auch hier auf institutionellem Gebiet bestehen Chancen zu einer Stärkung der Gemeinschaften und zu ihrer Fortentwicklung.

Eine letzte große Chance, Fortschritte zu erzielen, bieten die bevorstehenden Verhandlungen im GATT, die sogenannte Kennedy-Runde. Es soll hier nicht die außenwirtschaftliche und weltpolitische Bedeutung der großartigen Initiative des verstorbenen amerikanischen Präsidenten gewürdigt werden. Sie wird sicher in der anderen Arbeitsgemeinschaft behandelt. Aber ihre Bedeutung für die Fortentwicklung der Gemeinschaft und die Notwendigkeit, die erforderlichen Voraussetzungen für ihren Erfolg zu schaffen, sind hier zu erörtern.

Die Entwicklung der letzten Zeit hat deutlich gemacht, daß eine angemessene Lösung der weltwirtschaftlichen Probleme mit den bisherigen Praktiken der Außenhandels-Politik nicht mehr möglich ist. Die Handelsbeziehungen zu den Entwicklungsländern erfordern gebieterisch eine Neuordnung, die sowohl den berechtigten Interessen dieser Länder Rechnung trägt als auch den Wirtschaftsaustausch im Rahmen einer neuen weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung fördert. Ernste Schwierigkeiten ergeben sich darüber hinaus im europäischen

Bereich. Die zunehmende innere Integration in der EWG und in der EFTA führt allmählich zu einer Veränderung der traditionellen Handelsströme, die große Gefahren für den weiteren vertrauensvollen Zusammenhalt des freien Europas heraufbeschwört. Die europäische Agrarpolitik bringt unsere traditionellen Lieferanten von Agrarerzeugnissen, darunter insbesondere das mit uns befreundete Dänemark, in harte Bedrängnis. Erhöhte Stahlzölle sind, so gerechtfertigt sie vom Standpunkt der Stahlwirtschaft in der Montanunion sein mögen, geradezu unerträglich für zwei weitere eng mit uns befreundete Staaten des freien Westens, nämlich Schweden und Österreich. Die einzige angemessene Lösung wäre die Erweiterung der Gemeinschaft über den Kreis der Sechs hinaus. Wenn auch hier durch das französische Veto im Zusammenhang mit den bevorstehenden englischen Wahlen eine Pause eingelegt werden muß, so sollte doch alles getan werden, um vermeidbare Schwierigkeiten wirklich zu vermeiden, ein weiteres Auseinanderleben der europäischen Staaten zu verhindern und den Weg offen zu halten für das größere Europa. Dazu gehören eine zielbewußte Handelspolitik, die auf solche Entwicklungsperspektiven Rücksicht nimmt, und gegebenenfalls auch angemessene Einzelregelungen mit besonders betroffenen Staaten.

### **Die "Kennedy-Runde" ist von entscheidender Bedeutung**

Alle diese großen Schwierigkeiten würden wesentlich gemildert, wenn der Übergang zu einer weltoffenen liberalen Handelspolitik nach den Vorschlägen des Präsidenten Kennedy gefunden werden könnte.

Die deutsche Bundesregierung hat sich ein Verdienst erworben, als sie in Brüssel beim Agrarkompromiß die Aufnahme der sogenannten Klausel 39/110 durchsetzte. Danach muß die Durchführung der Agrarverordnungen insbesondere auch den Bestimmungen des EWG-Vertrages über die Außenhandelsbeziehungen Rechnung tragen. Dieser Teil des Kompromisses darf nicht toter Buchstabe bleiben. Ein anderer Teil des Kompromisses, der vorwiegend französischen Interessen entspricht, nämlich der Erlaß von Marktordnungen für Reis, Rindfleisch, Milch und Milcherzeugnisse, ist bereits erfüllt. Die Bundesregierung muß mit gleicher Energie darauf hinwirken, daß auch dieser Bestandteil des Kompromisses die Durchführung einer weltoffenen Handelspolitik, ein Bestandteil, auf den insbesondere die Bundesrepublik Wert gelegt hat, Realität wird. Der Herr Bundeskanzler hat durch seine Reisen und durch seine Reden gerade in dieser Hinsicht so viele Hoffnungen erweckt oder gar Versprechungen gemacht, daß ein Versagen zu einem schweren Vertrauensverlust führen würde. Hier geht es nicht nur um das Prestige des Bun-

deskanzlers, hier geht es um die Glaubwürdigkeit der deutschen Politik. Der Bundeskanzler wird dabei darauf achten müssen, daß seine Regierung nicht selbst durch weitere Unaufrichtigkeit und hinhaltendes Taktieren in Fragen der Agrarpreise den Erfolg der Kennedy-Runde in Frage stellt.

Alle diese Überlegungen führen zu dem Schluß, daß auf dem Gebiet der europäischen Handelspolitik im weitesten Sinne des Wortes sehr bald Entscheidungen getroffen werden müssen und auch können. Ein erster Schritt ist getan: Der Ministerrat hat der Kommission ein Verhandlungsmandat für die Kennedy-Runde erteilt. Jetzt kommt es darauf an, Richtlinien festzulegen, die der Kommission einen ausreichenden Verhandlungsspielraum für die Entwicklung einer weltoffenen Handelspolitik geben, um den Erfolg der sogenannten Kennedy-Runde zu sichern.

Diese nüchterne Analyse der Lage zeigt deutlich: Es gibt Chancen zur Fortentwicklung der europäischen Gemeinschaften; sie müssen nur genutzt werden. Nichts fällt uns in den Schoß. Politik ist immer noch die Betätigung eines politischen Willens. Dieser politische Wille, die notwendige Härte und Zähigkeit und ausreichendes Selbstvertrauen aufzubringen, das ist die Aufgabe der europäischen Politik in nächster Zeit. Der deutschen Politik fällt hier nach Lage der Sache eine besondere Verantwortung zu.

Im Grunde geht es um eine ganz einfache, aber große Aufgabe. Es geht darum, die Beziehungen zwischen den Völkern Europas unter die gleichen Gesetze zu stellen, unter denen die Beziehungen zwischen den Menschen und Gruppen schon seit langem in den Nationalstaaten stehen. Auch im Verkehr zwischen den Völkern Europas soll Gesetz vor Gewalt gehen, soll Gleichberechtigung anstelle des Binsens um Vorherrschaft treten, soll das europäische Gemeinschaftsinteresse Vorrang haben vor den begrenzten nationalen Interessen. Auf dieses Ziel müssen wir heute in realistischer Erkenntnis der veränderten Verhältnisse mit abgewandelten Mitteln hinarbeiten. Nicht alles ist auf einmal erreichbar. Aber niemand gibt uns das Recht, darauf zu verzichten, zu tun, was möglich und notwendig ist. Und das ist nicht wenig.

# TATSACHEN - ARGUMENTE

Sonderausgabe XV

März 1964

**Europa-Kongreß der SPD-Bundestagsfraktion**  
am 25. und 26. Februar 1964 in der Stadthalle in Bad Godesberg

**Käte Strobel**

MdB, Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments

## **Die Außenbeziehungen der Europäischen Gemeinschaften**

I.

**Mißverhältnis zwischen den starken Wirkungen der  
Gemeinschaft nach außen und einer fehlenden ~Außen-  
konzeption"**

Sich zu den Außenbeziehungen der Europäischen Gemeinschaften kurz und doch ausreichend zu äußern, ist nicht einfach. Ohne Zweifel sind aber gerade auch sie ein Stück der Sorge um Europa. Es gibt noch kaum ein Konzept für eine gemeinsame Außenhandelspolitik, die nach dem Vertrag in der Übergangszeit zu entwickeln ist. Die Wirkung der EWG nach außen ist aber sehr stark. Wenn man die diesbezügliche Entwicklung der ersten Hälfte der Übergangszeit betrachtet, kann man ein erstes Stadium der Zurückhaltung, teilweise sogar der Feindseligkeit von Nichtmitgliedsstaaten beobachten. Ein zweites Stadium brachte eine Beitritts- und Assoziierungswelle der westeuropäischen Länder. Auch die Kennedy-Runde ist nicht zuletzt durch den Gemeinsamen Markt ausgelöst worden. Wir stehen im

GATT vor Anfängen einer Neuordnung der Beziehungen zu den Ostblockländern, wir haben die Assoziierung mit 17 afrikanischen Staaten und mit Madagaskar erneuert. Auch die Welthandelskonferenz ist mit durch die Wirkung der EWG herausgefordert worden.

Die EWG sieht sich also einem großen Bündel außenwirtschaftlicher Fragen gegenüber, deren außenpolitischen Charakter man nicht leugnen kann. Leider kommen nun im Vertrag selbst die Außenbeziehungen sehr schlecht weg: es werden zu wenig Befugnisse an Gemeinschaftsorgane in einem zu späten Stadium übertragen. Dem internen Zollabbau folgt der Ausbau des gemeinsamen Außenzolls nur zögernd. Die schon weit entwickelte gemeinsame Agrarpolitik hat handelspolitische Folgen, die nicht unbedingt erwünscht sein können und die trotzdem nicht dazu geführt haben, daß eine gemeinsame Handelspolitik in Gang kommt.

Aus dem ganzen Aufbau des EWG-Vertrages könnte man daher schließen, daß die Sechs zunächst einmal den eigenen Bau weit vorantreiben wollten, ehe man gemeinsame Regelungen mit anderen Ländern eingeht. Dafür lassen sich zwar einige Begründungen anführen - in bestimmten Bereichen muß man einfach erst eine gemeinsame Politik haben, bevor man die EWG-Kommission mit entsprechenden Verhandlungen mit dritten Ländern beauftragt. Aber es werden dabei auch Gefahren hervorgerufen. Bei der Landwirtschaftspolitik zeigt sich besonders deutlich der Nachteil der zeitlichen Nachordnung der Außenbeziehungen. Ich nenne hier nur ein Beispiel. Wenn der Ministerrat entgegen den Entschlüssen der EWG-Kommission und des Europäischen Parlaments Richtpreise aus innenpolitischen Erwägungen und ohne Beachtung der Wirkungen auf den Außenhandel zu hoch festsetzt, wird nach Meinung der Fachleute die Produktion so ansteigen, daß sie den Selbstversorgungsgrad weit übersteigt. Wenn in drei bis vier Jahren die gemeinsame Handelspolitik endlich entsteht, wird es große Schwierigkeiten verursachen, diese Konsequenzen wieder zu beseitigen. Die Aufgabe ist deshalb, bei so wichtigen wirtschaftlichen Bereichen in zeitlicher Gleichordnung zu Gemeinschaftslösungen zu kommen. Das heißt also, daß, nachdem wir in anderen Bereichen der Wirtschaft schon recht weit vorangekommen sind, die Außenhandelspolitik gewaltig beschleunigt werden muß. In der Weise, in der die Regierungen die gemeinsame Landwirtschaftspolitik gegenüber den vertraglich zwingend vorgeschriebenen Fristen nach vorn geschoben haben, müssen sie sich nun zusammensetzen, um eine gemeinsame Handelspolitik zu errichten. Wenn sie diese ihre Verpflichtung nicht erkennen, wird es zu keiner harmonischen Weiterentwicklung der Europäischen Gemeinschaften kommen. Mit allgemeinen Deklamationen ist es hier-

bei nicht getan. Was wir brauchen, ist vielmehr eine klare, auch in den Details durchdachte Konzeption einer wirtschaftlichen Außenpolitik für die EWG. Wir fordern alle zu einem lebendigen politischen Gespräch darüber auf. Wir werden uns im Parlament für die beschleunigte Herbeiführung einer gemeinsamen Handelspolitik einsetzen und erwarten das auch von der Bundesregierung.

ii.

### **Die EWG von den ~Drittländern" her gesehen**

Es ist ganz nützlich, sich vor Augen zu halten, mit welchen Reaktionen von seiten der Drittländer in aller Welt das Entstehen der EWG begleitet wurde. Im allgemeinen kann man sagen, daß diese Reaktion nicht sehr freundlich war: die Industrieländer fürchteten die Zollpräferenz der Sechs und ihre möglichen handelspolitischen Auswirkungen und die Entwicklungsländer sahen sich einer großen wirtschaftlichen Anstrengung gegenüber, die ihnen zumindest keinen Nutzen zu versprechen schien und von der sie ausgeschlossen waren (Argument: die EWG als ~Klub der Reichen"). Auch der Ostblock befürchtete ungünstige Handelsauswirkungen und bestimmte politische Konsequenzen.

Eigentlich standen nur die USA der wirtschaftlichen Integration von Anfang an mit uneingeschränktem Wohlwollen gegenüber. Ihre Haltung läßt sich auf die Formel bringen: sofern sich Europa politisch einigte, könnten durchaus bestimmte handelspolitische Konsequenzen in Kauf genommen werden. Die Vereinigten Staaten beteiligten sich deshalb z. B. nicht an dem allgemeinen Wehklagen über die Einführung des gemeinsamen Außentarifs und damit die gegenseitigen Zollpräferenzen der sechs EWG-Mitglieder. Als es mit der politischen Einigung aber nicht voranging und die Gefahr befürchtet wurde, daß die EWG sich zu einem autarkistischen wirtschaftlichen Block entwickeln könnte, reagierten die USA in unerwarteter scharfer Weise auf den Rückgang ihrer EWG-Exporte bei einzelnen Produkten. Der ~Hähnchenkrieg" des letzten Jahres ist der bekannteste Einzelfall hierfür. Die ~neue" amerikanische Haltung gegenüber der EWG ist vor allem dadurch gekennzeichnet, daß man eine autarkistische Entwicklung der Sechsergemeinschaft verhindern will. Dazu mehr bei der Besprechung der Kennedy-Runde.

Den nicht an der EWG beteiligten europäischen Ländern kam die wirtschaftliche Integration nicht unbedingt gelegen. Unter Führung

Großbritanniens unternahmen sie in den Jahren 1957 und 1958 den Versuch, um den festen Kern der EWG eine große Freihandelszone, an der praktisch ganz Westeuropa beteiligt sein sollte, zu legen. Als dieser Versuch (die sogenannten Maudling-Verhandlungen im Rahmen der OEEC) scheiterte, kam es zur Gründung der EFTA, der kleinen Freihandelszone. Ich erinnere daran nur, um deutlich zu machen, daß die Industrieländer Westeuropas, also unsere unmittelbaren Nachbarn und mit die wichtigsten Handelspartner, der EWG recht kühl gegenüberstanden und teilweise noch heute gegenüberstehen.

Sind es bei den Industrieländern vor allem nicht unberechtigte Befürchtungen einer Umlenkung der Handelsströme, so kritisieren die Entwicklungsländer die einseitige Orientierung der EWG auf die Förderung des Austauschs verarbeiteter Waren, den möglichen Agrarprotektionismus und die vorgesehenen Präferenzen für die afrikanischen Assoziierten bei tropischen Erzeugnissen. Bis heute ist es nicht gelungen, diese Befürchtungen zu zerstreuen. Auf der am 23. März dieses Jahres in Genf beginnenden Welthandelskonferenz der UNO wird die EWG wohl zur Zielscheibe diesbezüglicher Angriffe der Entwicklungsländer werden.

Der Ostblock zeigte sich durch die EWG erst beunruhigt, als er einsehen mußte, daß sie als wirtschaftliches und politisches Phänomen nicht mehr hinwegzudiskutieren war. Die propagandistischen Angriffe, die er unter anderem auch mit einem Seitenblick auf die Entwicklungsländer anlässlich der Welthandelskonferenz gegen die EWG vortragen wird, dürfen jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß dort immer mehr konkrete wirtschaftliche Überlegungen im Zusammenhang mit der EWG angestellt werden. Es ist durchaus möglich, daß die Sowjetunion nach der Ausnutzung der ihr durch die Welthandelskonferenz gebotenen propagandistischen Möglichkeiten ein wirtschaftliches Arrangement mit der EWG sucht.

Nach sechs Jahren EWG muß man prüfen, inwieweit die Befürchtungen der Drittländer gerechtfertigt sind. Leider läßt sich jedoch auch auf diesem Gebiet mit Statistiken trefflich streiten, so daß die bisherige Entwicklung des Handels als Argument für alle möglichen Thesen herangezogen wird. Ganz klar ist, daß die wirtschaftliche Ausweitung unter den sechs EWG-Ländern selbst am stärksten gewesen ist. Die Einfuhrsteigerung der sechs EWG-Länder untereinander war von 1960 bis 1962 mit 31 % am höchsten. Im gleichen Zeitraum (abschließende Zahlen über 1963 liegen leider noch nicht vor) nahm das Einfuhrvolumen des Welthandels insgesamt um 12 % zu. Die EWG führte 1962 im Vergleich zu 1960 aus dritten Ländern 18 % mehr ein. Die EFTA konnte ihre Einfuhren aus Drittländern im

gleichen Zeitraum nur um 7 % ausdehnen, die Vereinigten Staaten um 13 %. Die Einfuhrsteigerung der EWG in diesem Zeitraum wird bei den Industrieländern überhaupt nur von Japan mit 25 % übertroffen. Dies zeigt also, daß die EWG insgesamt gesehen zu keiner Abschnürung der Einfuhren aus dritten Ländern geführt hat. Aber Einfuhrrückgänge auf bestimmten Sektoren hat es als Konsequenz der EWG gegeben. Man darf sich nicht über deren negativen wirtschaftlichen und politischen Effekt täuschen.

Aus den genannten Zahlen kann man die Schlußfolgerung ziehen, daß aus dem bisherigen Stand der wirtschaftlichen Integration (die allerdings die Erfahrungen von 1963 und damit das erste Jahr der Verwirklichung der gemeinsamen Agrarpolitik noch nicht berücksichtigt) sich allgemein noch keine prohibitive Wirkung des Gemeinsamen Marktes feststellen läßt. Es wird aber darauf ankommen, in den und für die bevorstehenden internationalen Verhandlungen zu beweisen, daß die EWG in der Tat und in allen Bereichen zu einer harmonischen Entwicklung des Welthandels beiträgt.

Insgesamt gesehen hat die EWG bisher zu keiner Abschnürung der Einfuhren aus Drittländern geführt. Aber Einfuhrrückgänge auf bestimmten Sektoren und aus bestimmten Ländern hat es als Konsequenz der EWG schon gegeben. Man darf sich nicht über deren negativen wirtschaftlichen und politischen Effekt täuschen. Die schwedischen Hinweise gestern, insbesondere auf die indirekten Folgen für Schweden über den möglichen Rückgang des Agrarhandels mit Dänemark, scheinen mir diese Situation sehr deutlich zu beleuchten. Um so mehr wird es darauf ankommen, in den und für die bevorstehenden internationalen Verhandlungen zu beweisen, daß die EWG in der Tat in allen Bereichen zu einer harmonischen Entwicklung des Welthandels beiträgt. Das heißt auch, daß sie sich nicht einseitig nach dem Mittelmeerraum hin orientieren darf. Darunter würden nämlich nicht nur die handelspolitischen Beziehungen zu den skandinavischen Staaten und England leiden; wir müssen auch sehen, daß darunter die wirtschaftliche Entwicklung des Nordens der Bundesrepublik leiden wird.

### III.

#### **Beitritt und Assoziierung**

Wenn auch durch den Abbruch der britischen Beitrittsverhandlungen eine Ausdehnung der Europäischen Gemeinschaften zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht übermäßig aktuell ist, so verdient dieses

Kapitel doch Erwähnung, denn es beleuchtet wichtige Aspekte der Außenbeziehungen.

Die Gründung der EFTA sollte sicher weniger eine Drohung an die Adresse der EWG sein, sondern mehr eine Voraussetzung für eine bessere Verhandlungsposition schaffen. Daß es bisher zu keinem Arrangement zwischen der EFTA und der EWG gekommen ist, ist auf keiner der beiden Seiten unbedingt auf einen schlechten Willen zurückzuführen, sondern liegt weitgehend in der unterschiedlichen Konstruktion. Die EFTA ist eine Freihandelszone, beschäftigt sich also im wesentlichen nur mit Zollangelegenheiten. Die EWG hingegen ist viel mehr: die Zollunion ist nur eine Vorstufe für die viel weitergehende Wirtschaftsunion. Solange die EFTA-Länder nur bereit waren, über den Zollteil des EWG-Vertrages zu sprechen, konnten sie auf kein sehr weitgehendes Interesse der EWG stoßen.

Als die britische Regierung erkannte, daß nur ein umfassendes Gespräch über alle Teile des EWG-Vertrages und damit über die Grundfragen der wirtschaftlichen Integration selbst eine Beseitigung der gegenwärtigen Spaltung Westeuropas ermöglichen würde, entschloß sie sich im Sommer 1961 zu dem damals sensationellen Beitrittsgesuch. Es besteht kein Zweifel darüber, daß das französische Veto der unmittelbare und unvermeidbare Anlaß des Abbruchs gewesen ist. Daß alle sechs EWG-Regierungen, also auch die Bundesregierung, beschlossen hatten, die Beitrittsverhandlungen im Stil diplomatischer Konferenzen zu führen und dabei der EWG-Kommission nur eine beratende Rolle zuzuweisen, war ein großer Fehler. Die Entscheidung wurde zwar vom EWG-Vertrag gedeckt, aber der Vertrag hätte auch die Möglichkeit eröffnet, der EWG-Kommission eine gemeinschaftliche Verhandlungsführung anzuvertrauen. Viele Hindernisse während der Verhandlungen wären dabei nicht aufgetaucht, und vor allem wäre es wohl kaum möglich gewesen, die Verhandlungen einseitig abubrechen. Hieraus ist für künftige Verhandlungen die Konsequenz zu ziehen, daß ein Gemeinschaftsorgan - die Kommission - Verhandlungsvollmacht bekommen muß. Das britische Beitrittsgesuch hatte eine Welle von Beitritts- und Assoziierungsgesuchen hervorgerufen. Die wirtschaftliche Einigung aller Länder Westeuropas war damit in greifbare Nähe gerückt und wurde aus nationalegoistischen Gründen zerstört.

Eine der Ursachen für das Scheitern der britischen Beitrittsverhandlungen war übrigens auch das Fehlen einer Beitritts- und Assoziierungspolitik. In den sechs Mitgliedsstaaten herrschten fundamental verschiedene Auffassungen darüber, wie weit und aus welchen Gründen die Gemeinschaft zu erweitern wäre. Ich kann aus Zeitgründen nicht näher darauf eingehen. Aber ich möchte betonen, daß eine

Wiederaufnahme der Beitrittsbemühungen nur dann sinnvoll ist, wenn sich die grundlegenden Vorstellungen der sechs Staaten über die Stellung der Gemeinschaft in Europa und in der Welt angenähert haben. Die EWG darf kein exklusiver Klub sein. Nicht zuletzt auch deswegen muß eine gemeinsame Konzeption für die künftige wirtschaftliche und politische Entwicklung Europas erarbeitet werden. Alle demokratischen Kräfte sollten sich daran beteiligen.

Von allen Beitritts- und Assoziierungswilligen im europäischen Bereich bemüht sich gegenwärtig allein Österreich aktiv um eine Assoziierung. Auf der Seite der EWG muß hierbei der besonderen Lage Österreichs durch ein weitreichendes Verständnis Rechnung getragen werden. Es muß eine grundsätzliche Bereitschaft zur Assoziierung bestehen, und diese muß Verständnis sowohl für die wirtschaftliche Besonderheit Österreichs als auch für seinen neutralen Status einschließen. Andererseits muß sich Österreich über seine eigenen Wünsche klar werden. Man kann sich z. B. schwer vorstellen, daß man gleichzeitig Mitglied der EFTA bleiben und sich mit der EWG assoziieren kann. Es ist zu hoffen, daß in den laufenden Vorbereitungsgesprächen die österreichische Regierung ihre eigenen Vorstellungen hierzu noch weiter entwickelt, und daß dann innerhalb der EWG die verschiedenen politischen Richtungen alles tun, um den österreichischen Bemühungen zum Erfolg zu verhelfen.

Im europäischen Bereich sind bisher nur die Assoziierung Griechenlands und der Türkei verwirklicht worden. Beide Länder sind Entwicklungsländer, die sich in der Form einer Zollunion mit der EWG verbinden, der sie dann bei genügend fortgeschrittenem Wirtschaftsstand als Vollmitglied beitreten können. Beide Verträge sind so gehalten, daß sie die noch recht schwache Wirtschaft dieser Staaten stützen, um die wirtschaftliche Festigung und die politische Stabilisierung zu erreichen.

Israel führt schon seit 1959 Gespräche mit der EWG, zunächst über eine Freihandelszone und jetzt über einen Wirtschaftsvertrag, nachdem die ursprünglichen Vorstellungen der israelischen Regierung von seiten der Sechs nicht günstig aufgenommen wurden. Ludwig Metzger hat vor kurzem einen Bericht hierüber vorgelegt, der vom Europäischen Parlament gebilligt wurde und darin gefordert, daß die Gemeinschaft doch wieder zu dem Gedanken einer Freihandelszone zurückkehrt. Man könnte ähnlich wie im Fall der Türkei zunächst ein Wirtschaftsabkommen schließen, aber festlegen, daß dieses erste Abkommen später durch eine umfassende Freihandelszone ergänzt wird. Ganz abgesehen von den moralischen Verpflichtungen, die wir gegenüber Israel haben, ist ein derartiges Abkommen auch aus wirtschaftlichen und politischen Gründen erforderlich. Ohne eine

sichere Existenzgrundlage für die israelische Wirtschaft werden die Spannungen im Mittleren Osten wohl nicht abnehmen. Die Regierungen der sechs Staaten, die für Israel allzu oft Lippenbekenntnisse ablegen, aber dann im Ministerrat in Brüssel sehr ausweichend taktieren, müssen den arabischen Ländern klar machen, daß eine Freundschaft zu ihnen sich durchaus mit einer Hilfe an Israel verbinden läßt. Insbesondere die Bundesregierung wäre nicht schlecht beraten, wenn sie ihre diesbezügliche Haltung verdeutlichen würde.

IV.

### **Die Kennedy-Runde im GATT**

Im Mai dieses Jahres werden in Genf die in der Öffentlichkeit jetzt schon sehr beachteten Kennedy-Verhandlungen beginnen. Technisch handelt es sich um multilaterale Zollverhandlungen im Rahmen des GATT. In diesen Verhandlungen vereinbaren die GATT-Mitglieder (gegenwärtig 61 Staaten, darunter einige aus dem Ostblock) Zollsenkungen auf der Grundlage der Gegenseitigkeit und der Meistbegünstigungsklausel. Dies heißt, daß jeder dem anderen ungefähr gleich viel geben muß, und daß die zwischen einzelnen Mitgliedern vereinbarten Zollsenkungen allen Mitgliedern ohne Ausnahme zugute kommen müssen.

Bisher haben sich für derartige Zollverhandlungen nur die Spezialisten und die Wirtschaftskreise interessiert. Die bevorstehende Kennedy-Runde zieht dadurch eine sehr viel größere Aufmerksamkeit auf sich, daß die USA aus ihr eine erstrangig politische Frage gemacht haben. Die USA waren bis zum Jahre 1962 durch ihre Zollgesetzgebung daran gehindert, weitgehende Zollsenkungen im Rahmen des GATT mitzumachen. Nicht zuletzt deswegen kamen die Dillon-Verhandlungen der Jahre 1961 und 1962 nur zu einem recht mäßigen Erfolg. Statt der von der EWG angebotenen 20%igen Senkung wurde z. B. der gemeinsame Außentarif der EWG in diesen Verhandlungen nur um 7 bis 8 % gesenkt. Für die EWG waren im übrigen diese Verhandlungen psychologisch dadurch wichtig, daß in ihnen zum ersten Mal der gemeinsame Außentarif in die Verhandlungen eingestellt und damit als "negotierbar" erklärt wurde. Die EWG bewies damit, daß die Höhe dieses gemeinsamen Tarifs kein Dogma darstellt, über das man nicht reden könne.

Die von Präsident Kennedy ausgearbeitete neue amerikanische Gesetzgebung - der Trade Expansion Act - zielt, wie der Name sagt, auf eine Handelserweiterung ab. In einem Zeitraum von fünf

Jahren sollen bis zu 50 % der bestehenden Zölle abgebaut werden. Dies kann natürlich nur unter der Voraussetzung geschehen, daß sich alle übrigen Industrieländer im GATT mit einem derart weitgehenden Zollabbau einverstanden erklären.

Der Ministerrat der EWG hat im Dezember letzten Jahres das genannte Verhandlungsziel grundsätzlich gebilligt. Die britische Regierung hat sich ebenfalls dahingehend ausgesprochen. Es wird also darauf ankommen, daß das grundsätzliche Verhandlungsziel nicht durch allzu große Ausnahmelisten geschwächt wird. Bisher stand bei den Vorbereitungen im gewerblichen Sektor vor allem das sogenannte Disparitätenproblem im Vordergrund. Dieses Problem ist darauf zurückzuführen, daß eine ganze Reihe amerikanischer Zollpositionen sehr viel höher als die entsprechenden europäischen sind. Eine Halbierung der hohen Zölle würde in vielen Fällen deren prohibitiven Charakter nicht beeinträchtigen, während auf der europäischen Seite das Problem besteht, daß der Zollschutz bei niedrigen Positionen durch eine Halbierung praktisch aufgehoben wird. Als Ausweg versuchte man, bei allzu großen Zollunterschieden für ein bestimmtes Produkt, bei dem Land mit dem hohen Zollsatz eine Senkung um 50 % zu erreichen und bei dem Land mit den niedrigen Zollsätzen nur eine Senkung um etwa 25 %. Dies wirft jedoch eine Reihe schwieriger technischer Fragen auf.

Unter anderem wird durch das Disparitätenproblem auch der inner-europäische Handel betroffen. Bisher wurde die Kennedy-Runde allzu sehr im Hinblick auf die USA gesehen. Man muß jedoch beachten, daß die Probleme des Handels der EWG mit den übrigen westeuropäischen Ländern und in indirekter Weise auch mit dem Ostblock von der Kennedy-Runde beeinflußt werden. Wenn sich die EWG darauf versteift, in jedem Fall - so auch, wenn es für sie wirtschaftlich nicht notwendig ist - bei der Vorlage von Disparitäten auf der amerikanischen Seite eine entsprechend geringere Zollsenkung vorzunehmen, könnten dadurch die Handelsinteressen der europäischen Länder beeinträchtigt werden. Zum Beispiel liegt bei Uhren ein Disparitätenfall vor. Die EWG würde wahrscheinlich hier nur um 25 % den Zoll ermäßigen. Damit würde sie jedoch kaum die USA treffen, die an Uhrenausfuhren so gut wie nicht interessiert sind, sondern die Schweiz, die sehr dringend auf den Abbau des internationalen Zollschutzes für diese Warengruppe angewiesen ist.

Es ist also aus politischen Gründen zu fordern, daß die Kennedy-Runde auch unter dem Blickpunkt der Erleichterung der inner-europäischen Handelsbeziehungen vorbereitet wird. Der bestehenden Aufspaltung in die Handelsblöcke der EWG und der EFTA kann

viel von ihrer Schärfe genommen werden, wenn es gelingt, das allgemeine Zollniveau in der Kennedy-Runde auf die Hälfte zu senken.

Die Kennedy-Runde wird sich auch mit dem Weltagrarmarkt beschäftigen. Da die landwirtschaftliche Produktion in fast allen Ländern nicht in erster Linie durch Zölle, sondern durch eine Vielfalt von protektionistischen Maßnahmen geschützt ist, haben bisher die Zollorganisationen die Landwirtschaft nie recht in den Griff bekommen. Das GATT war z. B. bisher recht machtlos auf diesem Gebiet. Nach den Vorstellungen der EWG-Kommission, die vom Ministerrat gebilligt wurden, soll der gesamte Umfang des Agrarschutzes in die Kennedy-Verhandlungen einbezogen werden. Damit soll nicht nur über Zölle, sondern auch über die variable Abschöpfung, über die Preisstützung u. a. gesprochen werden. Das erste Ziel soll es sein, den gegenwärtigen Stand des Agrarschutzes in allen GATT-Mitgliedsstaaten festzustellen und zu konsolidieren.

Die EWG-Kommission scheint es als nicht wahrscheinlich zu erachten, daß über eine Konsolidierung hinaus eine Vereinbarung über eine gegenseitige Ermäßigung des gegenwärtigen Agrarschutzes erzielt werden kann. Aber gerade eine solche Ermäßigung ist doch die Voraussetzung für eine Ausweitung des internationalen Handels mit Agrarprodukten.

In diesem Zusammenhang sind einige Bemerkungen über die bisherigen Auswirkungen der gemeinsamen Agrarpolitik angebracht. Es gehört zur einfachsten ökonomischen Vernunft, daß man weltweit gesehen nur ausführen kann, wenn man entsprechende Einfuhren zuläßt. Man kann auf die Dauer nicht versuchen, möglichst viel auszuführen und möglichst wenig einzuführen. Insbesondere auf einem Weltmarkt, auf dem die industrielle Produktion immer schwieriger abzusetzen ist, ist es nötig, den Ländern, denen man Waren liefern will, auch Platz auf unserem Markt zu lassen. Gegenwärtig führt die EWG jährlich für 8 bis 9 Milliarden Dollar landwirtschaftliche Produkte ein (das sind ungefähr 1/4 der gesamten Einfuhren) und sie verkauft dafür praktisch industrielle Erzeugnisse. Wenn sich die EWG darauf versteifen würde, auf dem Agrarbereich alles selbst herzustellen, was sie irgendwie selbst herstellen kann (und hierzu ist sie bis auf geringe Ausnahmen sehr leicht in der Lage), dann würde sie wohl ihre Industrieproduktion entsprechend drosseln müssen. Sie könnte also nicht mehr hauptsächlich auf die Industrie setzen, auf der gegenwärtig ihr relativer Reichtum beruht, sondern sie würde ihr bestes Pferd auf schmale Kost setzen.

Es ist ganz klar, daß der Landwirtschaft innerhalb der EWG ein gesicherter Platz zukommen muß und daß die in der Landwirt-

schaft Tätigen an der allgemeinen Wohlstandssteigerung gerecht beteiligt werden müssen. Aber diesem Erfordernis können nicht alle übrigen Erwägungen geopfert werden. Die Erhaltung, ja Verbesserung der Massenkauftkraft liegt durchaus auch im Interesse der Landwirtschaft.

Die bisherige Durchführung der gemeinsamen Agrarpolitik - praktisch liegen ja nur Erfahrungen aus dem Jahre 1963 vor - zeigt schon ein gewisses Abfallen der Einfuhren aus Drittländern.

Die Einfuhren von Eiern (in der Schale) in die Bundesrepublik betragen im Durchschnitt der Jahre 1959 bis 1962 z. B. 103 000 to, im Referenzjahr 1962/63 waren es nur 45 000 to. Während die Drittländer im Jahresdurchschnitt 1959 bis 1962 noch 38 % der Einfuhren bestritten hatten, waren es 1962/63 nur 25 %. Bei geschlachtetem Geflügel sanken die Einfuhren in die Bundesrepublik aus Drittländern von 114 000 to im Jahresdurchschnitt 1962/63 auf 92 000 to, während die Einfuhren aus den EWG-Mitgliedsstaaten von 54 000 to auf 73 000 to anstiegen. Es zeigt sich also, daß die Gemeinschaftspräferenz auf dem Agrarsektor nicht wie im industriellen Bereich zu einer erhöhten Einfuhr sowohl aus den EWG-Ländern als auch aus den Drittländern geführt hat, sondern daß vielmehr die EWG-Partner die Drittländer vom Markt z. B. der Bundesrepublik teilweise verdrängen. Auch dies sind Fragen, die in der Kennedy-Runde angesprochen werden.

Nur am Rande soll hier erwähnt werden, daß die Kennedy-Runde sich nicht darin erschöpfen darf, den Welthandel zu liberalisieren. Man muß sich auch Gedanken darüber machen, was mit dem liberalisierten Welthandel geschehen soll. Wenn erst einmal die Zölle und die anderen Mittel zur Steuerung des Welthandels weitgehend beseitigt sind, wird man nicht umhin können, institutionelle Mechanismen zur Überwachung der Weltkonjunktur einzusetzen. Die EWG könnte in Zusammenarbeit mit den USA und mit Großbritannien Entscheidendes auf diesem Gebiet tun. Der Wert eines regionalen Wirtschaftszusammenschlusses, wie ihn die EWG darstellt, wird sich letzten Endes daran erweisen, ob es ihm gelingt, sein Gewicht dafür einzusetzen.

V.

### **Entwicklungspolitik der Gemeinschaft**

Die Beziehungen der Gemeinschaft zu den Entwicklungsländern in Asien, Südamerika und Afrika beanspruchen besondere Aufmerksamkeit, nicht nur weil die Weltwirtschaftspolitik und die Welt-

politik zunehmend durch die Sorge um das wirtschaftliche und politische Schicksal dieser Länder beherrscht wird, sondern weil der EWG hier als wirtschaftlichem Organismus wie als neuem politischen Faktum besondere Bedeutung und Verantwortung zukommt. Diese Verantwortung beruht wirtschaftlich darauf, daß die EWG seit 1961 der größte Handelspartner der Entwicklungsländer insgesamt geworden und damit in dieser Hinsicht an die Stelle der Vereinigten Staaten von Amerika getreten ist.

Wenn diese Länder in der ersten Phase der Integration von dem Gefühl und der Sorge bestimmt waren, die europäischen Staaten würden durch ihren wirtschaftlichen Zusammenschluß den ohnehin vorhandenen Trend der Industrieländer noch verstärken, ihren Handelsaustausch immer stärker mit Industrieländern zu tätigen und dadurch jenen Ländern in einer vorindustriellen oder frühindustriellen Phase der Entwicklung die Möglichkeit einer Steigerung ihrer Exporte beschneiden, so haben die ersten 6 Jahre des Bestehens der Gemeinschaft diese Befürchtung weitgehend widerlegt. Es ist die EWG, die seit ihrem Gründungsjahr den stärksten Anstieg des Handelsaustausches mit Entwicklungsländern zu verzeichnen hat. Gemessen an dem letzten Jahr vor Gründung der Gemeinschaft, 1957, stiegen die Gesamtexporte der Entwicklungsländer bis 1961 um 8 % an; während ihre Exporte nach Amerika in diesem Zeitraum um 3 % zurückgingen, stiegen die in die EWG um 14 % an. Die EWG hat damit die höchste Steigerung von Einfuhren aus Entwicklungsländern zu verzeichnen. Aber nicht nur die Steigerung dieser Exporte liegt höher, die Gemeinschaft bietet, wie ich schon andeutete, seit 1961 auch den absolut größten Markt für die Produkte aus diesen Ländern: während sie 1961 bereits über 23 % der Entwicklungsländer-Exporte aufnahm, ging der Anteil der Vereinigten Staaten von 1958 bis 1961 von 25 % auf 22,5 % zurück.

Man kann also von einer Schädigung der Entwicklungsländer durch die Schaffung des Gemeinsamen Marktes schwerlich sprechen. Der Einwand liegt nahe - und dieser Tatsache galt von Anfang an die Sorge der übrigen Entwicklungsländer -, daß diese Steigerung den mit der Gemeinschaft assoziierten afrikanischen Staaten zugute gekommen wäre. Es ist nun erstaunlich zu sehen, daß dies durchaus nicht der Fall ist. Tatsächlich hat sich der Anteil der Gemeinschaft am Außenhandel der assoziierten afrikanischen Staaten und Madagaskars zwischen 1959 und 1961 gesenkt. Betrug er 1959 60,2 % der Ausfuhren dieser Staaten, so ging er 1961 auf 58,4 % zurück. Es zeigt sich hier einmal mehr ein die neue Handelspolitik immer stärker bestimmender Umstand, daß es weniger die Zölle sind, die sich als Handelshemmnisse bemerkbar machen, als die gerade bei den tropischen Produkten besonders folgenschweren internen Ab-

gaben der Verbrauchsländer. Die interne Wirtschafts- und Finanzpolitik der Staaten übt heute bereits einen größeren Einfluß auf die Warenströme aus, als die Zollpolitik. Bei einem so wichtigen tropischen Produkt wie beispielsweise dem Kaffee ist heute, gleichgültig woher es eingeführt wird, der Zoll ein zweitrangiges Problem. Auf dem Zollsektor hat die Bildung der Europäischen Gemeinschaft zu einer ganz erheblichen Senkung der Außenzolltarife beigetragen. Aber in vielen Fällen sind die internen Abgaben von größerer Bedeutung als die Zollbelastungen. Die Bemühungen um eine Förderung des Absatzes von Entwicklungsländerprodukten haben hier mindestens ebenso stark anzusetzen wie an den Zollregelungen.

Für Südamerika ist die EWG als Absatzmarkt von ganz großer Bedeutung. Argentinien allein hat z. B. im Jahre 1960 fast 40 % seines Exportes in der EWG abgesetzt. Zwar ist bis 1963 die Einfuhr aus Lateinamerika nicht zurückgegangen. Aber es ist beispielsweise kaum zu erwarten, daß die Erhöhung des deutschen Gefrierfleischzolls von 5 % auf den Außenzoll von 10 % ab 1. 4. 65, 15 % ab 1. 4. 1966, 17 % ab 1. 4. 68, 20 % ab 1. 1. 1970, die nach der EWG-Verordnung vollzogen werden muß, die Einfuhren aus Argentinien nicht beeinträchtigt. Da nützt es gar nichts, wenn in die Verordnung hineingeschrieben wird, Art. 110 EWG-Vertrag müsse beachtet werden. Entscheidend ist, ob es geschieht! Ein anderes Beispiel ist die Kaffeesteuer der Bundesrepublik, die von den Ausfuhrländern, insbesondere in Lateinamerika, als Kolonialsteuer empfunden wird.

Wichtiger als diese Fragen, die jetzt Gegenstand der Welthandelskonferenz, der Kennedy-Runde und vorher der Verhandlungen im Rahmen des GATT gewesen sind, in denen die Gemeinschaft durchaus keine schlechte Ausgangsposition hat - wichtiger als diese Probleme erscheint eine Lösung des Problems der Sicherstellung gleichmäßiger Erlöse für die Entwicklungsländer. Dies ist das Welthandelsproblem Nr. 1 für die Entwicklungsländer. Trotz der Unterstützungsmechanismen, die speziell der Hauptkunde der afrikanischen Produkte in der Gemeinschaft, Frankreich, unterhält, hat sich der Wert der Ausfuhren der afrikanischen assoziierten Staaten und Madagaskars zwischen 1959 und 1961 um 18 % je Mengeneinheit verringert. Der ganze Exportanstieg dieser Länder in die Gemeinschaft in diesen beiden Jahren um 18 % ist durch diese Wertminderung wieder aufgehoben worden, so daß die assoziierten Länder trotz erhöhter Produktion und Ausfuhren fast gleichbleibende Einnahmen zu verzeichnen hatten. Eine solche Entwertung muß sämtliche Anstrengungen dieser Länder und alle Entwicklungspolitik sinnlos erscheinen lassen. Hier haben die Abnehmerländer, d. h. die Industriestaaten, ihren Beitrag zu einer befriedigenden

Lösung an erster Stelle zu leisten. Dazu muß aber die Gemeinschaft größere Anstrengungen machen, um eine allgemeine entwicklungspolitische Konzeption, wie sie sie in ihrem Aktionsprogramm von vor jetzt schon zwei Jahren verkündet hat, Wirklichkeit werden zu lassen. Es ist nicht meine Aufgabe, im einzelnen darauf einzugehen, auf welchem Wege diese Möglichkeiten zu suchen sind. Wichtig ist nur, sich bewußt zu sein, daß jede Politik gegenüber den Entwicklungsländern nur erfolgreich sein kann, wenn sie den armen Völkern dieser Erde den ehrlichen Ertrag aus ihrer Arbeit gibt.

Eine Politik zur Stabilisierung der Preise der Entwicklungsländerprodukte hat aber zur Voraussetzung ein weiteres Moment, nämlich - und das ist gerade bei uns in der Bundesrepublik wichtig, sich zu vergegenwärtigen - ein Mindestmaß von Koordinierung der Produktionspolitik der Entwicklungsländer in den verschiedenen Regionen. Hier aber stoßen wir auf die politische Frage. Die Bedenken, speziell der nichtassoziierten afrikanischen Staaten, gegen die Gründung unserer Gemeinschaft galten in dieser Hinsicht zunächst der Sorge, es möchte sich in der Assoziierung der alte Kolonialismus in neuem Gewand in Afrika festsetzen wollen. Diese Bedenken sind durch die Entwicklung von 17 afrikanischen Staaten und Madagaskar zur politischen Unabhängigkeit widerlegt worden. Trotzdem stellt heute die Gruppierung der assoziierten Staaten in Afrika ein Problem dar. Afrika sucht mit all den Schwierigkeiten, Unfällen und Hindernissen, die sich bei dem enormen Tempo der politischen Veränderungen beinahe unausweichlich ergeben, seinen Weg zu einer großräumigen, afrikanischen Zusammenarbeit zu finden. Für Afrika ist dieser Weg zwingendes Gebot. Daß sich ihm vielerlei innere Hemmnisse entgegenstellen, sind innerafrikanische Probleme und sie können nicht unsere Sorge sein. Aber stärker als alles dies ist hier als Verzögerungsmoment wirksam, daß es Europa 1963 nicht gelungen ist, zu der großen Gemeinschaft der europäischen Völker zu kommen. Die Verhandlungen, die heute die EWG mit Nigeria, Tanganjika, Uganda und Kenia führt, um ihre Beziehungen mit diesen Staaten neu zu regeln, hätten einen anderen Ausgangspunkt gehabt, wenn Großbritannien Mitglied der Gemeinschaft wäre.

Was in Afrika an innerer Zusammenarbeit möglich werden kann, hängt wesentlich mit davon ab, was in Europa geschieht, d. h. wie wir Europäer unsere eigene Frage der innereuropäischen Zusammenarbeit zu lösen imstande sind.

Die Vielfalt der nach wie vor gesonderten entwicklungspolitischen Bestrebungen der einzelnen europäischen Nationalstaaten schafft hier eine weitere Schwierigkeit. Daß jeder europäische Staat mit

den ihn interessierenden afrikanischen Staaten Einzelabmachungen trifft und diese jeweils aus nationalpolitischen oder nationalwirtschaftlichen Interessen heraus - das macht es für die Afrikaner nochmals schwerer, zu einer gemeinsamen Politik zu kommen, denn die Armen der Welt können sich Bedingungen gegenüber den Reichen als Einzelne nicht erlauben, können Angebote, gerade angesichts ihrer großen Armut, nicht aus gesamtafrikanischen Rücksichten zurückweisen. Die Koordinierung auch der afrikanischen Produktionspolitik ist aber dringendes Gebot für jede vernünftige langfristige wirksame Politik der Entwicklungsförderung in diesem Erdteil und damit für jegliche Ordnung des Welthandels. Solche Koordinierung wird aber nur möglich, wenn die Entwicklungshilfen der Geberländer, sowohl die finanziellen als auch die technischen, hier ein Minimum von gegenseitiger Abstimmung erfahren können. Diese Abstimmung, ich wiederhole es mit allem Nachdruck, hängt aber davon ab, wieweit die Geberländer sich untereinander zu einem gemeinsamen politischen Interesse zusammenfinden.

Ich kehre damit zum Ausgangspunkt dieser Überlegungen zurück. Wenn die Schaffung der Europäischen Gemeinschaft durch ihren wirtschaftlichen Erfolg schädliche Auswirkungen auf die Beziehungen mit den Entwicklungsländern bisher verhindern konnte, so wird die weitere Entwicklung sowohl auf wirtschaftlichem als auch politischem Gebiet zunehmend von der Frage abhängen, ob es Europa gelingt, in sich handelseinig und politisch solidarisch zu werden. Afrika ist der ärmste Erdteil der Welt. 1960 hat seine Bevölkerung, die 8,5 % der Erdbevölkerung ausmacht, nur 2,2 % des Brutto-Sozialprodukts erwirtschaftet. Nimmt man Südafrika aus, so beläuft sich der Anteil am Weltbruttosozialprodukt sogar nur auf 1 %. Das Durchschnittseinkommen der Schwarzafrikaner lag 1961 bei 75 Dollar pro Kopf der Bevölkerung und war damit das mit Abstand niedrigste der Welt. Europa hat durch die geschichtliche Verknüpfung der beiden Erdteile und durch die kolonialen Eingriffe in die Geschichte dieses Kontinents vorläufig eine größere Verantwortung als irgendwo sonst. Es kann dieser Verantwortung nur durch ein gemeinsames Handeln gerecht werden. Vielleicht wäre es möglich, das, was in Europa nicht gelungen ist, aus den besonderen Notwendigkeiten, die dieser Erdteil Europa auferlegt, dort wieder in Gang zu bringen: die politische Zusammenarbeit der europäischen Staaten. Ein Regionalplan zur Förderung der Entwicklung Afrikas würde in den europäischen Ländern eine wichtige Vorabstimmung ihrer Hilfspolitik gegenüber diesem Erdteil notwendig machen und ihre Interessen in größerem Maße als bisher "vergemeinschaften", wenn man so sagen kann. Das wäre gleichzeitig eine wichtige Hilfe, vor allem für die innerafrikanische Zusammenarbeit selbst.

VI.

## Die EWG gegenüber dem Ostblock

Die Sowjetunion hatte zunächst mit einem raschen Zusammenbruch der EWG gerechnet und war anschließend um so mehr über den Anfangserfolg verblüfft. Sie begann in den Jahren 1961 und 1962, sich Gedanken darüber zu machen, daß die EWG für die umliegenden westeuropäischen Länder und auch für ihre eigenen Satellitenstaaten eine immer stärkere Attraktion ausüben könne. Außerdem mußte sie befürchten, daß die EWG später einmal durch eine koordinierte Entwicklungspolitik die sowjetische Stellung bei den Entwicklungsländern schwächen könnte. Schließlich kalkulierten die Sowjets auch ein, daß eine Stärkung des europäischen Marktes die USA dazu bringen könnte, sich wirtschaftlich stärker als bisher in Europa zu beteiligen. In der Tat zielte das Konzept einer Atlantischen Partnerschaft auf eine wirtschaftliche Zusammenarbeit ab, an die sich eine politische Zusammenarbeit anschließen würde. Dadurch könnten die langfristigen Hoffnungen der Sowjets gestört werden, die Amerikaner aus Europa hinauszudrängen oder jedenfalls ihr Interesse an einem Verbleiben in Europa zu vermindern.

Zusätzlich zeigt sich die Sowjetunion offenbar dadurch beunruhigt, daß die gegenwärtigen bilateralen Handelsbeziehungen der einzelnen EWG-Länder zu ihr künftig durch die EWG wahrgenommen werden. Als politisches Instrument zur Beeinflussung der einzelnen EWG-Mitgliedsstaaten verliert damit die Handelspolitik für die Sowjetunion einen guten Teil ihres Wertes. Wie eine Reihe von Störungsversuchen beim Abschluß neuer bilateraler Handelsabkommen zeigt, ist die Sowjetunion nicht bereit, diese Entwicklung ohne weiteres hinzunehmen.

Eine künftige Osthandelspolitik der EWG wird sich vor allem auf die Ablösung der bisherigen Handelsabkommen durch gemeinschaftliche Handelsabkommen stützen. Schon jetzt kann die Gemeinschaft auf der Grundlage des Artikels 111 des EWG-Vertrages Zollverhandlungen mit dritten Ländern über den gemeinsamen Außentarif führen. Außerdem sind die Ostblockländer indirekt auch an den GATT-Verhandlungen interessiert, da in ihren Handelsverträgen die Meistbegünstigungsklausel enthalten ist.

Bei der Beurteilung der durch die gemeinsame Osthandelspolitik eröffneten Möglichkeit muß man berücksichtigen, daß die COMECON-Länder gegenwärtig etwa 25 % ihres Außenhandels mit Westeuropa abwickeln. Der umgekehrte Anteil beträgt nur 4 %. Ein Teil der

Ostblockstaaten hat hierbei ein lebhaftes Interesse an agrarischen Ausfuhren. Insbesondere bei Polen, Ungarn und Bulgarien überwiegen die landwirtschaftlichen alle übrigen Ausfuhren. Da die Landwirtschaftspolitik schon zu fast 90 % "vergemeinschaftet" ist, ist für diese Länder Brüssel schon der wichtigste Gesprächspartner innerhalb der EWG.

Durch die besonderen Bedingungen des östlichen Staatshandels - bei dem z. B. Preise und damit Zölle nur eine untergeordnete Rolle spielen - treten eigene Probleme auf. Erschwerend tritt hinzu, daß der Ostblock nur ein geringes Warensortiment anbieten kann. Neben Rohstoffen, die wir genauso gut auf dem Weltmarkt kaufen können und agrarischen Erzeugnissen, bei denen wir mehr und mehr an die Selbstversorgung stoßen, findet sich nur ein beschränktes Angebot an gewerblichen Waren. Außerdem hat es der Ostblock bisher nicht vermocht, ein multilaterales Verrechnungssystem der Währungen auf die Beine zu stellen, was ohne Zweifel den Warenaustausch erleichtern würde.

Unter Berücksichtigung dieser Schwierigkeiten muß man sehen, wie man den Osthandel vernünftig entwickeln kann. Eine je höhere Wirtschaftsstufe die Ostblockländer erklimmen, desto mehr wird ihnen an einem Handelsaustausch mit den fortgeschrittenen Wirtschaften des Westens gelegen sein.

Weiterhin ist klar, daß die wirtschaftliche Entwicklung innerhalb des Ostblocks eine größere Differenzierung der einzelnen Länder mit sich bringen wird. Durch die langfristigen nationalen Planungen und die Abstimmung dieser Planungen innerhalb des COMECON werden diejenigen Länder immer unzufriedener werden, die mit dem ihnen zugewiesenen Platz nicht einverstanden sind. Rumänien, das sich neben der landwirtschaftlichen Erzeugung eine gewisse industrielle Produktion zulegen will, ist hierfür nur ein Beispiel. Bei derartigen Erscheinungen kann eine einheitliche EWG-Wirtschaftspolitik sehr viel rascher eingreifen, um bestimmte Wirkungen zu erreichen, als es den sechs Regierungen möglich ist.

Die EWG sollte bei den Ostbeziehungen nicht der Versuchung erliegen, eine sture Embargo-Politik zu treiben. Sie sollte also nicht von vornherein die gemeinschaftliche Gestaltung der Ostbeziehungen nur unter dem Blickpunkt gemeinsamer restriktiver Möglichkeiten sehen. Wie sich bisher gezeigt hat, sind auf jeden Fall die Erfolge jeglicher Embargo-Politik sehr mäßig geblieben. Die EWG wäre gut beraten, wenn sie ihre Osthandelspolitik beschleunigt entwickeln würde.

### **Von den Außenbeziehungen zu einer Außenwirtschaftspolitik**

Abschließend muß ich sagen, daß bisher von einer einheitlichen Gestaltung der Außenbeziehungen der Europäischen Gemeinschaften nicht gesprochen werden kann. Die Montanunion hat so gut wie überhaupt keine gemeinsamen Außenbeziehungen, da sie durch die fehlende Handelspolitik gehemmt und mit schwer manipulierbaren harmonisierten Außenzöllen zurecht kommen muß. Die gegenwärtige Lage auf dem Stahlmarkt, die durch immer stärkere Einfuhren und durch den Preisdruck auf dem Weltmarkt gekennzeichnet ist, illustriert diese schwierige Lage. Eine Handelspolitik für Kohle und Stahl wird sich nur im Rahmen einer Verschmelzung der Exekutiven ermöglichen lassen.

Diese Zusammenlegung der Exekutiven, zu der die Vorbereitungen recht weit gediehen sind, würde auch die Außenbeziehungen der Euratom einer einheitlichen Gestaltung unterwerfen. Die Außenbeziehungen der Euratom konnten hier ausgeklammert werden, da für sie praktisch keine Probleme bestehen: die Gemeinschaft ist noch auf lange Zeit auf Einfuhren von spaltbarem Material und von Ausrüstungen angewiesen.

Selbst die fusionierte Exekutive wird sich damit weitgehend mit den Problemen zu beschäftigen haben, mit denen sich gegenwärtig die EWG-Kommission abzugeben hat. Auch sie wird vor der Aufgabe stehen, die Außenbeziehungen institutionell auszubauen. Sie wird dem Ministerrat Vorschläge z. B. darüber unterbreiten müssen, wie eine diplomatische Vertretung der Gemeinschaft nach außen gewährleistet werden kann, nachdem jetzt schon eine große Anzahl dritter Länder Vertretungen bei der EWG-Kommission in Brüssel eingerichtet hat. Schließlich wird sie in Zusammenarbeit mit den Regierungen auch die Befugnisse der einzelnen Institutionen überprüfen müssen. Ein Beispiel: Das Europäische Parlament ist bei Zolländerungen des Gemeinsamen Außentarifs überhaupt nicht eingeschaltet. Dieser Rückschritt gegenüber den Rechten des Bundestages beleuchtet schlagartig den Prozeß der Entdemokratisierung, gegen den wir uns mit allen unseren Kräften wehren müssen.

Neben diesen institutionellen Fragen gilt es auch, die materiellen Bereiche abzustechen, auf denen die Europäischen Gemeinschaften als solche tätig werden sollen. Hierbei kann der politische Charakter der wirtschaftlichen Außenbeziehungen, der jetzt schon gegeben ist, nicht außer acht gelassen werden.

So werden heute schon im Bereich der Gemeinschaften wichtige außenpolitische Bereiche erfaßt. Zunächst wird es darauf ankommen, diese einzelnen Bereiche zu einer nützlichen wirtschaftlichen Außenpolitik zu gestalten. Die Regierungen der Mitgliedsstaaten und die Parlamente können sich der Forderung nicht verschließen, hier einen großen Sprung nach vorn zu tun.

# TATSACHEN - ARGUMENTE

Sonderausgabe XVI

März 1964

## **Europa-Kongreß der SPD-Bundestagsfraktion**

am 25. und 26. Februar 1964 in der Stadthalle in Bad Godesberg

### **Fritz Erler**

MdB, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, stellvertretender Vorsitzender der SPD, Vizepräsident des Deutschen Rates der Europäischen Bewegung.

Exzellenzen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde und Mitstreiter! Es ist eine gemeinsame Sorge, die uns heute hier in diesem Raum zusammengeführt hat, die Sorge um Europa. Wir sind erfreut, daß aus den verschiedensten Bereichen des gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Lebens unseres Landes und unserer europäischen Nachbarn so viele Teilnehmer zu dieser Konferenz erschienen sind. Sie alle sind Teilnehmer, Sie alle wirken mit, Sie alle sind verbunden durch das Interesse an den Problemen und verbunden in der Sorge um dieses unser Europa.

Ich möchte mit einem herzlichen Gruß des Willkommens an Sie alle hier aufzählen, wer das nun alles ist, der sich heute hier versammelt hat. Ich bitte dabei um Nachsicht, wenn keine Namen fallen. Es würde nahezu unlösbare Schwierigkeiten des Protokolls auslösen, wenn ich versuchen wollte, hier die richtige Reihenfolge zu finden. Daher will ich nur einen einzigen, und zwar gewissermaßen als Gastgeber dieser schönen Stadt, mit Namen direkt erwähnen und anschließend aufzeigen, aus welchen verschiedenartigen wichtigen Bereichen unseres öffentlichen Lebens wir hier entscheidende Männer und Frauen vor uns finden. Zunächst also ein Wort des

Dankes an den Bürgermeister dieser gastlichen Stadt, Herrn Bürgermeister Peter von Bad Godesberg, dafür, daß wir uns in diesem schönen Raum versammeln können. Wir haben unter uns die Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments. Wir haben unter uns zahlreiche Abgeordnete aus dem Europäischen Parlament, aus dem Europarat, aus dem Bundestag, aus den Landtagen der Bundesrepublik Deutschland. Wir haben unter uns die Mitglieder der Hohen Behörde der Montan-Union. Wir freuen uns, daß sie es trotz wichtiger Verhandlungen ermöglicht haben, bei uns zu weilen. Ich sehe in unserer Mitte auch den Vorsitzenden des Außenpolitischen Ausschusses des Deutschen Bundestages und heiße ihn herzlich willkommen.

Wir freuen uns über die Anwesenheit vieler Gäste aus dem Diplomatischen Corps und insbesondere der zahlreich erschienenen Vertreter der mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft assoziierten Staaten und der Entwicklungsländer. Wir freuen uns, daß Vertreter der Bundesregierung und der Bundesministerien sowie der Vizepräsident der Deutschen Bundesbank unter uns weilen, daß Mitglieder und Vertreter der Landesregierungen, Vertreter der Gemeinden und der europäischen Gemeindeverbände zu uns gekommen sind in der Sorge um Europa. Wir begrüßen unter uns die Präsidenten und Vertreter zahlreicher europäischer Institutionen und Organisationen, von amtlichen und privaten, der Europäischen Bewegung, der Europa-Union, der Europa-Häuser. Wir freuen uns, daß das Kuratorium Unteilbares Deutschland und der Deutsche Frauenring in unserer Mitte vertreten sind. Ganz besonders freuen wir uns darüber, daß die beiden Generalsekretäre des deutsch-französischen Jugendwerkes zu dieser Konferenz erschienen sind. Meine Damen und Herren, wir wissen, welche große Bedeutung beim Zusammenwachsen Europas den sozialen Problemen zukommt. Daher ist es uns eine große Freude und Ehre, daß die Vertreter der internationalen und der deutschen Gewerkschaftsbewegung in so hervorragender Weise an unserer Konferenz teilnehmen, vom Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes über zahlreiche Mitglieder des Vorstandes bis zu den Vorsitzenden unserer wichtigsten Industriegewerkschaften.

Wir freuen uns, daß Vertreter der Industrie, des Handels, der Landwirtschaft und des Handwerks es sich nicht nehmen ließen, an unseren Arbeiten teilzunehmen und daß schließlich vor allem auch aus den Bruderparteien aus den Ländern Europas und aus der Sozialistischen Internationale so viele Gäste und Freunde zu uns gekommen sind. Schließlich erfüllt es uns mit besonderer Genugtuung,

daß die Tages- und die Fachpresse dieser Europa-Konferenz eine so große Aufmerksamkeit widmen.

Zusammenfassend also ein herzliches Wort des Willkommens an diesen großen, wichtigen und interessanten Teilnehmerkreis. Lassen Sie mich, bevor wir in die Arbeiten selbst eintreten, ein paar Worte der Einführung in das Thema hier sprechen. Vor 1914 war Weltpolitik weitgehend gestaltet von den europäischen Staaten und deren Interessengegensätzen. Nach 1945 sehen wir symbolisch die durch zwei europäische Bürgerkriege, die zu Weltkriegen ausarteten, veränderte Stellung unseres europäischen Kontinents in der Welt am Beispiel Berlins. Dort stehen Soldaten aus Sibirien und aus Texas einander gegenüber. Europa ist weitgehend Objekt der Entschlüsse anderer geworden. Unser geteiltes Deutschland, das aus tausend Wunden blutet, ist ein Symbol der Teilung des europäischen Kontinents.

Aber seitdem sich als Ergebnis des zweiten Weltkrieges, dieser grauenvollen Katastrophe, jener Zustand herausgebildet hat, sind gewaltige Anstrengungen unternommen worden, um die Dinge wieder zu ändern. Unsere Völker haben gearbeitet für den Wiederaufbau. Auf Anraten unserer Freunde und durch den Druck unserer Gegner bekamen die Bestrebungen zur Zusammenarbeit und zum Zusammenschluß Europas ein neues Gewicht. Die Hilfe der Vereinigten Staaten von Amerika hat entscheidend dazu beigetragen, daß Europa, das freie Europa, wirtschaftlich gesundete und enger zusammenarbeitete als in der Vergangenheit. Wir denken an den Marshall-Plan, an den Europäischen Wirtschaftsrat in Paris, an die Europäische Zahlungsunion, jene drei Einrichtungen, ohne die das Aufblühen der europäischen Wirtschaft, das Aufblühen des inner-europäischen Handels und die starke Stellung Europas als Teilnehmer des Welthandels niemals erreicht worden wären. Bei allen Sorgen um den gegenwärtigen Stand sollten wir doch nicht übersehen, was etwa im Verhältnis zu den rauchenden Trümmern des Jahres 1945 geschaffen worden ist. Hinzu kam das Bemühen um die Gestaltung unserer gemeinsamen Sicherheit mit den Vereinigten Staaten von Amerika in enger Gemeinschaft. Hinzu kam die politische Zusammenarbeit zunächst im lockeren Rahmen des Europarates und dann wirtschaftlich, aber auch mit politischen Akzenten in den engeren Gemeinschaften der Montan-Union, des Euratom und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft sowie der Brückenschlag in den Verteidigungsproblemen zu Großbritannien.

Wirtschaftlich war das alles ein großer Erfolg. Dennoch ist das Werk vorwiegend aus politischen Gründen ins Stocken geraten, so sehr ins Stocken geraten, daß heute Gefahr besteht für das Gedeihen der bestehenden Gemeinschaften und erst recht Gefahr für ihre weitere Stärkung und ihren weiteren Ausbau. Nationalstaatliches Denken fängt in demselben Ausmaße, in dem es uns wirtschaftlich wieder besser geht, an, um sich zu greifen; es beginnt zu wuchern. Das war sichtbar bei der Absage an die Aufnahme Großbritanniens in die Europäischen Gemeinschaften. Das war sichtbar bei den Schwierigkeiten, welchen der weitere Ausbau der Gemeinschaftsrichtungen begegnet. Das war sichtbar bei der Absage an eine nach dem Prinzip der Integration gemeinschaftlich organisierte Verteidigung Europas zusammen mit den Vereinigten Staaten von Amerika.

Politische und nationale Alleingänge gefährden das Werk der europäischen Einheit und der atlantischen Solidarität. Das Angebot der Vereinigten Staaten von Amerika auf gleichberechtigte Partnerschaft mit einem sich zusammenschließenden Europa, wie es so klar in der Botschaft des ermordeten Präsidenten Kennedy vom 4. Juli 1962 formuliert worden ist, hat vom europäischen Kontinent her niemals eine zureichende Antwort gefunden. Die Vereinigten Staaten wünschen, daß dieses Europa endlich mit einer Stimme zu ihnen spreche, damit sie wissen, womit sie zu rechnen haben. Das kann dann nur die Stimme einer organisierten Gemeinschaft sein. Es kann nicht die Stimme eines selbsternannten Vormundes sein.

Das sind die Probleme, die uns heute beschäftigen. Was ist zu tun? Es liegt ein europäisches Arbeitsprogramm für 1964 vor, das das Verbindungsbüro der sozialdemokratischen Parteien der Europäischen Gemeinschaften in Brüssel am 30. Januar 1964 verabschiedet hat. Wir müssen uns wehren gegen eine Aushöhlung der Gemeinschaften. Denn nicht jeder Satz, der eine politische Union fordert, führt zu einer Stärkung der Gemeinschaften. Manchmal verbirgt sich dahinter die Schaffung einer nationalen Revisionsinstanz gegen Gemeinschaftsbeschlüsse. Das kann nicht der Inhalt einer politischen Union sein, meine Damen und Herren!

Es geht also auch nicht um die Schwächung der Kommissionen, sondern um die Stärkung ihrer Befugnisse, um die Stärkung der von der Gemeinschaft her denkenden Organe der Gemeinschaft. Und wenn wir dafür sorgen müssen, daß damit nicht parlamentarische Kontrollrechte, die bisher bei den nationalen Parlamenten lagen, ersatzlos preisgegeben werden, dann kann die logische Konsequenz nicht die Schwächung der Macht der Kommissionen, sondern nur

die Stärkung der Macht des Parlaments bis hin zu einer direkten Wahl sein.

Dann geht es um den Inhalt der Politik. Denn es ist ein Stück Politik und nicht nur Wirtschaftstechnik, was in den Gemeinschaften getan wird. So kann es auch nur um den Inhalt der Politik in der Zukunft gehen. Gesichertes Wachstum, stabiler Geldwert, die Probleme der Inflation in einigen europäischen Ländern zeugen von der Notwendigkeit einer stärkeren Abstimmung des konjunkturpolitischen Instrumentariums aufeinander. Soziale Sicherheit, Freizügigkeit für Waren, Ideen, Menschen und Kapital, Verbesserung der ökonomischen Strukturen in unserem Europa, um die zurückgebliebenen Gebiete heranzubringen, ein Stück Entwicklungspolitik im eigenen Kontinent, das alles sind die praktischen Aufgaben, die vor uns stehen. Und dann sind da die politischen Aufgaben, die Vergrößerung der Gemeinschaften, ein neuer Anlauf, um Großbritannien und andere beitragswillige Staaten in die Gemeinschaften hineinzuführen. Es kann für den demokratischen Charakter der Gemeinschaften nur gut sein, wenn die gewachsenen Demokratien Großbritanniens und Skandinaviens mit von der Partie sind. Denn seien wir doch ehrlich, einige der Länder auf dem europäischen Kontinent, die heute Kernländer der Gemeinschaft der Sechs sind, haben in ihrer wechselvollen Geschichte nicht immer ein ungebrochenes Verhältnis zur parlamentarischen Demokratie gehabt, um es milde zu sagen. Deshalb möchten wir um der Freiheitlichkeit und der Rechtsstaatlichkeit willen, daß die Briten und die Skandinavier in den Europäischen Gemeinschaften mit von der Partie sind.

Wir denken dabei auch an unsere Freunde, die aus Gründen, die nicht nur ihre sind, sondern die uns alle angehen, im militärischen Sinn neutral bleiben müssen, aber in Freiheit neutral sind. Infolgedessen ist es ein wichtiges Problem für uns, daß wir jenen Ländern ein faires Verhältnis zur europäischen Wirtschaftsgemeinschaft einräumen, damit sie nicht durch wirtschaftliche Schädigungen in Abhängigkeit von anderen geraten und damit der freiheitlichen Grundlage ihrer Neutralität beraubt werden.

Es geht weiter um die Frage, ob die Europäische Gemeinschaft sich von der Welt abschließt, den Weg zur Selbstgenügsamkeit beschreitet. Ein verhängnisvoller Weg vor allem für die Bundesrepublik Deutschland, die mit einem Außenhandel von mehr als 110 Milliarden DM auf Gedeih und Verderb darauf angewiesen ist, daß der Welthandel blüht und nicht durch Autarkiebestrebungen zerschlagen wird. All das wird Konsequenzen haben bei der Ken-

Kennedy-Runde bis hin zur Agrarpolitik, bei dem Verhältnis der europäischen Gemeinschaften zu den Entwicklungsländern, bei der Frage, ob es möglich ist, unsere Kraft zusammenzufassen und ihnen zu helfen, zusammen mit unseren amerikanischen Freunden und den anderen Industriestaaten sich den Weg zur Selbsthilfe freizulegen und Handel mit ihnen zu treiben und nicht nur auf die Dauer Hilfe zu geben.

Darin steckt auch das Verhältnis zu den Vereinigten Staaten von Amerika. Ohne die Vereinigten Staaten von Amerika gibt es in dieser modernen Welt keine europäische Sicherheit. Aber lassen Sie mich hinzufügen trotz aller von mir aufgezeigten Schwierigkeiten: Ohne Frankreich gibt es auch keine europäische Gemeinschaft. Gerade deshalb bedauern wir die Rückfälle in einzelstaatliche Überheblichkeit, die manchmal sichtbar werden. Aber all dieses Bedauern kann nicht aus der Welt schaffen, daß die deutsch-französische Aussöhnung ein bleibendes Ereignis der Zeit nach dem zweiten Weltkrieg gewesen ist und bleiben muß.

Die sozialdemokratischen Parteien haben eine stolze Tradition auf diesem Gebiete. Wir begrüßen es, wenn andere, die uns früher um der deutsch-französischen Aussöhnung willen bitter gescholten haben, inzwischen auf den gleichen Weg gefunden haben. Wir brauchen allerdings bei dieser unserer Tradition auch keine Belehrungen über den wirklichen Sinn und Geist der deutsch-französischen Freundschaft von anderen entgegenzunehmen. Deutschland und Frankreich sind zusammen mehr als jedes einzelne von ihnen. Aber beide zusammen sind keine Weltmacht. Deutsch-französische Freundschaft darf aber nicht dazu führen, daß wir Nationalismen zusammenlegen, sondern wir müssen die Nationalismen überwinden. Wir müssen unangebrachte Überheblichkeit anderen gegenüber vermeiden. Sie steht uns weder einzeln an, noch zu zweit, noch zu sechs zu sieben oder zu fünfzehn. Die Präambel, die der Deutsche Bundestag dem deutsch-französischen Vertrage vorangesetzt hat, macht es ganz klar, daß für uns die deutsch-französische Freundschaft und Aussöhnung ein unverzichtbarer Bestandteil gemeinsamer Politik ist, daß wir sie aber sehen als Teil der europäischen Gemeinschaft und der atlantischen Solidarität und nicht losgelöst von diesen beiden wichtigen Fundamenten gemeinsamer westlicher Außenpolitik. Wir sind uns durchaus des Wertes der einzelnen europäischen Völker und des Wertes der Europäischen Gemeinschaft bewußt. Aber wir schätzen die Machtverhältnisse in der Welt von heute nüchtern ein und müssen uns freihalten von Größenwahn. Wir sind uns auch des Wertes anderer bewußt.

Das zusammen muß uns freihalten von Kleinmut oder Überheblichkeit. Das Zusammenwachsen Europas wird keinen grauen Einheitsbrei zustande bringen. Die bunte Vielfalt dieses Kontinents ist Schwäche und Stärke zugleich. Wir wahren ein gewaltiges kulturelles Erbe. Wir müssen es in uns aufnehmen, weitergeben und mehren. Das Gesicht Europas ist wechselvoll, aber unverwechselbar. In unseren Völkern sind wir Europäer aufgewachsen. Die Geschichte unserer Nationen haben wir in Höhen und Tiefen mitgestaltet. Politische, wirtschaftliche und geistige Ströme wurden freigesetzt, die jetzt von außen auf unseren europäischen Kontinent zurückwirken. Wir werden die Zukunft nur bestehen, wenn wir zur größeren Gemeinschaft zusammenwachsen. Für die meisten von uns bleibt bei aller nüchternen Einschätzung der Schwierigkeiten das Fernziel die Errichtung der Vereinigten Staaten von Europa.

## Herbert Wehner

MdB, stellvertretender Vorsitzender der SPD, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, Mitglied des Aktionskomitees für die Vereinigten Staaten von Europa.

*Der stellvertretende Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Herbert Wehner, MdB, beendete den Europa-Kongreß der SPD-Bundestagsfraktion am 26. Februar 1964 mit nachfolgenden Ausführungen:*

**Meine** Damen und Herren! Der Anlaß zu diesem Gespräch war - wir haben es offen gesagt und geschrieben - unsere Sorge um Europa. Ich möchte wünschen, daß alle, die sich der Mühe unterzogen haben, hier unsere Sorge kennenzulernen und mit uns über unsere Sorgen und vielleicht gemeinsamen Sorgen oder ihre eigenen zu sprechen, bemerkt haben, daß wir in der Sorge nicht steckenbleiben, sondern daß wir, getrieben von der Sorge, auf dem Wege des Vereinens weiter voranwollen. Einer unserer ausländischen Teilnehmer, von dem ich bei dieser Gelegenheit gemerkt habe, wie gut er in die Eigentümlichkeit der deutschen Sprache hineinzusehen vermag, hat mich heute morgen auf diese zwei Zeilen auf unserem Transparent hingewiesen und gefragt, ob der Plural von "Verein" im Deutschen nicht "Vereine" heiße.

Ich habe meinen Hut gezogen vor diesem Luxemburger, der das so genau begriffen hat, wie man also uns eins dranhängen kann. Hier geht es um das Vereinigen, gerade weil wir Sorge haben, daß es sonst eine ganze Anzahl Vereine geben würde. Wir sind für Vereine, aber nicht in dieser Sphäre.

Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion hat das Forum für diese Diskussion gestellt, und man darf ihr dafür dankbar sein. Ich habe gehört, daß der Vorsitzende einer anderen großen Partei seiner Sorge darüber Ausdruck gegeben hat, wenn auch nicht öffentlich, daß hier auch andere, die sich um die Vereinigung Europas verdient machen, vor Sozialdemokraten gesprochen haben. Ich will darüber

gar nicht rasonieren. Ich wäre herzlich dankbar, wenn andere Fraktionen des Deutschen Bundestages, z. B. die große Fraktion der CDU/CSU - und wenn das bayerische Bein nicht mitmacht, weil es eingeschlafen ist, dann wenigstens die CDU -, ein solches Forum böten. Wir würden gern - so wie sie es für angemessen hielten, nicht nur zur Eröffnung zu kommen, sondern auch zur Diskussion, wobei auch in den Arbeitsgemeinschaften wirklich gleichberechtigt diskutiert worden ist - ihre Gäste sein und mit ihnen diskutieren, nicht um sie zu unterwandern, sondern um dabei, soweit es geht, festzustellen, was es an Übereinstimmungen gibt.

Ich will nicht die kritische Bemerkung unterlassen - es ist meine persönliche Bemerkung, ich nehme das ganz auf meinen Hut -, ich hätte gern noch mehr hier aus den Landtagen der Länder der Bundesrepublik gehört. Ich bedaure, daß die Gelegenheit so wenig genützt worden ist, gerade wegen der Problematik, die heute mit den Stichworten Regionalpolitik, Strukturverbesserung und allem, was dazwischenliegt, bezeichnet wird. Aber was das erstmal nicht ging, wird vielleicht das nächste Mal gehen. Es sind ja nicht Zuständigkeitsfragen oder Protokollfragen, die uns dabei hindern können oder uns auseinanderhalten können. Es gibt ja ganze Regionen in dem gespaltenen Deutschland, in denen man sich Sorge um Europa macht, zum Teil aus anderer Sicht. Diese Sorge kann nur behoben werden, wenn man miteinander redet, wenn man sich nicht einigelt, wenn man nicht meint, daß die großen Ströme der wirtschaftlichen, der sozialen und der Handelsentwicklung an einem sowieso vorbeigehen müßten, weil es irgendwo so ausgeheckt sei. Wir sind froh, daß unsere Freunde aus Luxemburg, aus Belgien, aus Frankreich - von dort allerdings an Zahl ein wenig schwach bestückt nicht hinsichtlich der Qualität - und aus Italien nach hier gekommen sind und mitgemischt haben. Das verträgt auch die lebendigen Beiträge derer, die in den Ländern gerade in einem Staat wie in unserem gespaltenen tätig sind.

Nun darf ich noch über unsere deutschen Grenzen hinaus ein Wort sagen. Natürlich hätten wir auch gern etwas aus Großbritannien gehört. Denn das Gespräch zwischen uns und denen, die sich in Großbritannien auf eine andere Weise als wir zur Zeit Sorge um Europa und die Welt machen, ist auf die Dauer nicht aufzuhalten und kann auch nicht in irgendeiner Weise durch etwas ersetzt werden, jedenfalls nicht durch Taktik.

Wir haben hier Freunde und Partner aus einer ganzen Reihe Länder ihre Meinungen sagen hören, erfreulicherweise auch und gerade aus Ländern, die noch nicht in einem geordneten Verhältnis zu den Europäischen Gemeinschaften stehen, obwohl sie es möchten, weil teils durch das Veto vom Jahre 1963, teils durch die noch nicht abgeklärten Auffassungen bei uns oder bei ihnen selber hier noch Schranken dazwischenstehen. Wir hoffen jedenfalls, daß alle, die, ob aus Schweden, aus Österreich oder aus anderen Ländern, uns hier gehört und mitgesprochen haben, uns als faire und aufmerksame Diskussionspartner kennengelernt haben, jedenfalls in dieser Runde. Wir möchten das gern auch weitergesagt wissen, weil alle diese Länder aufeinander angewiesen sind. Wir gerade hier in Deutschland -sind uns der Notwendigkeit des Differenzierens bewußt, der Notwendigkeit, behutsam, ich möchte sagen, gradweise, unterschiedlich zusammenzuführen und zusammenzufügen, was zum ganzen Europa gehört, was zum gesamten freien, demokratischen Teil der Welt gehört, nicht in einen Einheitstopf, sondern um mit Hilfe einer solchen Gemeinschaft, die ein starker Impuls sein kann, sein will und wieder sein wird, wenn sie gewisse innere Kreislaufstörungen - die heute modern sind - überwunden haben wird, Impulse zu geben. Das Aktionsprogramm der sechs sozialdemokratischen Parteien in den Ländern der Gemeinschaften zeugt davon. Es ist auch durchaus noch ausbaufähig, wenn andere ihre Beiträge dazu leisten möchten.

Gerade die Freunde und Partner aus anderen Ländern bitte ich auch hier noch einmal, nicht zu erschrecken, wenn wir, die wir über die Probleme der Gemeinschaft sozusagen aus der Sicht der Gemeinschaft und ihrer Schwierigkeiten diskutieren, so oft von politischer Einheit oder politischer Union sprechen. Keine Angst, es geht nicht um Gleichschaltung. Mich hat es am Sonntag ziemlich getroffen, als mir ein ausländischer Diplomat sagte, das, was jetzt da mit Europäischer Gemeinschaft bezeichnet werde, hätten sie im Kriege als "Neuropa" bezeichnet. Ich kenne den Ausdruck und weiß, was damit gemeint ist, wenn man eine Assoziation dazu herstellt. Aber das ist es nun bei Gott nicht.

Ich finde es verständlich, wenn z. B. unser schwedischer Kollege, der ja doch beschwert ist durch eine ganze Reihe von Erfahrungen aus vielen Jahren im Europarat und diese Dinge kennt, uns sehr eingehend gefragt hat, wer denn eigentlich die EWG sei, was sie sich denn nicht nur darunter vorstellen sollten, sondern an wen sie sich zu halten hätten, wenn sie etwas wollten. Sie müssen etwas wollen; denn sie müssen ihr Verhältnis zu einem großen Teil der Welt und Europas in Ordnung bringen. Und wenn er fragt: Wer

ist die EWG, ist das nun de Gaulle oder das Parlament, oder sind das die anderen Institutionen, so kommt mir das beinahe wie die Frage des Pilatus vor. Aber es ist sicher eine berechtigte Frage. Wir selber sind jedenfalls - das sollen alle wissen, die uns hier über unsere Fragen und über das Zusammenwirken mit den anderen Teilen, die wir zum demokratischen Teil der Welt rechnen und die sich selber dazu rechnen, kennengelernt und schätzen gelernt haben - wir selber sind, was unsere Gemeinschaft betrifft, in der Entwicklung, und wir wünschen, daß viele uns dabei so positiv wie möglich helfen. Auch durch Kritik helfen sie uns in positivem Sinne. Sicher gibt es dabei Probleme, die heute und morgen noch nicht lösbar sind, wie sie z. B. in diesen Berichten angesprochen worden sind, und wie man sie in den Arbeitsgemeinschaften gehört hat, vielfältige Aspekte, die in bezug auf Assoziation derjenigen beachtet werden müssen, die in den Sog der Gemeinschaften kommen, aber dort nicht mitbestimmen können, weil es sich um ein Land handelt, das aus politischen Gründen, aus Gründen seines neutralen Status oder ähnlichem dazu nicht imstande ist oder nicht zugelassen wird oder nicht wollen kann.

Wir kommen dabei aber nur weiter, wenn wir solche Erörterungen, wie wir sie hier gehabt haben, weiterführen. Wir sollten sie in anderen Städten führen. Wir wären dankbar, wenn wir in Haag darüber reden könnten, wenn wir in Brüssel darüber reden könnten, und zwar jeweils nicht nur unter den Angehörigen derselben Parteirichtung und nicht nur jeweils mit den Zugehörigen der Institutionen - die wir alle dabei haben wollen -, sondern so offen für viele andere wie möglich. Wir wären dankbar, wenn das in anderen Ländern möglich wäre, und würden auch gerne kommen. Über diese Diskussion hinaus müssen wir Fall für Fall, Land für Land sozusagen am Modell die Probleme diskutieren. Wir werden erst dann wesentlich weiterkommen, wenn wir genau sagen, worum es sich im einzelnen handelt, wenn wir über das Allgemeine hinaus kommen.

Manche sind erschreckt darüber, daß die Verteidigungsprobleme bei den Erörterungen über den weiteren Weg der Gemeinschaften eine Rolle spielen. Meine Ansicht ist, daß die eigenen Verteidigungsanstrengungen solcher Länder wie Schweden oder der Schweiz - um nur einige zu nennen - in die Kategorie der Verteidigung freier Völker gehören, auch wenn sie auf Grund ihres besonderen Status nicht Verteidigung im Rahmen eines Bündnisses, im Rahmen einer Gemeinschaft oder Organisation sind. Es müssen und können Wege gefunden werden, auf die Besonderheiten gerade dieser Länder auch

in dieser Hinsicht Rücksicht zu nehmen, d. h. sie nicht zu stören. Zu den Gesamtüberlegungen - falls es sich nicht um Gesamtüberlegungen von Fanatikern oder Dogmatikern handelt - und Sie haben uns hoffentlich als solche kennengelernt, die nicht zu der einen oder anderen Kategorie gerechnet werden müssen - gehört die Vielfalt auch der Verteidigungsanstrengungen der freien Länder. Damit bin ich bei dem schwierigsten Problem. Über die Rede, die Jean Monnet gehalten hat, hat es manche Schlagzeilen gegeben, so als ob die ganze Rede gehalten worden wäre, um hier eine europäische Atommacht zu fordern. Fritz Erler hat dazu gestern das Notwendige gesagt. Bei manchem, der zu solcher Betrachtung beiträgt, ist der eigene Wunsch der Vater des Gedankens, den er hier dem Vater der europäischen Vereinigung unterschieben möchte. Das wird sich bald widerlegen. Damit kann man nicht lange in der Welt jonglieren, jedenfalls nicht - ich meine - in der großen Welt. Die eigentliche Frage ist - hier möchte ich Monnet zitieren: jeder kann den Text unverändert bekommen -, ob Bemühungen dieser Art, wie er sie in dem knappen Teil über Verteidigungsfragen skizziert hat, gegen oder mit den Vereinigten Staaten von Amerika unternommen werden. Das allein ist die interessante Frage. Wenn manche hier die Dinge so in die Welt setzen wollen, als handle es sich um die Forderung nach einer eigenen Streitmacht, so sind das - wir sind ja in der Grippezeit - Ansteckungserscheinungen aus einem benachbarten Land, die sich nur etwas anders in der Färbung äußern. Entscheidend ist, ob mit oder gegen die Vereinigten Staaten. Entscheidend ist, ob die Interdependenzen nicht nur gesehen, sondern angesichts der Weltlage, in der wir uns befinden, als unentbehrlich betrachtet werden und daß auch dementsprechend gehandelt wird, oder ob man sich für Sonderbündelei freimachen will, vielleicht im Schutze der, wie man meint, sowieso vorhandenen Verteidigungsbemühungen der Vereinigten Staaten von Amerika. Und entscheidend ist in diesem Zusammenhang, ob man in loyaler Erfüllung der Bündnisverpflichtungen an diese Dinge herangeht oder ob man hinter dem Schutzwall der sehr konkreten Verteidigungsbemühungen der Vereinigten Staaten von Amerika einen gewissen Spielraum für nationale nukleare Eigenbrötelei haben will. Ich jedenfalls verstehe Jean Monnet so, daß er in dieser schwierigen Frage für das Zusammenwirken mit Amerika ist, nicht nur für die Anerkennung in Worten, sondern für entsprechendes Handeln der Interdependenz, für Bündnispartnerschaft, wie er ja auch - und das hat ihn immer ausgezeichnet - für Partnerschaft von Gleichberechtigten in der Europäischen Gemeinschaft ist, gleichgültig, wieviel Mitglieder das Land hat, und wiederum für Partnerschaft zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den Vereinigten Staaten sowie

anderen freien Ländern oder Gemeinschaften in der Welt eingetreten ist und weiter eintreten wird.

Fritz Erler hat vor einiger Zeit einmal in Rom - inzwischen sind seine Thesen auch in -deutscher Sprache erschienen - dargelegt, ob das differenzierte Potential ausreichender militärischer Kräfte, mit denen einer Drohung begegnet werden könnte, auf nationaler, auf kontinentaler oder auf weltumspannender Basis errichtet werden muß. Er ist zu der Antwort gekommen, daß die Verteidigung Europas nur in einer sehr loyalen Interdependenz gegenüber den Vereinigten Staaten organisiert werden kann: sie kann keine rein nationale Verteidigung sein, sie kann aus vielen Gründen auch keine rein kontinentale oder europäische Verteidigung sein, die im einzelnen dargelegt worden sind.

Im Zusammenhang damit steht das Problem überhaupt der "Politischen Union", die inzwischen zu einem Schlagwort geworden ist, das nur schlecht verdeckt, was eigentlich damit gemeint ist, nämlich eine Art - das hat hier Erler in seiner Einleitungsrede gesagt; ich möchte es wieder hervorziehen - nationaler Revisionsinstanz für Gemeinschaftsbeschlüsse. Das steckt drin in diesen Muddeleien, in diesen Sandkastenspielerien, hinsichtlich der "Politischen Union" über oder neben der Gemeinschaft oder wie ein Keil in die Gemeinschaft hineingetrieben. Da sollen sich die großen alten Männer - ich meine jetzt im symbolischen Sinne - Europas oder bestimmte Staaten zusammensetzen und die eigentliche Politik in bezug auf Weisungen geben, was man in den Organen der Gemeinschaften machen soll, machen darf und nicht machen darf.

Wenn wir hier so oft und so viel über Integration und darüber sprechen, daß dieser Prozeß, statt daß er aufgehalten wird, gefördert werden muß, so möchten wir auch hier alle anderen, die in dieser Beziehung häufig Fehlinterpretationen zuneigen, um Verständnis bitten. Eine lebensfähige und lebenskräftige Europäische Wirtschaftsgemeinschaft ist gut auch für die anderen, für die anderen Partner, für die anderen, die in ein geordnetes Verhältnis zu ihr kommen wollen und kommen müssen. Unterscheiden Sie bitte - und wir wollen es auch immer tun - zwischen dem Europa der Gleichberechtigten, in dem die wirtschaftlichen Probleme als gemeinsame Probleme behandelt werden und in dem die Lösung der Probleme nicht nach den Regeln der alten Diplomatie versucht wird, unterscheiden Sie zwischen einem solchen Europa der Gleichberechtigten und einer Anwendung europäischer Terminologie durch den einen

oder anderen Autokraten! Das sind zwei verschiedene Schuhe, die kein Paar ergeben. Wir jedenfalls wollen diese Unterscheidung deutlich machen. Aus diesem Grunde ringen wir um das, was wir die Demokratisierung der Gemeinschaften nennen. Das ist ein Prozeß, der in jedem Land von Bemühungen begleitet war - ohne die Bemühungen wäre es nicht gegangen -, häufig auch von Schwere-rem, als das Wort "Bemühungen" es ausdrücken kann.

Es gilt nicht nur für die heute in der Gemeinschaft Vereinigten. Es gilt auch für die, die in ihr noch nicht drin sein können oder zu ihr noch nicht in ein geordnetes Verhältnis haben kommen können. Es gilt auch für Völker anderer Kontinente, auch wenn sie es zur Zeit nicht wahrhaben wollen - ich gebe zu: weil die Gemeinschaft sich schlecht präsentiert und weil gewisse autarkische und andere Tendenzen bei ihr, abgesehen von der bürokratisch steifen Art, darauf zu verzichten, ins Volk zu gehen, häufig verhindern, daß die Gemeinschaft als das gesehen wird, was sie eigentlich ist.

Aber richtig bleibt, daß die Aussichten, die sich gestern, heute und morgen für Europa eröffnen, überhaupt nur dadurch möglich geworden sind, daß sich Länder Europas - noch nicht alle, aber jedenfalls Länder Europas - bereit gefunden haben, ihre zunächst einmal wirtschaftlichen Probleme - andere Versuche waren gescheitert - nicht mehr als nationale, sondern als gemeinsame Probleme zu betrachten. Um sie zu lösen, wenden sie eine neue Methode des gemeinschaftlichen Handelns an.

Das ist das, was wir den ständigen Dialog zwischen einer europäischen Institution, deren Aufgabe es ist, Lösungen für die gemeinsamen Probleme vorzuschlagen, und den nationalen Regierungen, die also nationale Gesichtspunkte zum Ausdruck bringen - etwas milde gesagt -, nennen.

Es kann ein großer Fortschritt sein - bei allen Beklemmungen, die wir zur Zeit über den inneren Zustand der Gemeinschaft und ihr Verhältnis zu Dritten haben -, wenn in absehbarer Zeit eine Exekutive diesen Dialog mit den anderen führen wird. Da gibt es Geburtswehen. Aber ich habe mir sagen lassen: bei jeder Geburt gibt es die. Es ist eine völlig neuartige Methode. Sie kennt keine zentrale Gewalt. Insofern muß ich auf die Frage unseres schwedischen Freundes antworten: Ja, das ist eine pluralistische Gemeinschaft, in vielerlei Hinsicht gesehen. Sie kennt also keine Zentralisierung, keine Zentralgewalt. Insofern ist das auch für die, die von außen mit der Gemeinschaft ins Gespräch kommen wollen, nicht

ganz einfach. Aber sie führt - das ist jedenfalls unser Wille - innerhalb des Ministerrats zu gemeinschaftlichen Entscheidungen, besonders weil die unabhängige europäische Institution - bald werden wir eine statt mehrerer haben - Lösungen für die gemeinsamen Schwierigkeiten vorschlägt, so daß auf das Erfordernis der Einstimmigkeit mit guten Gründen verzichtet werden kann.

Ich will über das Europäische Parlament und das, was ihm zusätzlich zukommen muß, nichts mehr sagen. Ich möchte nur noch einmal betonen: Parlament nennt man auf deutsch gern Volksvertretung, und wir sollten alles tun - auch in den anderen Sprachen -, um deutlich zu machen, was wir dort vertreten. Wir sollten uns in einer Weise dem Volk stellen, große zügige Öffentlichkeitskampagnen dieser Art machen und die Diskussion, der sich niemand widersetzen kann, so führen, daß auf diese Weise endlich deutlich wird, woraufhin die Europäischen Gemeinschaften steuern, nämlich auf ein Völkereuropa und nicht nur auf das, was es an Institutionen gibt, aber ohne auf die Institutionen verzichten zu wollen, sondern mit dem Ziel, sie zu unterstützen, sie zum Leben zu erwecken.

Noch sieht es so aus, als ob es noch keinen Weg gäbe, diejenigen, die gern und ernst von der Integration reden und die anderen, die zwar ein Verhältnis in der Handelspolitik zu den Gemeinschaften wollen, die aber aus Gründen, die ja hier auch erörtert worden sind, nicht weitergehen wollen oder können, einander näherzubringen. Aber Tatsache ist - und wir sollten und werden uns das noch durch ein besonders eingehendes Studium erarbeiten müssen -: alle demokratischen Staaten müssen sich doch ihre gewissen Berührungspunkte und Gemeinsamkeiten in den Interessen, in der Weltpolitik selber deutlich machen und diese pflegen, statt über sie hinwegzureden oder hinwegzugehen.

Mir tut das immer weh, wenn man bei solchen Zusammenkünften betonen muß, daß z. B. für uns alle, ob es uns so, wie es gegangen ist, im einzelnen gefällt oder nicht gefällt, die Freiheit eines Landes und Volkes wie Österreich wichtig ist und daß es daran nichts zu deuteln gibt, daß man den Österreichern keine Vorschriften machen kann hinsichtlich der Frage, ob sie nun noch einen Schritt weiter nach rechts oder links gehen können in bezug auf ihr Verhältnis zu der Gemeinschaft oder in die Gemeinschaft hinein. Da muß man mit gewissen Gegebenheiten rechnen, über die man zur Zeit nicht weg kann.

So gibt es manches. Ich hätte gern auch etwas über Finnland in diesem Augenblick gesagt. Aber ich fürchte, in der Gemeinschaft

selbst denken wir zu selten daran, daß wir ja nicht nur uns selbst eine Ordnung gegeben, Wegweiser gestellt und eine Art Fahrplan entworfen haben, sondern daß wir dabei doch immer daran gedacht haben, damit dem ganzen Europa und der Solidarität des ganzen Westens zu helfen - nicht, weil wir uns an ihre Stelle setzen.

Und dann lassen Sie mich auch noch einmal auf eines zurückkommen, weil einige Fragen in den Arbeitsgemeinschaften deutlich gemacht haben, daß man gern genau wissen möchte: Wird das nun sozialdemokratische Politik sein, die dort dominiert, oder was für eine Art von Politik wird es sein? Ich habe versucht, in einer Diskussionsrede zu sagen, daß das eine falsche Ausgangsstellung ist, weil ich der Überzeugung bin, daß Europa vereinigen einen Eigenwert darstellt und daß sogar die Verträge der gegenwärtigen Gemeinschaften weit genug sind, um Spielraum zu lassen für alle wirtschafts-, sozial- und anderen politischen Unterschiede, die in demokratischen Ländern möglich sind, und miteinander zu reden. Wir bejahen die Gemeinschaften nicht, weil wir denken, auf diesem Umweg könnte es mal zu einem sozialistischen Europa kommen. In einem Diskussionsbeitrag wurde ein Artikel aus der "Frankfurter Allgemeinen" - wenn auch nur aus dem Wirtschaftsteil - zitiert, in dem gesagt wird: Ja, da ist ein Parlament mit einem Linksdrall. Wir bejahen die Gemeinschaften nicht, weil wir so einen Trick vorhätten. Darum geht es gar nicht. Die Spießer, die das nicht sehen, sind die am meisten Geschlagenen in dieser Welt. Das Vereinigen selbst ist ein Eigenwert in der weltpolitischen Kräftesituation, in der wir stehen.

Im übrigen sollten wir darauf vertrauen, daß im freien Ringen im Rahmen der Regeln, die wir uns dabei selbst geben, die besten Methoden, Wege und Ingredienzen auch als solche erkannt und gewählt werden. Deswegen warne ich noch einmal davor - bitte, nehmen Sie das nicht als eine Marotte von mir -, daß man entweder glaubt, man könne etwas mit einer flammenden Parole vom sozialistischen Europa erreichen - nichts kann man damit erreichen, als daß sich andere einem an die Rockschoße hängen! - oder umgekehrt meint: Ja, es muß verhindert werden, daß da zu viele Sozialdemokraten hineinkommen, es muß mehr ein konservatives oder, im Parteisinn, liberales Europa sein, oder daß einem manche, in deren Länder der Konfession nach vorwiegend Evangelische sind, sagen: Ja, das ist alles zu katholisch. Wir sind dazu verdammt, miteinander auszukommen, konfessionell so, wie die Bindungen

und Herkünfte sind, und politisch so, wie die Erkenntnisse sich entwickeln und reifen. Und das können wir auch. Das ist die Stärke dieses organisierten Teiles des Westens gegenüber anderen Kräften, mit denen wir es zu tun haben. Und dann muß es möglich sein, um die Gemeinschaft herum eine Art gradweiser Hinzugruppierung zu erproben. Wenn sich das nicht einfach mit dem Begriff der Assoziation deckt, so kann es Schritte und Grade dazu geben.

Ich weiß - und das ist in der Diskussion auch ausgedrückt worden -, daß manche befürchten: Geht man dabei sehr weit, so entfällt der Anreiz für die volle Mitgliedschaft. Ich glaube, die Fälle, in denen das wahr ist, sind an den Fingern einer Hand abzuzählen.

Die anderen Fälle von Ländern sind aus der Natur der Sache, auf Grund der Bedingungen, unter denen sie leben, Politik machen, ihre Beziehungen ordnen müssen, anders zu verstehen, und wir können, wenn wir konkret über Modellfälle sprechen, zu Lösungen kommen.

Wir, die Sozialdemokraten, kämpfen darum - und wir sind froh, daß wir darin völlig mit unseren Freunden in den anderen Ländern der Gemeinschaften übereinstimmen -, daß die Gemeinschaft offen wird. Sie ist es heute dem Buchstaben des Vertrages nach; sie ist es in der Praxis nicht. Da ist also etwas, das noch nicht in Ordnung ist. Sie muß eine offene Gemeinschaft sein. Wir haben hier gesagt, welche Länder, die es selbst wollen, in die Gemeinschaft aufgenommen werden müssen. Im übrigen wollen wir uns auch denen, die ihr noch nicht angehören können oder wollen, als politisch bewußt handelnde Menschen vorstellen und als solche erweisen, die aus den Erfahrungen der inneren Politik gewisse Schlußfolgerungen für das Zusammenleben der Völker und der Staaten ableiten.

Wir haben uns mit mehr oder weniger großen Schmerzen und Hindernissen und Schönheitsfehlern und Schlimmerem in den Ländern, in denen wir groß geworden sind und in denen wir wirken, und die uns manchmal nicht gut behandelt haben, die aber doch unsere Länder und Völker sind, immer bemüht, Rechtsverhältnisse und Institutionen zu schaffen, die den Mitbürgern die Möglichkeit geben, ihre Probleme zu erörtern, Lösungen für sie zu finden, die dann allgemein geltendes Recht werden. Wir haben Institutionen geschaffen, zu schaffen versucht, sind dabei, solche zu schaffen, die dieses Recht wahren. Wir ertragen es nicht, daß das Zusammenleben der Menschen durch das Denken in Begriffen der Gewalt, der Vorherrschaft bestimmt wird, und wir möchten entsprechende

Regeln im Verhältnis zwischen den Völkern durchsetzen. Wir haben dazu ein gutes Stück getan, mehr, als viele heute erkennen können, die nur unsere zeitweiligen Krämpfe sehen, die auch da sind. Es gibt genug verwandte Interessen und Bestrebungen, wie es auch Gefahren gibt, denen wir besser gemeinsam ausweichen, als daß das jeder auf seine eigene Weise versucht.

Wir sagen uns selbst - und wollen in den Gemeinschaften in dem Sinne wirken -, daß wir die Zeit für gekommen erachten, in der die ursprünglichen Beweggründe für den Zusammenschluß Europas und für eine umfassende europäisch-amerikanische Partnerschaft die treibenden Kräfte sein müssen für die Sicherung des Friedens, der Freiheit der Völker und für die *tatsächliche* Überwindung des Ost-West-Konflikts im Sinne einer wahrhaftigen, friedlichen, dauerhaften Koexistenz - um das so oft mißbrauchte Wort hier einmal richtig anzuwenden.

Das ist unsere Absicht, und aus diesem Grunde wollen wir, daß die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und die beiden anderen Europäischen Gemeinschaften als für die Solidarität des Westens werbende und die Solidarität des Westens unermüdlich fördernde, vereinigende Kräfte erkennbar werden und nicht als restriktive oder als ähnlich zu bezeichnende Kräfte. Wir wollen sie als die treibenden Kräfte für die große Partnerschaft im freien Teil der Welt erkennbar und auch wirkend machen.

Meine Damen und Herren, wir sind - gleichgültig, woher wir gekommen sind und wie wir uns im einzelnen zu den Fragen, die Sorgen bereiten, verhalten - Personen, d.h. auch Kräfte, die das, was an diesen Gemeinschaften gut und unersetzbar ist, für alle, auch für die anderen, erhalten, fördern, weiterentwickeln wollen, die diese Gemeinschaften nicht ihrer Seele berauben lassen wollen - in der Gefahr sind sie häufig auch im grauen Tagewerk. Und das paßt gut zusammen mit den Bemühungen derer, die, auch wenn sie heute noch nicht in den Gemeinschaften sind, in ihren Ländern Demokratie und Freiheit bewahren wollen - vorausgesetzt, daß sie das tatsächlich wollen -, jene Richtpunkte, die der verstorbene amerikanische Präsident für seinen Begriff für die von ihm angebotene umfassende Partnerschaft gesetzt hat, die Armut überall in der Welt zu überwinden, die Ausdehnung der Wirtschaft zu ermöglichen durch das Inordnungbringen der Zahlungsbilanz und der "Balance", das Schaffen und Aufrechterhalten einer wirklichen Abschreckungsmacht, die die Aggression unterbindet und mit all dem zusammen an die Stelle von Gewalt und Vorherrschaft allmählich, aber un-

widerstehlich Gerechtigkeit und Wahlfreiheit setzen zu lassen. Das sind, glaube ich, für den Rest unseres Jahrhunderts Aufgaben, denen wir alle innerhalb der Gemeinschaft und in Partnerschaft mit denen, die ihr noch nicht angehören können, nachstreben wollen.

Ich bitte Sie, unsere Versuche, die Sorge, die wir um Europa haben, so zur Diskussion zu stellen als einen Anfang zu weiteren Bemühungen, diese unsere und die verwandten Sorgen anderer in gemeinsamen Bemühungen überwinden zu helfen. Das ist es, wozu wir Sie gebeten hatten. Und wenn Sie und wir alle mit der Überzeugung auseinandergelangen können, daß wir uns dabei nähergekommen sind - mindestens weil wir uns nichts vormachen; und das war die Quintessenz der Diskussion - dann haben wir zwar nicht alles, aber die Ausgangsposition für das Überwinden der Übel selbst erreicht. - Ich danke Ihnen.

**Europa-Kongreß der SPD-Bundestagsfraktion**  
am 25. und 26. Februar 1964 in der Stadthalle in Bad Godesberg

**Dr. Gerhard Kreyszig, MdB**  
Mitglied des Europäischen Parlaments

# **Bericht**

## **der Arbeitsgemeinschaft**

### **Außenbeziehungen**

### **der EWG"**

Frau Strobel hat einen ausgezeichnet ausgearbeiteten Bericht vorgelegt und darin zunächst darauf verwiesen, daß in einem ersten Stadium der EWG die Gemeinschaft einer ziemlich starken Feindseligkeit gegenüberstand. Ein zweites wichtiges Stadium brachte nach dem bereits sichtbaren Erfolg der EWG eine Welle von Beitritts- und Assoziierungsgesuchen. Schließlich haben wir jetzt vor uns die Kennedy-Runde und die Verhandlungen im GATT und haben als großen Erfolg der letzten Zeit die Assoziierung mit den 17 afrikanischen Staaten und mit Madagaskar durchführen können.

Bei alledem hat sich eine Fülle von außenwirtschaftlichen Fragen ergeben. Es hat sich gezeigt, daß zu wenig Befugnisse an die Gemeinschaftsorgane, und diese auch nur in einem zu späten Stadium, übertragen worden sind. Dadurch ist die EWG in eine schwierige Situation gekommen. Es ist vor allem festzustellen, daß auf dem Gebiet der Außenhandelsbeziehungen keine gemeinsame Politik vor-

handen ist bzw. keine Ansätze dazu sichtbar sind. Es hat sich schon bei der Landwirtschaftspolitik ergeben, daß die zeitliche Nachordnung der Außenbeziehungen überaus schädlich war. Es bleibt deshalb eine der wichtigsten Aufgaben, in allen wirtschaftlichen Bereichen eine zeitliche Gleichordnung der Gemeinschaftslösungen anzustreben. Das heißt auf dem speziellen Gebiet, das wir in der Arbeitsgemeinschaft behandelt haben, daß die Außenhandelspolitik beschleunigt koordiniert und zu einer Einheit gebracht werden muß. Wir brauchen eine klare und bis in die Details durchdachte Konzeption für diese Politik.

In einem zweiten Abschnitt hat Frau Strobel die Frage behandelt, wie die Drittländer die EWG sehen, und dabei festgestellt, daß eigentlich nur die Vereinigten Staaten von Amerika von Anfang an den Integrationsbestrebungen uneingeschränktes Wohlwollen geschenkt haben. Von anderer Seite sind sehr viele Vorbehalte und kritische Bemerkungen gemacht worden. Die Situation Amerikas hat sich allerdings in dem Augenblick gewandelt, als erkennbar zu werden schien, daß gewisse starke autarkistische Tendenzen innerhalb der EWG sich entwickeln könnten. Frau Strobel hat an den Hähnchen-Krieg erinnert. Es ist völlig klar geworden, daß Amerika sich gegen jede autarkistische Entwicklung in der Sechsergemeinschaft wenden wird.

Sie wissen, daß es zur Gründung der EFTA gekommen ist und daß wir damit, wie in der Diskussion ebenfalls festgestellt worden ist, eigentlich zwei Europa haben, das der EWG und das der EFTA, und daß die Frage aufgetaucht ist, ob etwa der Vorschlag, den der österreichische Außenminister Kreisky gemacht hat, zu einem Rahmenabkommen zu gelangen, das diese beiden wirtschaftlichen Körperschaften zu einer gemeinsamen Handlung führen könnte, zweckmäßig ist oder nicht. Die Frage ist auch von anderen kritisch behandelt und verneint worden. Vor allem aber haben die Entwicklungsländer sich die Frage vorgelegt, ob die EWG für sie zu schädlichen Wirkungen führen könnte. Wir haben mit Genugtuung festgestellt, daß am 23. März dieses Jahres in Genf die Welthandelskonferenz beginnt. Es wird sehr vieles darauf ankommen, ob es der EWG gelingt, die gegen sie höchstwahrscheinlich erfolgenden Angriffe erfolgreich abzuwenden.

Was den Ostblock angeht, so wird festgestellt, daß zunächst die Einstellung dahin ging, die EWG nicht allzu ernst zu nehmen, daß später jedoch wegen des Erfolges der EWG sich die Situation in den Ostblockländern und vor allem in Rußland geändert hat. Frau Strobel hat darauf hingewiesen, daß es durchaus möglich ist, daß die

Sowjetunion auf der Welthandelskonferenz den Versuch unternimmt, gegen die EWG propagandistisch vorzugehen und aus Kritiken, die gegen die EWG vorgebracht werden, für sich Nutzen zu ziehen.

Andererseits ist völlig klar, daß die wirtschaftliche Ausweitung unter den sechs Ländern selbst am allerstärksten gewesen ist. Man kann feststellen, daß die EWG insgesamt gesehen zu keiner ernsthaften Abschnürung der Einfuhren aus dritten Ländern geführt hat. Dabei muß man allerdings beachten, daß auf einzelnen Teilgebieten und Sektoren solche Veränderungen eingetreten sind und man sich über die negativen Auswirkungen solcher Veränderungen in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht nicht täuschen sollte.

Frau Strobel hat dann den großen Komplex der Beitritte und der Assoziierungsfragen behandelt und dabei zunächst darauf hingewiesen, daß nach dem Scheitern der Verhandlungen mit Großbritannien augenblicklich die Situation so liegt, daß die EWG ihre Assoziierungsverhandlungen im wesentlichen im Mittelmeerraum führt und dadurch der Norden Europas erheblich ins Hintertreffen kommt.

Was den Abbruch der britischen Beitrittsverhandlungen angeht, so ist kein Zweifel, daß es sich um ein politisches Veto, das unvertretbar ist, gehandelt hat. Wir haben es erlebt, daß die EWG, das Vertrauensverhältnis, das Gemeinschaftsgefühl innerhalb der EWG, durch den Abbruch der Verhandlungen mit Großbritannien aufs schwerste erschüttert worden ist. Nur mühselig kommen wir dazu, das wieder langsam aus der Welt zu räumen.

Bei den Verhandlungen mit Großbritannien hat sich gezeigt, daß es ein entscheidender Fehler war, daß die EWG-Kommission nur eine beratende Funktion ausüben konnte und die Verhandlungen selbst in dem alten diplomatischen Stil geführt worden sind. Aus diesem Experiment wird man sicherlich für künftige Verhandlungen die entsprechenden Konsequenzen ziehen müssen.

Aber auch hinsichtlich der Assoziierungsverhandlungen können wir innerhalb der EWG keine einheitliche Politik feststellen. Deshalb ist es auch sehr schwer, die Frage zu beantworten, in welcher Form Assoziierungen durchgeführt werden können. Ich erinnere daran, daß unser Kollege Birkelbach zu diesem ganzen Problem einen sehr gründlichen und eingehenden Bericht erstattet hat, in dem darauf aufmerksam gemacht worden ist, daß es sehr viele unterschiedliche Formen von Assoziierung geben kann.

Augenblicklich bemüht sich nur Österreich aktiv um eine Assoziierung. Wir haben von dem österreichischen Kollegen erfahren, wie

wichtig es für Österreich ist, zu einem vernünftigen Abkommen mit der EWG zu kommen, weil über 50 % der Ausfuhr Österreichs in die EWG-Länder gehen. In der Diskussion ist auch ausdrücklich betont worden, daß wir einerseits die Verpflichtung haben, die Neutralität Österreichs zu achten, dessen ungeachtet aber alles zu tun, um den Österreichern in ihrer wirtschaftlich schwierigen Lage, in die sie durch die EWG gekommen sind, behilflich zu sein.

Dabei ist von einem der Diskussionsredner die Frage gestellt worden, warum Österreich nicht gleichzeitig in der EWG und in der EFTA sein könne. Man könne nicht verhandeln mit der Forderung, Österreich solle aus der EFTA austreten und nur mit der EWG assoziiert sein. Die österreichischen Kollegen selbst haben erklärt, daß sie sich über diese Situation völlig im klaren sind. Österreich bleibt natürlich in der EFTA, verhandelt außerdem mit voller Zustimmung der sechs anderen EFTA-Partner wegen der Assoziierung und wird die EFTA erst verlassen, wenn dieser Assoziierungsvertrag abgeschlossen ist.

Im übrigen sind noch Griechenland und die Türkei assoziiert. Sie sehen auch daran, daß das Schwergewicht im Mittelmeerraum liegt.

Es ist festgestellt worden, daß wir mit Israel seit 1959 im Gespräch sind und daß wir eine moralische Verpflichtung gegenüber Israel haben, zu einem Abkommen zu kommen, das der israelischen Wirtschaft wirklich hilft. Dabei ist darauf hingewiesen worden, daß Israel von den Regierungen sehr schlecht behandelt worden ist. Wir haben erfahren, daß der Wirtschaftsminister Israels bei den sechs Staaten vorgesprochen hat und daß ihm überall erklärt worden ist, daß man selbstverständlich bereit sei, für Israel die notwendigen Maßnahmen zu treffen. Zu guter Letzt ist es aber dann bei einem Lippenbekenntnis geblieben, und bisher ist noch nichts erfolgt.

Frau Strobel zieht daraus die Konsequenz, daß die sechs Länder den arabischen Ländern - die ja von der diplomatischen Seite her gesehen immer eine Bremse sind - klarmachen müssen, daß sich eine Hilfe an Israel und die Freundschaft mit Israel auch mit einer Freundschaft mit den arabischen Ländern verbinden läßt.

Sodann ist die Kennedy-Runde im GATT behandelt worden. Es ist darauf hingewiesen worden, daß es sich dabei um eine erstrangige politische Frage handelt, weil die Zollverhandlungen nicht nur Spezialisten und Wirtschaftskreise interessieren, sondern weil sich diesmal die ganze Welt und auch die Öffentlichkeit der Völker mit diesen Fragen abgegeben hat und befaßt.

Für die EWG ist es sicherlich psychologisch durchaus wichtig, daß zum erstenmal der gemeinsame Außentarif in die Verhandlungen eingestellt wird, was zugleich den Beweis erbringt, daß die Höhe

des gemeinsamen Tarifs für die EWG kein Dogma ist. Darüber läßt sich reden. Es ist begrüßt worden, daß der Ministerrat im Dezember vorigen Jahres das Verhandlungsziel, nämlich die 50 %ige Senkung, gebilligt hat. Die britische Regierung ihrerseits hat zugestimmt und es ist deshalb damit zu rechnen und zu hoffen, daß die Kennedy-Runde zu einem guten Ende geführt wird.

Das Problem der Disparitäten und andere Dinge haben gestern bereits im Podiumsgespräch zur Diskussion gestanden.

Wichtig ist, zu betonen, daß es aus politischen Gründen notwendig ist, daß die Kennedy-Runde auch unter dem Blickpunkt der Erleichterung der innereuropäischen Handelsbeziehungen vorbereitet und zu einem guten Ende geführt werden muß.

Die Kennedy-Runde - das ist sehr wesentlich - wird sich auch mit dem Weltagrarmarkt beschäftigen, und es wird dabei der Versuch unternommen werden, den gegenwärtigen Stand der Agrarschutzmaßnahmen in allen GATT-Ländern festzustellen und nach Möglichkeit zu konsolidieren. Ob eine gegenseitige Ermäßigung des gegenwärtigen Agrarschutzes möglich ist, ist fraglich. Das wäre allerdings eine Voraussetzung für eine Ausweitung des internationalen Handels mit Agrarprodukten.

Wir müssen uns vergegenwärtigen, daß augenblicklich die EWG jährlich für 8 bis 9 Milliarden Dollar an landwirtschaftlichen Produkten einführt und dafür praktisch industrielle Erzeugnisse verkauft. Wenn diese Einfuhren landwirtschaftlicher Produkte sich im EWG-Raum in erheblichem Maße verringern, ist es vollkommen logisch und für jedermann leicht verständlich, daß dann auch der Absatz der Industrieerzeugnisse für die EWG-Länder schwerer werden muß. Wenn wir auch alle überzeugt sind, daß die Landwirtschaft innerhalb der EWG einen gesicherten Platz bekommen muß, so darf man schließlich auch nicht vergessen, daß es im Interesse der Landwirtschaft liegt, wenn wir die Massenkauftkraft verbessern und demzufolge die industriellen Probleme nicht übersehen oder vernachlässigen.

Das nächste Kapitel bei dem Bericht von Frau Strobel betrifft die Entwicklungspolitik der Gemeinschaft. Frau Strobel hat festgestellt, daß die EWG seit 1961 der größte Handelspartner der Entwicklungsländer insgesamt geworden und in dieser Hinsicht an die Stelle der Vereinigten Staaten gerückt ist.

Außerdem ist es nicht bekannt, aber bedeutsam, daß die EWG seit ihrem Gründungsjahr den stärksten Anstieg des Handelsaus-

tauschs mit den Entwicklungsländern zu verzeichnen hat. Das ist einer der Gründe, weshalb die Entwicklungsländer gesehen haben, daß viele ihrer Besorgnisse unberechtigt waren, obwohl noch heute immer wieder der Vorwurf erhoben wird, daß die EWG schade. Es ist also nicht gut möglich, von einer Schädigung der Entwicklungsländer durch die Schaffung des Gemeinsamen Marktes zu sprechen.

In der Diskussion, die wir gehabt haben, ist darauf hingewiesen worden, daß es wünschenswert wäre, wenn die bisher bestehenden bilateralen Verträge der einzelnen EWG-Staaten mit den Entwicklungsländern zumindest koordiniert würden. Die ideale Lösung wäre natürlich, daß man sie gewissermaßen zu einem Gemeinschaftsprozeß machte - das Wort "Vergemeinschaftung" ist nicht sehr schön; es wird ab und zu benutzt -; aber zweifellos würde - auch das stellte Frau Strobel fest - die Entwicklungspolitik der EWG gewinnen, wenn man sich zu einem Mindestmaß an Koordinierung in der Produktionspolitik der Entwicklungsländer entschließen könnte und dafür sorgte, daß nationale Rivalitäten nicht entstehen.

Das, was ich eben sagte, betrifft hauptsächlich Afrika. Für Südamerika liegen die Dinge anders und schwieriger. Deshalb ist jetzt eine Delegation des Europäischen Parlaments von südamerikanischen Staaten eingeladen worden und wird sich morgen oder übermorgen auf längere Zeit nach Südamerika begeben. Die Südamerikaner beklagen sich sehr bitterlich über die Folgen der EWG, obwohl sich feststellen läßt, daß diese Klagen zum Teil nicht berechtigt sind. Auf der anderen Seite gibt es Dinge, die uns natürlich zu denken geben müssen und die die Stellungnahme der Südamerikaner durchaus rechtfertigen.

Frau Strobel erwähnte Argentinien, das bis zum Jahre 1960 rund 40 % des Exports in die EWG abgesetzt hat, und führt als Beispiel an, daß die Bundesrepublik Deutschland einen Gefrierfleischzoll von 5 % gehabt hat, daß dieser Gefrierfleischzoll aber durch den gemeinsamen Außenzoll bis zum 1. Januar 1970 auf 20 % erhöht wird. Es ist völlig klar, daß das für Argentinien sehr ernste Folgen haben muß. Man sollte auch annehmen - und es wird sicherlich Möglichkeiten geben -, daß die EWG derartig harte Folgen mindert und entsprechende Lösungen findet.

Das Hauptproblem für die Entwicklungsländer ist jedoch die Frage, wie man einen gleichmäßigen Erlös für die wichtigsten Produkte dieser Länder erreichen kann. Frau Strobel sagt mit Recht, daß die Lösung der Stabilisierung der Preise und Absatzmöglichkeiten von Kolonialprodukten das Welthandelsproblem Nummer eins ist.

Wir müssen also, wenn wir all diese Schwierigkeiten, vor denen wir stehen, und diese politischen Fragen, die immer wieder auf uns zukommen, lösen wollen, dafür sorgen, daß eine allgemeine entwicklungspolitische Konzeption gefunden wird. Wir müssen uns darüber klar sein, daß jede Politik gegenüber den Entwicklungsländern nur erfolgreich sein kann, wenn sie den armen Völkern dieser Erde den ehrlichen Ertrag ihrer Arbeit sichert und gibt. Deshalb ist auch ein Mindestmaß an Koordinierung der Produktionspolitik in den Entwicklungsländern der verschiedenen Regionen notwendig.

Frau Strobel hat darauf aufmerksam gemacht, daß wir wegen des Fehlschlags der wirtschaftlichen und politischen Einigung Europas, also wegen des Abbruchs der Verhandlungen mit Großbritannien und des als Folge davon logischerweise eingetretenen Abbruchs der Besprechungen mit Dänemark, Norwegen und anderen Ländern, daß wir wegen dieses Verzögerungsmoments auch in Afrika nicht zu dem Ergebnis gekommen sind, das wir erreichen wollen. Die ehemals mit Großbritannien verbundenen Staaten Afrikas sind noch außerhalb der Politik, die die EWG betreibt.

Die Zusammenarbeit mit Afrika hängt also wesentlich davon ab, wie wir in Europa unsere eigenen innereuropäischen Fragen der Zusammenarbeit zu lösen imstande sein werden.

Wenn es demnach durch die Schaffung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, durch die wirtschaftlichen Erfolge, die die EWG gehabt hat, bisher möglich gewesen ist, schädliche Auswirkungen auf die Beziehungen zu den Entwicklungsländern zu verhindern, so hängt doch die weitere Entwicklung auf wirtschaftlichem und auch politischem Gebiet zunehmend von der Frage ab, ob es Europa gelingt, sich handelseinig und politisch solidarisch zu werden.

Europa hat durch die historische und koloniale Verbindung mit Afrika eine große moralische Verantwortung, die größer ist als die irgendeines anderen Gebietes. Ein Regionalplan zur Förderung der Entwicklung Afrikas wäre sicherlich auch für die europäischen Länder nützlich, weil vorher eine Abstimmung über die Maßnahmen der Entwicklungshilfe gefunden werden könnte.

In einem weiteren Abschnitt hat Frau Strobel das Verhältnis der EWG zum Ostblock behandelt und darauf hingewiesen, daß die Sowjetunion ursprünglich damit gerechnet hat, daß die EWG relativ schnell zusammenbricht und zu keinen Ergebnissen führt, dafür dann um so stärker verblüfft war, zu welchem Anfangserfolg die

EWG gekommen ist, und daß die EWG eine immer stärkere Attraktion auch für die Satellitenländer wird und obendrein noch geeignet ist, die sowjetische Stellung in den Entwicklungsländern zu schwächen.

Daraus ergibt sich eine ganz andere Einstellung der Sowjetunion und des Ostblocks gegenüber der EWG als zu Beginn. Außerdem ist die Sowjetunion natürlich bis zu einem gewissen Grade dadurch beunruhigt, daß die gegenwärtig bilateralen Handelsverbindungen der einzelnen Länder Westeuropas mit den Ostblockländern in zunehmendem Maße durch die EWG wahrgenommen werden und damit ein Instrument zur Beeinflussung der einzelnen EWG-Mitgliedstaaten verlorengelht. Die künftige Osthandelspolitik der EWG muß sich vor allem auf die Ablösung dieser bisherigen Handelsabkommen durch gemeinschaftliche Abkommen stützen. Um die Bedeutung der durch eine gemeinsame Osthandelspolitik eröffneten Möglichkeiten richtig beurteilen zu können, ist es wichtig, zu wissen, daß die COMECON-Länder etwa 25 % ihres Außenhandels mit Westeuropa abwickeln.

Frau Strobel hat dann hervorgehoben - und davor gewarnt -, daß wir bei den Ostbeziehungen nicht der Versuchung erliegen dürfen, eine sture Embargo-Politik zu treiben, sondern daß die EWG hier auch pragmatisch vorgehen und bedenken müsse, daß eine bessere wirtschaftliche Stellung der Ostblockstaaten wiederum auch die Möglichkeiten für die EWG stärke.

Abschließend kommt Frau Strobel zu dem Ergebnis, daß es notwendig ist, von den Außenbeziehungen zu einer geschlossenen Außenwirtschaftspolitik für die EWG zu kommen. Sie wiederholt, was sie anfangs schon sagte, daß bisher von einer einheitlichen Gestaltung der Außenbeziehungen der EWG nicht gesprochen werden kann. Eine Handelspolitik - wenn wir an die Montan-Union denken - für Kohle und Stahl ist nicht möglich, und zwar auch deshalb nicht, weil nach dem Vertrag über die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl keine Möglichkeiten für die Hohe Behörde bestehen, auf dem Gebiet der Handelspolitik einzugreifen.

Bei Euratom sei erwähnt, daß wir noch lange auf Einfuhren von spaltbarem Material angewiesen sind.

Was schließlich die fusionierten Exekutiven - Sie haben es heute früh in den Zeitungen gelesen, daß die Beratungen darüber stattgefunden haben - angeht, so ist darauf hinzuweisen, daß eine fusionierte Exekutive vor dem gleichen Problem steht wie dem,

das die drei Exekutiven bisher nicht gelöst haben und um deren Lösung sie sich bemühen müssen. Es ist also für die neue, zusammengelegte Exekutive ebenfalls eine vordringliche Aufgabe, daß die Außenbeziehungen institutionell ausgebaut werden. Dazu gehört das Problem, wie und in welchem Umfang die Exekutive die diplomatische Vertretung der Gemeinschaft nach außen hin organisieren soll. Außerdem ist es, gerade im Zusammenhang mit all diesen Problemen, unerlässlich, daß die Regierungen auch die Befugnisse der einzelnen Institutionen überprüfen. Frau Strobel hat darauf hingewiesen, daß es schlechterdings unmöglich ist, den Zustand beizubehalten, daß über die Höhe des Außenzolls von der EWG-Kommission entschieden, daß das Europäische Parlament dazu nicht gefragt wird und daß die nationalen Parlamente ihre Gesetzgebungsbefugnis auf diesem Gebiet verloren haben.

Neben diesen internationalen Fragen gilt es aber auch, die materiellen Bereiche abzustecken. Dabei muß man immer wieder darauf hinweisen, daß alle Maßnahmen und alle Vorkommnisse innerhalb der EWG starken politischen und nicht nur wirtschaftspolitischen Charakter haben. In jedem einzelnen Bereich muß eine nützliche Zusammenarbeit zwischen der Wirtschaftspolitik und der Außenpolitik hergestellt werden. In der Diskussion - soweit ich sie nicht schon erwähnt habe - ist die Frage aufgetaucht, ob die Forderung, dem Europäischen Parlament mehr Befugnisse zu geben, nicht den Prozeß der Assoziierung oder neue Mitgliedschaften verhindern könne, weil ja dann die Länder von vornherein auf parlamentarische Rechte verzichten müßten, wenn sie Mitglied würden. Dazu ist zu sagen, daß ja die parlamentarischen Kräfte ohnehin aus den nationalen Parlamenten kommen und deshalb eine Stärkung des Europäischen Parlaments kein Hinderungsgrund sein kann, neue Mitglieder zu bekommen.

Es ist auch die Frage gestellt worden, wieviel neue Mitglieder und wie viele Assoziierungen die EWG verkraften könne. Frau Strobel hat dazu sehr treffend geantwortet, daß das alles langandauernde Prozesse sind, und wir uns darüber keine allzu großen Sorgen machen sollten.

In der Diskussion kamen wir dann auf die "Politische Union" zu sprechen. Wir waren uns darüber im klaren, daß die Schaffung der "Politischen Union" eine große Gefahr ist und wir außerordentlich aufpassen müssen, daß dort kein Unheil geschieht. Denn diejenigen, die die "Politische Union" nach der alten Konstruktion haben wollen,

möchten damit ja ein Instrument haben, um die Mehrheitsbeschlüsse, die nach dem Vertrag ab 1. Januar 1967 in der EWG möglich sind, zu vermeiden.

Wir haben bei der Besprechung dessen, was Frau Strobel uns vortragen hat, festgestellt, daß selbst kleine technische Fragen - das ist sehr wichtig zu wissen und zu behalten -, die bei dem einen oder anderen Problem auftauchen, von großer politischer Bedeutung sind. Im übrigen hat die Entwicklung bewiesen, daß die EWG nicht nur eine wirtschaftliche Organisation, sondern gleichzeitig eine neue Institution eigenen Rechts mit großen politischen Wirkungen ist.

**Dr. Ilse Elsner, MdB**

Mitglied des Europäischen Parlaments

## **Bericht der Arbeitsgemeinschaft ~EWG als wirtschafts- und außenpolitische Union''**

Unsere Arbeitsgemeinschaft hat sich mit der EWG als wirtschafts- und sozialpolitischer Union beschäftigt. Einleitend hat Dr. Deist zunächst den Aufstieg, das Öffnen der Türen im Haus der Sechs geschildert - ein Prozeß, der sich so hoffnungsvoll anließ, daß sich uns schon ein ganz anderes, viel ausgedehnteres, aber zugleich ein enger gespanntes Europa abzuzeichnen begann.

Er hat sich sodann gegen das törichte Gerede von den Technokraten in Brüssel gewandt. Die Kommission hat, wie im Vertrag bestimmt, eine starke politische Stellung dank des Apparates, über den sie verfügt, dank des ihr zugestandenen Vorschlagsrechtes und auch wegen der ihr vom Ministerrat fortlaufend mehr übertragenen Kompetenzen. Das Lob, das Dr. Deist der Kommission spendete, sollte auch diesem Kreis nicht vorenthalten sein: sie sei hervorragend besetzt, nicht von Technikern, sondern von politischen Persönlichkeiten, und wenn es irgendwo in Europa politischen Willen und politische Potenz gebe, dann dort.

(Beifall.)

Deist fügte an, daß sich auch das Europäische Parlament in allen entscheidenden Fragen auf seiten desjenigen befunden habe, der die schnellere Verwirklichung der europäischen Wirtschaftsunion wollte. Daß dem Ministerrat ähnliches Lob nicht gespendet wurde, wird niemand in diesem Raum verwundern.

Auch die Chance der Politischen Union wurde in der Einleitung gestreift. So wenig wie Europa heute noch Aussicht hat, im europäischen Rahmen allein Außen- oder Verteidigungspolitik betreiben zu können, so wenig wird ein Europa, das mit vielen Stimmen spricht, ein wirklicher Partner der Vereinigten Staaten sein.

Die Frage ist nicht, ob wir eine Politische Union wollen, sondern wie sie aussehen soll. Dabei sollte man, wenn nötig, auch Umwege gehen. Da aber offenbar die Zeit für eine Politische Union, wie sie uns vorschwebt, nicht reif ist, bleibt nur übrig, auf dem begonnenen Weg zur Wirtschaftsunion weiterzuschreiten, immer das Ziel einer Politischen Union vor Augen.

Man kann das, wenn man die bisherigen Erfolge sichtet, sogar mit Optimismus tun. Die Zölle innerhalb der Gemeinschaft werden bis 1965, wie Sie wissen, um 80 % abgebaut, also praktisch unwirksam sein. Der gemeinsame Außentarif wird zweieinhalb Jahre eher erreicht als im Vertrag geplant. In den fünf Jahren des Bestehens der Gemeinschaft ist das reale Sozialprodukt um 30 % gewachsen, in den Vereinigten Staaten in, derselben Zeit nur um 22, in Großbritannien um 16 %.

Diese EWG ist für jeden in der Wirtschaft Tätigen heute eine Realität. Industrie-, Handels- und Verbandsorganisationen haben sich darauf eingestellt. Bei den Investitionen nimmt man optimistisch an Europa Maß. Soll das die Wirtschaft nur tun, die öffentliche Gewalt aber nicht? Der Zeitpunkt ist erreicht, wo die Gemeinschaft zu einer konstruktiven Wirtschaftspolitik finden muß. Leider gibt der Vertrag dafür nur einen sehr allgemeinen Auftrag, keinen Termin, und da, wo er die Schritte vorschreibt und sie zum Teil auch schon unternommen wurden, in der Wettbewerbspolitik, in der Agrarpolitik, in der Handels- und der Verkehrspolitik - wo doch leider wenig geschehen ist -, dort überall stehen die eigentlichen Bewährungsproben noch aus.

Neben solchen kritischen Feststellungen setzte Deist aber sofort hellere Akzente, die die für die Gemeinschaft typische fortschrittliche Tendenz ausweisen. Er nannte die Anpassungshilfen verschiedenster Art, die die Arbeiter im Bergbau bei Stilllegung ihrer Grube erhalten. Nicht mehr wie ehemals sind sie dem Schicksal ausgeliefert.

Oder die Vorschläge der Kommission zur Berufsausbildung, denen nur einer unter den Arbeitsministern nicht zugestimmt hat, nämlich der deutsche.

Oder auch die Vorschläge der Kommission zum Getreidepreis, die, obwohl das nicht im Vertrag vorgesehen ist, einen Einkommensausgleich für die betroffenen Bauern bieten.

Oder weiter: das Bemühen der Kommission, das Regionalgefälle in der Gemeinschaft zu überwinden, ferner ihr Versuch, die Konjunkturpolitik der Mitgliedstaaten zu koordinieren, Finanz- und Währungspolitik für eine zielbewußte Wirtschaftspolitik einzusetzen,

und schließlich jener weitere Schritt, der mit einer Vorausschau auf die Wirtschaftsentwicklung ein Konzept für die kommenden Jahre zu verbinden sucht. Wer mehr Einblick in allen diesen Fragen braucht und sucht, sei auf das im Herbst 1962 veröffentlichte Aktionsprogramm der Kommission verwiesen.

So wäre denn alles auf dem besten Wege. Wir wissen, daß dem nicht so ist. Noch ist nicht überwunden, was das Veto und das Verhalten de Gaulles angerichtet hat, das Mißtrauen in der Gemeinschaft, die Erschütterung der atlantischen Partnerschaft, die Einengung auf die Sechs. Wiederum hat Dr. Deist diesen negativen Perspektiven sofort etwas gegenübergestellt, woran es zuweilen im letzten Jahr der Gemeinschaft mangelte: Erkenntnis und Selbstvertrauen, die Erkenntnis nämlich, daß Frankreich selber auf dem Gemeinsamen Markt so viele Vorteile findet, daß es nicht leichtfertig darauf verzichten würde, daran teilzunehmen, daß gerade Frankreich, das den Glanz vergangener Größe wiederaufleben lassen möchte, dies nur gemeinsam mit den anderen im europäischen Konzert kann, und schließlich das Selbstvertrauen, daß dem einen de Gaulle fünf andere Partner gegenüberstehen.

Dies alles, so meint Deist, sollte uns veranlassen, den vorhandenen gemeinsamen Interessen nachzuspüren, in der Regionalpolitik, wo ein vitales französisches Interesse am Aktivwerden der Gemeinschaft besteht, in der Entwicklung einer systematischen europäischen Wirtschaftspolitik, in der uns das Nachbarland um Nasenlängen voraus ist, und nicht zuletzt in der Agrarpolitik, wo dann allerdings die deutsche Regierung ihr Katz- und Mausspiel um die Entscheidung über den Getreidepreis aufgeben müßte.

Erreichte man so von den Sachinteressen her eine immer engere Integration, so sollten auch auf institutionellem Gebiet Fortschritte nicht unmöglich sein. Das letzte Ziel, nämlich eine handlungsfähige Exekutive, ein Parlament mit vollem Gesetzgebungs- und Kontrollrecht, ein Ministerrat, der nach Art einer Länderkammer arbeitet, mag im Augenblick noch Utopie sein, sollte aber nicht aus den Augen verloren werden, auch wenn man sich zunächst mit Bescheidenerem begnügen muß, als da wären: Schluß mit der geheimen Kabinettspolitik im Ministerrat, Übertragung von weiteren Funktionen auf das wirklich gemeinsame Organ, die Kommission, Stärkung der Stellung des Europäischen Parlaments; indem der Ministerrat nur, wenn er sich einstimmig zusammenfindet, anders als das Parlament entscheiden kann; direkte Wahl dieses Parlaments dort, wo das schon möglich ist, Fusion der Exekutiven, wobei wir vor jedem Versuch warnen, dann etwa die besten europäischen Köpfe über Bord gehen zu lassen.

Mit der Außenhandelspolitik und den GATT-Verhandlungen hat sich die andere Arbeitsgruppe beschäftigt. Aber wer den Binnenmarkt und das Zusammenwirken der Gemeinschaft betrachtet, kann nicht unbekümmert bleiben vor dem, was unseren nächsten Nachbarn geschieht, den Dänen mit ihrem Agrarexport, den Schweden und Österreichern mit ihrem Stahl. Die Bundesregierung hat in den Dezember-Verhandlungen in Brüssel durchgesetzt, daß in Zukunft auch diese Außenhandelsbeziehungen bei Agrarentscheidungen respektiert werden sollten. Unsere französischen Freunde haben ihre Marktordnungen für Reis, Rindfleisch und Milch bekommen. Hoffen wir, daß die Gegenleistung von unserer Regierung auch eingefordert wird.

Dies etwa wäre, vielleicht etwas mager geworden, das Skelett von dem, was Dr. Deist in unserer Arbeitsgemeinschaft dargelegt hat. In der sehr lebhaften und weit über die angesetzte Zeit hinausgreifenden Diskussion wurde zunächst die Frage der "Politischen Union" erörtert. Frau Dr. Focke vertrat die Ansicht, daß ein Umweg nach dem Rezept de Gaulles doch wohl ein Abweg sei. Dr. Deist plädierte in seiner Antwort - die ich in diesem Fall vorwegnehme - dahin, daß man nicht nur das Entweder-Oder sehen sollte, nicht nur die sofortige Fortentwicklung der EWG zur "Politischen Union" oder die mehr oder weniger unverbindliche Konsultation, sondern daß man sich Zwischenlösungen einfallen lassen müsse, immer vorausgesetzt, daß die Entwicklung durch sie nicht blockiert, sondern vorwärtsgetrieben wird.

Beunruhigt über die gegenwärtigen Preisauftriebstendenzen in der Gemeinschaft zeigte sich unser holländischer Gast Herr Nederhorst. Er sagte, wir seien in der Gefahr, daß die französische Inflation, herrührend von der forcierten Rüstung in Frankreich, in die anderen Länder der Gemeinschaft exportiert werde. Dies zwingt geradezu zu einer gemeinsamen Konjunkturpolitik. Aber, so fragte Nederhorst, wird sie ohne parlamentarische Kontrolle möglich sein?

Auch Herr Düren vom Deutschen Industrie- und Handelstag äußerte Bedenken hinsichtlich der weiteren Fortentwicklung der Gemeinschaft. Er fragte: Werden die Staaten die Majorisierung im Ministerrat, die vom 1. Januar 1966 an möglich ist, hinnehmen; sind fünf Jahre bis zum Ablauf der Übergangszeit nicht eine viel zu kurze Frist, um zu einer wirklichen Gemeinschaftspolitik zu kommen?

Auch Herr Kramer sah Widerstände gegen die Gemeinschaftsbildung, nicht nur ausgehend von de Gaulle. Nach seiner Meinung wird vielmehr die Politik von de Gaulle sehr oft nur als ein Alibi benutzt, um auch in anderen Ländern weiter nationale Politik betreiben zu können.

Auf den Einwand von Herrn Nederhorst verwies Dr. Deist darauf, daß Inflationsgefahren sich nicht nur in Frankreich, sondern auch in Italien und anderen EWG-Staaten abzeichneten. Nicht nur der französische Rüstungseifer trage daran die Schuld, sondern auch die in weiteren Bereichen in beiden Ländern noch so feudalistische Wirtschaftsstruktur. Für uns alle sollte diese Entwicklung jedoch Anlaß sein, auf die schnelle und schnellere Koordinierung der Wirtschaftspolitik der sechs Staaten hinzuwirken.

Prophezeien, wie sich jedes Land verhalten wird, wenn es im Ministerrat überstimmt werden kann, wollte Dr. Deist verständlicherweise nicht. Er sagte, man werde in jedem Fall auch in Zukunft aufeinander Rücksicht zu nehmen haben, wenn immer vitale Interessen im Spiel seien. In normalen Fällen jedoch - und dahin müßte die öffentliche Meinung allmählich einen Druck ausüben - sollte das übergeordnete europäische Interesse vor den engen nationalen Interessen rangieren.

Einen Versuch, die Sozialpolitik aus dem Schatten der Wirtschaftspolitik herauszuheben, unternahm Dr. Heise vom DGB. Er sagte, es sei notwendig, allmählich auch zu einer gemeinsamen Sozialpolitik zu kommen. Aber der Vertrag gibt dafür kein Rechtsinstrument. Wie kann man in dieser Hinsicht auf die Mitgliedstaaten Druck ausüben? Wie kann man sie veranlassen, auf diesem Gebiet nicht so zu tun, als gäbe es Europa nicht.

Dr. Auerbach wiederum warnte davor, gerade in der Sozialpolitik Lösungen zu suchen, solange es keine parlamentarische Kontrolle gibt. Man würde immer auf den schwächsten Partner Rücksicht nehmen müssen und wäre in der Gefahr, die Angleichung nach unten zu vollziehen. Wichtiger sei zunächst, die Konsultation auf allen Ebenen auszubauen. Dr. Deist stimmte dieser Anregung zu. Auch in der Wirtschaftspolitik habe man nicht mit dem Zusammenlegen angefangen, sondern mit dem Wegbereiten.

Heftige Kritik an der Verkehrs- und Energiepolitik übte ein anderer holländischer Freund, Herr Posthumus. Hier wurde der glückliche Augenblick des ersten Elans verpaßt. Die Gegensätze scheinen unvereinbar. Was zu hoffen bleibt, ist, daß die Gesamtentwicklung so in Richtung auf die Integration weiterläuft, daß eines Tages der Ausgleich der widerstreitenden Interessen unvermeidlich wird.

Nicht versäumen will ich die Wiedergabe des Lobes, das Herr Posthumus der deutschen Sozialdemokratie für ihr Verhalten zum deutsch-französischen Freundschaftsvertrag spendete. Man habe in

den kleinen Ländern vor diesem Vertrag große Angst gehabt. Die SPD allein habe es verstanden, diese Sorge auszuschalten.

Ich bitte um Nachsicht, wenn ich nicht jeden Gedanken, der in der Diskussion aufgetaucht ist, hier wiedergebe. Zum Teil hat Dr. Kreyssig soeben auf Fragen geantwortet, die auch bei uns gestellt worden sind. Bedenken und Optimismus halten sich im großen und ganzen die Waage. Ich glaube, wir dürfen diesen Bericht getrost mit den Worten ausklingen lassen, die Dr. Deist am Schluß der Diskussion wiederholte: Es gibt Chancen für die Fortentwicklung der europäischen Gemeinschaften, wir müssen sie nur nützen!

# TATSACHEN - ARGUMENTE

Sonderausgabe XVIII

März 1964

**Europa-Kongreß der SPD-Bundestagsfraktion**  
am 25. und 26. Februar 1964 in der Stadthalle in Bad Godesberg

## **Podiumsgespräch**

Weltpolitische Aufgaben der europäisch-amerikanischen  
Partnerschaft

Nachstehend bringen wir in Auszügen das Podiumsgespräch, das sich mit den Fragen der Sicherheit, der Entwicklungsländer und des Ost - West - Verhältnisses befaßte.

An dem Podiumsgespräch nahmen teil: Fritz Erler, Alfred Mozer, Ernst Paul, Käte Strobel, Hans-Jürgen Wischnewski. Die Leitung des Podiumsgespräches hatte Prof. Carlo Schmid. Er sagte einleitend:

Wir haben heute morgen von der Interdependenz der europäischen Länder gesprochen. Bei diesem Podiumsgespräch werden wir einiges zu spüren bekommen von der Interdependenz der Probleme, die mit Europa zusammenhängen. Sie sind ein wenig roh unter den drei Ziffern in der Vorlage zur Geschäftsordnung genannt. Ich brauche diese Themen wohl nicht in den Zusammenhang der Weltpolitik zu stellen. Im Grunde sind sie ein Querschnitt durch die Problematik im Ganzen. Letztlich zeigen sie die drei Seiten ein und desselben Dreiecks, das die Substanz der Problematik umschließt. Was sie unterscheidet, ist im wesentlichen die Schwerpunktlage, in der sie sich befinden.

Wir wissen, daß wir Europa schaffen müssen, und wir wollen es schaffen, ohne zu vergessen, daß Europa nur ein Stück dieser Welt ist, daß es nicht das Ganze dieser Welt ist, daß Ereignisse dieser Welt nicht mehr nur, wie noch vor 50 Jahren, Funktionen von Dingen sind, die in Europa getan und gedacht werden. Wir wissen - wir sprachen heute morgen davon -, daß wir Europa schaffen müssen um seiner selbst willen. Aber ein Europa, das um seiner selbst willen geschaffen worden ist, steht an einem bestimmten Ort

im Koordinatensystem der Weltpolitik. Es liegt in einem Kräftefeld, dessen Kraftlinien es umfassen. Es erhält Impulse von außen, und es gibt Impulse nach außen weiter.

Daraus ergibt sich, daß es, um sich zu behaupten, um Europa, das Europa freier Menschen, sein zu können, auf seine Sicherheit bedacht sein muß. Daraus ergibt sich weiter, daß es seinen Teil dazu beitragen muß, damit die Länder, die noch zurückstehen, sich selber weiterhelfen können. Schließlich ergibt sich daraus, daß es sein Verhältnis zum übrigen Teil der Welt bestimmen muß, vor allem zu dem Teil der Welt, der ihm gegenüber aktiv auftritt und sich nicht nur für disengagiert erklärt.

Heute morgen hat Jean Monnet in seiner Rede einige Worte gebraucht, die von einem Teil der Presse dahin verstanden worden sind, daß er der Meinung sei, Europa müsse in absehbarer Zeit eine eigene, von der NATO unterschiedene atomare Streitmacht haben. Ich fürchte, daß sich - und einige Anzeichen sprechen dafür - vielleicht in Agenturmeldungen die Schwerpunkte dessen, was hier gesagt worden ist, in eine bestimmte Richtung verlagern könnten. Ich bitte Fritz Erler, dazu das Wort zu ergreifen.

## Sicherheit

**Fritz Erler:** Auch ich habe den Eindruck, daß es nützlich ist, wenn man zu den Sicherheitsfragen noch einmal einige der Punkte erläutert, die Jean Monnet heute vormittag hier vorgetragen hat.

Zunächst hat er sich sehr eindeutig und sehr klar gegen die Entwicklung weiterer nationaler Atomstreitkräfte ausgesprochen. Das brauche ich im einzelnen nicht zu erläutern. Ich gebe ihm in diesem Punkte recht. Mit dem, was man die Proliferation der atomaren Waffen nennt, also die allgemeine Austeilung an eine unübersehbare Vielzahl von Staaten, wächst das Risiko, daß unsere Welt noch wesentlich instabiler wird, als sie es zur Stunde ist, wächst das Risiko, daß jeder Konflikt sehr rasch entarten kann in die Zone der atomaren Vernichtung großen Ausmaßes.

Jean Monnet hat sich dann ausgesprochen für die Mitwirkung an dem, was heute zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und einer Reihe europäischer Länder verhandelt wird, nämlich an der sogenannten multilateralen Atomstreitmacht. Er hat sich dafür ausgesprochen, weil das ein Schritt auf dem richtigen Wege sei; man schaffe damit anstelle nationaler Anstrengungen gemeinsame Anstrengungen; man integriere einen Teil auch des amerikanischen Potentials mit dem europäischen Potential; man bringe die Europäer näher heran an dieses wichtige Gebiet, bei dem es auch um unser Leben und um unseren Tod gehen könnte; man erziehe sie gewissermaßen auf dem Gebiet des Wissens und der Verfügungsgewalt

über Kernwaffen dadurch, daß sie sich an einem Unternehmen gemeinsam mit anderen beteiligten. Und dann kam der dritte Punkt: er sagte, daß durch diese integrierte Mitwirkung in der MLF vielleicht einmal die Stunde kommen könnte, wo ein vereinigtes Europa über eine eigene atomare Entwicklung verfügen würde, die aber dann auf das engste verbunden sein müsse mit dem amerikanischen Potential. Auch dies ist bei Jean Monnet ganz klar: Es handelt sich nicht um eine europäische Mißtrauenswaffe bei ihm, die man etwa einsetzen könnte, weil man anderen nicht traute, sondern um eine europäische Leistung, um zu rechtfertigen, daß man im Bereiche der gesamten Allianz über das Ganze auf dem Gebiete der Verteidigung in angemessener Weise mitreden wolle - also nicht eine von den Vereinigten Staaten getrennte, sondern eine mit den Vereinigten Staaten von Amerika abgestimmte atomare Entwicklung.

Ich will nicht verhehlen, daß ich diese Erörterung für sehr verfrüht halte - Jean Monnet übrigens auch; denn er hat hinzugefügt: ~Wenn man so etwas für in der Zukunft denkbar hält, dann ist die unentbehrliche Voraussetzung dafür die Schaffung einer politischen Autorität in Europa, welche imstande ist, ein solches Waffensystem nicht nur zu entwickeln, sondern auch politisch zu kontrollieren. Ohne ein föderiertes Europa scheidet diese Idee völlig aus dem Kreise unserer Betrachtungen aus."

So weit herrscht also Einmütigkeit. Ich möchte von mir aus hinzufügen, daß ich meine Zweifel habe, ob es weise ist, einer solchen Idee mit einem föderierten Europa zuzustreben. Ich persönlich bin der Überzeugung, daß Europa natürlich auf dem nuklearen Gebiet nicht einfach abseits stehen kann. Allerdings meine ich, daß es im Gegensatz zur Mitte der 50er Jahre heute offenkundig ist, daß es so etwas Ähnliches wie eine unabhängige europäische Verteidigung sowieso nicht gibt. Europäische Verteidigung muß auf das engste mit den Vereinigten Staaten von Amerika verzahnt sein. Der schmale Randstreifen am eurasischen Kontinent ist schon aus Mangel an Raum nicht imstande, dem sowjetischen Potential ein annäherndes Gleichgewicht gegenüberzusetzen. Europa braucht als Raum den Atlantischen Ozean, braucht physisch die Mitwirkung der Vereinigten Staaten von Amerika.

Europa muß dann allerdings im Rahmen einer mit den Vereinigten Staaten in wachsendem Ausmaß integrierten Verteidigung sich darum bemühen, daß sein Wort in dieser integrierten Verteidigung mehr gehört wird als bisher. Also die Fragen der Vorbereitung von Entscheidungen, die Fragen der strategischen Planung, die Fragen auch der Entwicklung und Forschung auf dem sehr schwierigen Waffengebiet werden künftig gemeinsamer als bisher zwischen den Europäern und den Amerikanern erörtert werden müssen. In dem Maße, in dem Europa sich nun ökonomisch und politisch zu-

sammenschließt, wächst seine Chance, auch einen größeren Einfluß in der Partnerschaft auf dem Gebiete der Verteidigung mit den Vereinigten Staaten von Amerika zu gewinnen. Um es auf eine kurze Formel zu bringen: die Aufgabe, die später einmal aus der MLF herauswachsen könnte - darin unterscheide ich mich etwas von Jean Monnet -, wäre nicht die Herauslösung des europäischen Elements zu einer Eigenständigkeit, sondern wäre die volle Integrierung des amerikanischen Elements, auch der Teile, die bisher draußen sind. Es geht nicht um die Auflösung in verschiedene nationale oder kontinentale Bestandteile, sondern es geht, wenn man so will, um die Einbringung des gesamten europäischen Potentials, was nur möglich ist, wenn die Europäer wissen, daß sie damit auch einen größeren Anteil an der weltpolitischen Verantwortung zu übernehmen haben. Europa kann nicht verlangen, daß es mitspricht über das amerikanische Potential, ohne die daraus sich ergebenden politischen Verantwortlichkeiten und Risiken mit den amerikanischen Freunden zu teilen. Wer sich von den Risiken fernhalten und drücken will, der kann kein Mitspracherecht fordern. Das eine schließt das andere aus.

Das wollte ich in aller Kürze zu dem sehr schwierigen Thema der künftigen Behandlung der Atomwaffen in der Allianz vortragen.

**Alfred Mozer:** In der Konzeption kann ich mich völlig dem anschließen, was Erler gesagt hat. Er hat vor der Gefahr gewarnt, daß später aus der gemeinsamen atomaren Leistung eine Zweiteilung erfolgen könnte. Diese Sorge teile auch ich. Ich muß allerdings bemerken, daß ich mich auf diesem Gebiet nun nicht gerade als ein Spezialist fühle.

Auf einen Aspekt möchte ich in der politischen Diskussion hinweisen. Wenn die Neigung besteht, in Europa eine Mißtrauenswaffe zu schaffen - um das Wort von Erler zu gebrauchen -, weil man verhindern muß, daß Europa irgendwie eine Art Satellit der Vereinigten Staaten von Amerika wird, so kann man, glaube ich, diese Gefahr nur durch die gemeinsame Leistung - nicht durch eine spezialisierte Leistung, sondern durch die gemeinsame - überwinden. Denn wenn das Argument der Gefahr einer europäischen Satellitenposition richtig ist, so ist es natürlich auch für den Fall richtig, daß etwa innerhalb Europas oder innerhalb unserer Gemeinschaften einer über die Force de Frappe verfügt. Dann ist dieselbe Satellitenposition für die übrigen europäischen Nationen geschaffen, und dann bin ich für mich in der an sich sehr einfachen Lage, daß ich mich fragen muß: Welche Forderungen stellst du denn oder kannst du stellen als Satellit? Ich möchte nicht in diese Position kommen. Darum finde ich die Lösung der selbständigen Großmächte innerhalb des Westens so gefährlich. Aber wenn ich in diese Situation käme, müßte ich mir die Frage stellen: Welches Recht habe ich über-

haupt als Satellit? - Als Satellit habe ich überhaupt nur ein Recht, das Recht auf Schutz, und da bietet mir das Satellitenverhältnis zu einer eigenen Atommacht mehr Schutz als das Satellitenverhältnis zu der europäischen Atommacht.

Meine Schlußfolgerung kann auch so nur sein: wenn ich schon in die Satellitenposition gedrängt würde, so würde mir aus ganz nüchternen Erwägungen die Wahl zwischen der Force de Frappe und der amerikanischen Atommacht nicht schwerfallen.

Aber wie gesagt: ich möchte ja diese Position vermeiden, und ich glaube, man kann sie vermeiden durch das, was jetzt als ein bescheidener Beginn mit der MLF auf dem Tisch liegt. Noch einmal: das braucht von niemanden von uns als eine restlos befriedigende Lösung angesehen zu werden. Solche Lösungen kommen doch nicht als vollendet auf den Tisch. Da gibt es doch eine Entwicklung, und der Ansatzpunkt, das Öffnen der Tür, ist hier gegeben. Deshalb muß man sich darauf konzentrieren und an einem solchen Gedanken weiterarbeiten, um die Form zustande zu bringen, die einer Partnerschaft schließlich entsprechen wird.

Einer meiner Freunde jenseits der bundesdeutschen Grenzen hat kürzlich einen Artikel über die MLF geschrieben unter dem Titel "Militärisch nutzlos, politisch erwünscht". Wenige Tage nach dem Erhalt dieses Artikels bekam ich seine Korrektur. Er teilte mir mit: daß ein Druckfehler unterlaufen sei. Es müsse heißen: "Militärisch nutzlos, politisch unerwünscht". Ich muß sagen: der Druckfehler "politisch erwünscht" schien mir das einzig Richtige an dem Artikel zu sein.

Denn darum geht es. Ich kann mir ein militärisches Urteil über den Nutzen nicht erlauben; aber entscheidend scheint mir zu sein, daß sich hier eine politische Konzeption entwickelt, die zu etwas führen muß, was vernünftiger ist als spezialisierte Großmächte von sehr verschiedenem Gewicht.

Für den militärischen Sektor gilt, was sich, wie ich hoffe, noch in der Diskussion heute nachmittag auf anderen Gebieten, vor allem auf dem wirtschaftlichen Gebiet, zeigen wird: diese atlantische Partnerschaft bekommt ihre Bedeutung nicht erst nach der Vollendung, sondern bedeutend ist schon der Wachstumsprozeß, der Prozeß, um zu dieser Partnerschaft zu kommen. Jeder Tag, jeder Schritt hat seine Bedeutung, weil die positive Arbeit daran die Möglichkeit bietet, das Ziel zu erreichen, das man sich stellt, und der Wert liegt nicht erst im Ziel, sondern bereits im Weg.

**Fritz Erler:** Nur zwei Bemerkungen. Die eine, nicht unmittelbar zum Thema gehörig, bezieht sich auf eine kleine Geschichte, die man sich in Prag erzählt haben soll und die nun aus anderen Bereichen der Geographie ein Licht wirft auf eine ähnliche Diskussion, wie

wir sie hier führen: Zwei junge Tschechen unterhalten sich darüber, in welcher Armee sie denn im Idealfall eigentlich dienen wollten, in der sowjetischen Roten Armee oder in der amerikanischen Armee. Der eine Tscheche sagt: Ich würde lieber in der Roten Armee dienen. Sein Gesprächspartner ist verwundert und versteht das gar nicht. Darauf die Antwort: Doch, doch; ich möchte lieber in amerikanische Gefangenschaft geraten. - Soweit der eine Punkt. Nun zum militärischen Nutzen. In Deutschland ist mit einem großen Aufgebot an Scharfsinn versucht worden, die völlige Überflüssigkeit der MLF darzutun. Ich halte sie zwar auch nicht für der Weisheit letzten Schluß, aber überflüssig ist sie nicht; denn wenn sie nicht gemeinsam entsteht, müßten die Amerikaner ihre Polaris-Flotte auf jeden Fall haben. Die Polaris-Flotte ist jener Bestandteil der Abschreckung, der genauso dazugehört wie konventionelle Verbände, Grenzschutzeinheiten, Territorialverteidigung, Ziviler Bevölkerungsschutz bis zum Verteidigungswillen schlechthin. Alles zusammen bildet die Abschreckung, nicht eins für sich. Hier ist eine Waffengattung, die dadurch weniger verletzlich ist, daß der eine Teil taucht und der andere Teil, den man aus Mangel an Schiffsrohrkapazitäten und wegen der Kosten nicht unter das Wasser bringen kann, dann wenigstens auf dem Wasser schwimmt, weil er dort immer noch weniger leicht erreichbar ist, als wenn er sich auf dem europäischen Festland befinden würde, wo die Basen direkt vor der Haustür der Sowjetunion mit einem Tatenhieb ausgelöscht werden können. Daß ein solches Gesamtpotential von erheblicher militärischer Bedeutung ist, dürfte heute allmählich unbestritten sein.

Ich wollte, einfach weil wir unsere Diskussion unter dem Aspekt der Sicherheit führen, das hier noch hinzufügen, damit man sieht, daß die Sache nicht nur unter politischen, sondern auch unter militärischen Aspekten schon einen Sinn hat. Man könnte natürlich der Meinung sein: Die Amerikaner sollen das allein machen! Aber dann verpaßt man die Chance, bei diesem Potential in angemessener Weise mitsprechen zu können. Das ist dann wieder der politische Sinn der Sache.

**Käte Strobel:** Ich wollte gerade auf das eingehen, was der Diskussionsredner zum Ausdruck gebracht hat. Die Sicherheit im Rahmen der atlantischen Partnerschaft besteht nicht nur in der militärischen Verteidigung. Eine der wesentlichen Voraussetzungen für die Sicherung unserer Freiheit ist eine gesunde wirtschaftliche Entwicklung. Mir scheint das eine der wesentlichen Aufgaben der Partnerschaft zu sein: für eine gesunde wirtschaftliche Entwicklung in der Welt unseren Beitrag zu leisten. Wir müssen im Rahmen der Partnerschaft die wirtschaftlichen Fragen lösen. Das ist heute bei Herrn Jean Monnet schon angeklungen und in dem Beitrag unseres

schwedischen Freundes heute morgen ganz besonders deutlich geworden. Wenn Europa in sich selber wirtschaftliche Spannungen schafft, anstatt wirtschaftliche Spannungen zu beseitigen, muß man die Sorge haben, daß die wirtschaftliche Entwicklung nicht in gesunden Bahnen läuft, die uns in die Lage versetzen, wesentliche Probleme der Welt mit Erfolg zu lösen.

Ein solches wesentliches Problem ist, Armut und Hunger in der Welt mit Erfolg zu bekämpfen. Wir werden darauf bei dem Thema "Entwicklungsländer" sicher noch näher zu sprechen kommen. Ich bin überzeugt, daß bei der bevorstehenden Welthandelskonferenz Europa die Frage gestellt werden wird - und Europa muß sie beantworten -, welchen positiven Beitrag es insbesondere auf wirtschaftlichem Gebiet leisten kann und leisten will, um Armut und Hunger in der Welt zu begegnen.

Zur Frage der Kennedy-Runde im GATT möchte ich einen etwas positiveren Beitrag geleistet sehen, als das heute morgen zum Ausdruck kam. Ich bin der Meinung, daß der Kennedy-Runde im Zusammenhang mit den wirtschaftlichen Problemen der atlantischen Partnerschaft eine so außerordentliche Bedeutung zukommt, daß wir an ihrem Gelingen nicht zweifeln dürfen. Allerdings gibt es Gefahren. Insbesondere Freund Birkelbach hat darauf aufmerksam gemacht, daß die Kommission vom Ministerrat beauftragt worden ist, die Verhandlungen zu führen, daß sie dafür ein Mandat bekommen hat, daß aber damit noch nicht darüber entschieden ist, wer zum Schluß entscheidet, und daß auf Grund des Vertrages eben der Ministerrat die Entscheidung trifft.

Ich möchte das wieder auf unsere Aufgabe beziehen, einen Beitrag zur wirtschaftlichen Gesundung in der Welt zu leisten, und da würde ich sagen: eine 50%ige Zollsenkung, in der Kennedy-Runde im GATT erreicht, könnte doch dazu beitragen, die Entwicklung, die durch die Aufspaltung Europas in zwei Handelsblöcke entstanden ist, zu entschärfen. Es gibt Probleme der Disparität, die man nicht nur zwischen dem amerikanischen und dem europäischen Partner sehen darf, sondern die man auch zwischen den europäischen Partnern sehen muß. Man muß Obacht geben, daß die Gemeinschaft nicht um globaler Lösungen willen neue Disparitäten innerhalb der Gemeinschaft schafft. In der Kennedy-Runde kann die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft beweisen, daß es ihr ernst damit ist, einen Beitrag zu einer harmonischen Entwicklung des Welthandels zu leisten. Lippenbekenntnisse sind in dieser Beziehung schon sehr viele abgelegt worden, und ich kann verstehen, daß bei einem Teil unserer Handelspartner, sowohl in Europa als auch in der übrigen Welt - ich denke z. B. im Augenblick an Südamerika und die letzten Verordnungen, die in der EWG auf dem Gebiet der Agrarpolitik beschlossen worden sind -, große Besorgnis herrscht, weil die bisher

gefallten Entscheidungen, auch die noch offenen Entscheidungen und der Trend, den man aus der Diskussion über diese offenen Entscheidungen leider ersehen muß, wirklich befürchten lassen, daß es bei dieser Welthandelskonferenz und vor allem bei der Kennedy-Runde im GATT Probleme zu lösen gibt, auf die die Gemeinschaft bis jetzt noch keine positive Antwort gegeben hat. Ich denke z. B. daran, daß die deutsche Bundesregierung ständig betont, sie wolle die EWG zu einer liberalen Handelspolitik veranlassen, daß sie das auch unseren Handelspartnern, beispielsweise im Norden Europas, immer wieder verspricht, daß aber gerade die' Regierungen - und ich glaube sogar, allen voran die deutsche Bundesregierung - es waren, die bei den Verabschiedungen der Agrarverordnungen für die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft einen viel stärkeren Trend zum Protektionismus und zum übertriebenen Agrarschutz hineingebracht haben, als er in den ursprünglichen Entwürfen der EWG-Kommission zu erkennen war.

Ich will mich jetzt nicht mit den vielen Details befassen - sie sind nicht Gegenstand unserer Aussprache -, möchte aber doch noch an einem Beispiel deutlich machen, worum es geht. Man kann nicht gleichzeitig unseren Handelspartnern in Europa und in der Welt versprechen, daß wir ihnen den Platz auf unseren Märkten lassen, und dann ohne eine Entscheidung über unsere künftige Preispolitik in die Kennedy-Runde gehen. Im Augenblick ist es ja so, daß in der Agrarpolitik die Preise noch national zugrunde gelegt sind, und die Tatsache, daß davon restriktive Wirkungen auf den Handel innerhalb Europas ausgegangen sind, geht darauf zurück, daß in Teilen der Gemeinschaft die Preise, die in dieses Agrarschutzsystem eingebaut sind, zu sehr hohen Zoll- bzw. Abschöpfungsmauern gegenüber unseren Handelspartnern führen.

In der Kennedy-Runde muß die Gemeinschaft beweisen, und zwar durch ihre Agrarpolitik, daß es ihr ernst damit ist, wenn sie sagt, sie wolle keine Autarkiepolitik betreiben. Davon hängt der Erfolg der Verhandlungen ab, davon hängt es ab, ob eine harmonische Entwicklung des Welthandels möglich ist oder nicht.

In diesem Zusammenhang muß ich wieder auf das zurückkommen, was heute früh wiederholt angeklungen ist: Solange der Bundeskanzler sich nur mit Lippenbekenntnissen zu einer liberalen Handelspolitik begnügt und nicht in der Tat durch praktische Entscheidungen - ich denke hier an den Mansholt-Plan - eine solche liberale Handelspolitik auch möglich macht, solange muß man die Sorge haben, daß in der Kennedy-Runde nicht alle Probleme im Sinne einer gesunden wirtschaftlichen Entwicklung und eines stetigen, gleichmäßigen Wirtschaftswachstums in den beteiligten Staaten gelöst werden.

**Alfred Mozer:** Selbst auf die Gefahr hin, daß dabei einige Dinge wiederholt werden müssen, die man als bekannt voraussetzen darf, möchte ich doch ein paar Bemerkungen zu dem machen, was Käte Strobel über die Probleme der Kennedy-Runde gesagt hat. Der Vorschlag zur Kennedy-Runde, nämlich eine lineare Herabsetzung der Tarife um 50 %, ist als einer der Beiträge auf den vielen Gebieten, auf denen sich die atlantische Partnerschaft entwickeln muß, vom damaligen amerikanischen Präsidenten gemacht worden, und zwar in einem Augenblick, wo er von der Annahme ausgehen konnte, daß die zwei großen handelspolitischen Partner, die sich gegenüberstehen, die Vereinigten Staaten von Amerika und eine erweiterte Europäische Wirtschaftsgemeinschaft sein würden.

Es war vor dem französischen Veto gegen diese Erweiterung. Dieses Veto hat schon den möglichen Inhalt, das mögliche Ergebnis der Kennedy-Runde erheblich reduziert. Wenn Sie sich nämlich erinnern: In dem Vorschlag zur Kennedy-Runde war mit aufgenommen, daß man nicht nur die Tarife um 50 % kürzen sollte, sondern daß man in allen Fällen, wo der Handel in einem Produkt zwischen diesen beiden großen Handelsgebieten mehr als 80 % des Welthandels umfaßt, die Tarife auf null reduzieren sollte. In der ursprünglichen Kennedy-Konzeption gab es die Chance, für 24 oder 25 Produkte dieses Ziel der Null-Tarife zu erreichen. Dadurch, daß die Erweiterung der Gemeinschaft nicht stattfand, ist die Liste der 25 Produkte auf drei reduziert: auf Jet-Flugzeuge, auf Parfüm und auf Margarine. Wenn Sie sich vorstellen, daß dieser Vorschlag nicht in erster Linie auf das Ziel gerichtet war, daß diese beiden Handelsgebiete sich gegenseitig große Vorteile verschaffen sollten, sondern darauf, daß der Effekt für die dritten Länder sein sollte, dann werden Sie begreifen, daß diese Reduzierung der Liste von 25 auf drei, für die die Chance der Null-Tarife besteht, schon eine erhebliche Reduzierung dessen ist, was als positives Resultat herauskommt.

Gestatten Sie mir auch ein Wort zugunsten der internen Verhandlungen innerhalb der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Es besteht die Neigung, daß man auch in unserem eigenen Kreise die Ursachen für etwa kommende Schwierigkeiten nur bei uns sucht. Das ist eine zu billige Argumentation. Das ist eine Art der Selbstkritik, die ihre Grenzen haben sollte.

Lassen Sie mich zwei Dinge vorausschicken. Ich bin genau wie Käte Strobel von der absoluten Notwendigkeit eines positiven Ergebnisses überzeugt, und ich sehe diese Verhandlungen im Rahmen einer uneingeschränkten Überzeugung von der Notwendigkeit der Atlantischen Partnerschaft, die entwickelt werden muß. Darüber gibt es keine Diskussionen. Aber auch innerhalb dieses abgrenzten Charakters sollte man sich bewußt sein, daß die Verhandlungen

hart sein werden, hart sein müssen. Eine wirklichkeitsfremde Verbrüderungsargumentation hilft uns nicht weiter, wenn wir nur das Ziel sehen, von dem ich gesprochen habe.

Dann überlegen sie sich einmal: Die Richtlinie, die die Kommission für die Verhandlungen in Genf mitbekommt, wird im Ministerrat durch sechs Regierungen, das Sekretariat des Ministerrats, die Kommission und all die Sachverständigen dieser Regierungen und europäischen Organe ausgearbeitet. Es ist also ein vertrauliches Gespräch zwischen ungefähr 100 Leuten.

Das heißt praktisch, daß unser Mandat auf dem Tisch liegt. In Washington hören Sie heute eine Stellungnahme - positiv, negativ - zu irgendeinem Vorschlag, und das ist eine Verhandlungsposition. Ob das das erste, das zweite oder das letzte Wort ist, weiß man nicht. Unser Mandat liegt auf der Straße. Man soll sich bewußt sein, daß sich daraus gewisse Schwierigkeiten in den Verhandlungen ergeben.

Wenn wir heute z. B. über die Frage der sogenannten Disparitäten streiten, ob es dafür eine besondere Lösung geben kann und geben muß, dann ist es ehrlich und nicht einseitig, festzustellen, daß die sechs Länder der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft schließlich vor einigen Jahren einen gemeinsamen Außentarif erarbeiten mußten, der gelegen ist zwischen zwei Hochtarifländern, nämlich Frankreich und Italien, und zwei Niedrigtarifgebieten, der Bundesrepublik und den Benelux-Ländern, und daß bei der Erarbeitung dieses gemeinsamen Außentarifs eine Harmonisierung stattgefunden hat, wodurch die Spitzen in den einzelnen nationalen Tarifen teilweise reduziert wurden. Dadurch steht heute in den Verhandlungen dem europäischen gemeinsamen Außentarif ein amerikanischer Tarif gegenüber, der in mancher Beziehung den Eindruck wie die Fieberkurve eines Malariakranken macht. Daß aus dieser Gegensätzlichkeit ein echtes Problem der Disparitäten entsteht, das man, wenn es sich stellt, nicht ohne weiteres als den Ausdruck der Unwilligkeit abweisen kann, das sollte man sehen. Hier gibt es also Punkte, glaube ich, in denen eine Solidarität der Europäer für die Verhandlungsposition, immer unter dem Gesichtswinkel des Zwangs zur Übereinstimmung mit dem Partner, gegeben ist.

Andererseits - und darin kann ich Käte Strobel bestimmt nicht widersprechen - besteht natürlich eine merkwürdige Disparität zwischen Proklamationen, daß man ein positives Ergebnis will und die Landwirtschaft mit einbeziehen will, und der Tatsache, daß man dann eine Landwirtschaftspolitik betreibt, die den alten nationalstaatlichen Staatshandelspraktiken entspricht und nicht dem echten Versuch, die Landwirtschaft zu einem integrierten Teil der Gesamtwirtschaft zu machen. Das ist die Konzeption der Kommission in Brüssel. Ihr System der Abschöpfungen ist nur der Versuch, die

Landwirtschaft endlich aus der wirtschaftlichen Isolation zu holen und in die Gesamtwirtschaft einzugliedern.

Wenn man also theoretisch das positive Ergebnis befürchtet, sich aber gleichzeitig weigert, auf dem Gebiete der Landwirtschaftspolitik die Schlußfolgerungen zu ziehen, die eine Voraussetzung sind, dann kommt man in der Tat in einen merkwürdigen Widerspruch. Meine Damen und Herren, ich kann es hier vielleicht nur mit einem Beispiel sagen: Wenn eine Mutter ihrem Kinde sagt: Du sollst nicht lügen, dann ist das eine vernünftige Erziehungsmethode. Aber Glaubwürdigkeit bekommt dieser Satz erst, wenn Wort und Tat in Übereinstimmung sind. Wenn dieselbe Mutter dem Kind am nächsten Morgen sagt: Es hat geklingelt, geh einmal an die Türe und sage, ich sei nicht zu Hause, dann sind Wort und Tat nicht mehr in Übereinstimmung.

**Ernst Paul:** Wenn wir in Sorge um Europa sind, dann sollten wir auch sehr in Sorge um den Frieden in Europa sein. Ich sehe diesen Frieden in Europa sehr gefährdet im Konflikt, der auf der Insel Zypern vor einigen Wochen ausgebrochen ist und der zu sehr unerfreulichen Erscheinungen geführt hat. Auf Zypern werden Menschen erschlagen, auf Zypern werden die Menschenrechte mit Füßen getreten, und nur die Anwesenheit ziemlich massiver englischer Streitkräfte hat bisher den Ausbruch noch gefährlicherer Massaker verhindert.

Wir haben uns von der ersten Stunde dieser Ereignisse an ernste Sorgen gemacht, und wir haben geprüft, was wir dagegen tun können. Die SPD-Fraktion in der Beratenden Versammlung des Europarates hat im Einverständnis mit der Führung der SPD-Bundestagsfraktion den Präsidenten der Beratenden Versammlung aufgefordert, eine Vermittlungsaktion einzuleiten. Diese Angelegenheit war wenige Tage später Gegenstand einer sehr eingehenden Aussprache bei der Turnussitzung der Beratenden Versammlung Anfang Januar. Wir haben dann durch eine Entschließung den Politischen Ausschuß beauftragt, zu gegebener Stunde einzugreifen. Soweit ich informiert bin - ich war nicht dabei - hat der Politische Ausschuß gestern getagt und den Beschluß gefaßt, das Ministerkomitee zu beauftragen, die Angelegenheit zu behandeln und einzugreifen. So weit, so gut.

Genügt das aber schon? Ich glaube nicht, daß das ausreicht. Wir müssen in dieser Sache mehr tun. Wir sollten alle mehr tun, in den nationalen Parlamenten sollten wir über diese Dinge reden. Die Öffentlichkeit und auch die Presse beschränken sich meistens darauf, einfach die Ereignisse zu registrieren, mit Bedauern zu registrieren, und gelegentlich auch Urteile zu fällen. Wir haben es noch nicht vermocht, den großen moralischen Appell an die Bevölkerung Zyperns zu richten, der erforderlich wäre. Wir können nicht

zuungunsten oder zugunsten des einen oder des anderen Teils, des griechischen oder des türkischen Teils der Bevölkerung dieses Landes Stellung nehmen. Aber wir können auch nicht schweigen.

## Entwicklungsländer

**Hans-Jürgen Wischnewski:** Zwei Drittel der Welt leben in Not und Elend, und es ist eine Selbstverständlichkeit, daß große, gewichtige, bedeutungsvolle Wirtschaftsräume wie z. B. der Raum Europa, insbesondere die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, aber auch die Atlantische Partnerschaft, dieser Situation gegenüber eine gleiche Verantwortung zu tragen haben.

Die Abnahme von Produkten, insbesondere von tropischen Produkten, aus den Entwicklungsländern durch die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, durch die Atlantische Partnerschaft, ist für die Entwicklungsländer geradezu eine Lebensfrage, und wenn in kürzester Zeit Zollverhandlungen stattfinden, dann werden diese Zollfragen von ganz besonderer Bedeutung sein. Für uns scheint es von entscheidender Bedeutung zu sein, daß alle Industrieländer bereit sind, ihre Zölle für tropische Erzeugnisse auf null herabzusetzen. Das ist ein großer Beitrag, den wir diesen Ländern gegenüber zu leisten haben. Das gilt aber nicht nur für die Zölle, sondern auch für ähnliche Abgaben. Ich darf daran erinnern, daß wir insbesondere in der Bundesrepublik auf einige tropische Erzeugnisse ganz erhebliche Steuern zahlen und daß durchaus noch die Möglichkeit gegeben wäre, mehr von diesen Produkten abzunehmen.

Wenn wir uns aber auch über die Frage der Atlantischen Partnerschaft zwischen den Vereinigten Staaten und Europa unterhalten, scheint mir in unserem Verhältnis zu den Entwicklungsländern eine Regionalplanung von großer Bedeutung zu sein. Die Vereinigten Staaten von Amerika haben besonders enge Verhältnisse zu den lateinamerikanischen Ländern und werden sich dort besonders engagieren. Die europäischen Länder haben besondere Beziehungen zu den afrikanischen Ländern und haben hier besondere Verantwortung zu tragen. Beide werden wir uns gemeinsam um die Verhältnisse in Asien zu bemühen haben.

In diesen Tagen hat der Deutsche Bundestag ein wichtiges internationales Abkommen ratifiziert, das Assoziierungsabkommen mit 17 afrikanischen Ländern und Madagaskar, ein Abkommen, das die Zusammenarbeit und die Hilfe der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft für 17 afrikanische Länder und Madagaskar regelt, ein überaus bedeutungsvolles Abkommen, das auf einer neuen, völlig gleichberechtigten Grundlage unser Verhältnis zu einem Teil der Entwicklungsländer reguliert. Dennoch glaube ich, wir müssen für die

Zukunft bemüht sein, in stärkerem Maße als bisher zu einer gemeinsamen Politik gegenüber dem afrikanischen Kontinent zu kommen.

Wir haben jetzt vier Gruppen von Ländern in Afrika. Wir haben assoziierte Länder, wir haben solche, für die es eine Assoziierungsabsichtserklärung in den Römischen Verträgen gibt, wir haben Länder, die dem Commonwealth angehören, und wir haben eine vierte Gruppe von solchen Ländern, die weder dem Commonwealth angehören, noch assoziiert sind, noch für die eine Absichtserklärung besteht. Die Laufdauer des Assoziierungsabkommens für die nächsten fünf Jahre sollte uns Anlaß sein, mit den Vereinigten Staaten von Amerika zu einer gemeinsamen Politik den afrikanischen Ländern und allen assoziierten Ländern gegenüber zu kommen.

Wir freuen uns, daß afrikanische Länder in der Zwischenzeit ihr Interesse dem gemeinsamen Europa gegenüber bekunden. Zur Zeit laufen Verhandlungen mit Tunesien und Marokko, mit dem größten und bedeutungsvollsten afrikanischen Land, mit Nigeria, aber auch mit den ostafrikanischen Ländern Tanganjika, Uganda und Kenia. Wir glauben, daß durchaus eine Möglichkeit gegeben ist, das Bild zu Gunsten einer gemeinsamen Politik gegenüber Afrika zu verändern. Wir können nicht nur die 18 sehen, sondern eine so große Gemeinschaft wie die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft muß bemüht sein, die Situation allen Entwicklungsländern gegenüber zu sehen. Ich freue mich, daß wir in den letzten Tagen dazu einige positive Fortschritte haben machen können.

**Fritz Erler:** Vielleicht läßt sich an dieser Stelle noch ein aktuelles Problem einflechten. Es handelt sich hier um eine Abstimmung der europäischen Industriestaaten, also sowohl derer, die der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft angehören, als auch der anderen, mit den Vereinigten Staaten von Amerika über eine gewisse Zusammenarbeit in der Entwicklungshilfe in anderen Ländern der Welt. Ich will jetzt nicht auf die komplizierten Fragen, die dort im Zusammenhang mit der Stellungnahme auf der zu erwartenden Welthandelskonferenz der Vereinten Nationen auftauchen, eingehen, auch nicht die Kennedy-Runde, die hier schon besprochen worden ist, erwähnen, sondern nur einen Punkt herausgreifen.

Wenn wir mit anderen Partnern innerhalb der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft ohne Ausnutzung der Instrumente dieser Gemeinschaft uns abstimmen, fängt das an, unter Umständen politische Nebenwirkungen zu haben. Wir müssen daher auch die deutsche Tätigkeit, sei es, daß sie sich auf die Kredithingabe, sei es, daß sie sich auf die Verpflichtungen zur Abnahme von Waren, sei es, daß sie sich auf die Bereitstellung von Experten und andere Fragen erstreckt, mit unseren Partnern erörtern. Wir sind ja außerdem auch Mitglied der Organisation der OECD. Sie ist ausdrücklich

für die Zusammenarbeit der freien Länder in der Entwicklungshilfe geschaffen worden.

Ich sage das, weil eine Tendenz sichtbar geworden ist, mit unseren französischen Freunden zu Sonderabsprachen zu kommen, was Südamerika angeht. Ich weiß, daß es bestimmte Gebiete in der Welt gibt, in denen wir nicht alle gleichermaßen beliebt sind, in denen also das eine Land sich im Interesse der westlichen Sache eher engagieren kann als ein anderes. Wir wissen z. B., daß in manchen afrikanischen Gebieten die ehemalige Kolonialmacht nach wie vor sehr gerne gesehen ist. In anderen wieder ist es genau umgekehrt, da möchte man lieber einen anderen auf diesem Gebiet sehen. Wir wissen, daß es gewisse psychologische Hemmungen in Lateinamerika gegenüber manchen Ungeschicklichkeiten der amerikanischen Politik gegeben hat. Dies darf kein Grund sein, in solchen Gebieten, in denen einer unserer Freunde manchen Hemmungen begegnet, ohne Absprache mit ihm oder gar hinter seinem Rücken zu wirken. Ich würde es für unerfreulich halten, wenn etwa die Bundesrepublik Deutschland dergleichen in früher französischen Teilen Afrikas täte. Das müssen wir im Rahmen der Gemeinschaft und erst recht mit unseren französischen Freunden erörtern. Ich hielte das gleiche aber auch für unerfreulich, wenn etwa Franzosen und Deutsche Ähnliches in Lateinamerika ohne sorgfältige Absprache mit den Vereinigten Staaten von Amerika unternähmen. Man kann unter Umständen eine politische Entwicklung in Gang setzen, die sich dann zum Nachteil von uns allen bemerkbar machen würde. Wir dürfen niemandem erlauben, westliche Länder gegeneinander auszuspielen. Wir sollten auch kein Vehikel schaffen, mit dem etwa ganz anders geartete Interessen - nicht sowjetische, aber z. B. chinesische - einen Zugang dort finden würden, wo sie einem unserer Freunde nicht gerade erwünscht wären.

Dieses Problem wollte ich hier doch in allem Freimut angeschnitten haben, um darauf aufmerksam zu machen, daß wir Sozialdemokraten es natürlich begrüßen, wenn die Bundesrepublik Deutschland ihre Verpflichtungen auf dem Gebiete der Entwicklungshilfe nicht nur in Afrika sieht. Wir haben uns immer gegen eine sehr einseitige Begrenzung ausgesprochen. Aber ich möchte, daß, wenn wir über dieses Gebiet hinausgehen, das in Absprache mit anderen unserer Freunde geschieht. Denn Entwicklungshilfe als Spitze gegen einen Freund statt als Freundschaftsdienst für einen künftigen Freund schiene mir ein gefährliches Unternehmen zu sein.

**Dr. Schreiber:** Ich möchte mir erlauben, noch einmal auf die Frage der Koordinierung der Entwicklungshilfe der Bundesrepublik und Frankreichs gegenüber Südamerika zu sprechen zu kommen, die Herr Erler bereits angeschnitten hat. In der Tat muß man sich fragen, ob nicht in dieser an sich begründeten Ordnung der Vielfalt

in der Entwicklungshilfe nicht auch ein gewisser Antagonismus gegenüber unseren Partnern auf dem schwierigen südamerikanischen Kontinent zu sehen ist.

Ich sehe jedoch noch eine zweite Schwierigkeit: Nachdem sich die Mehrzahl der südamerikanischen Staaten bei der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft hat akkreditieren lassen, nachdem diese Staaten in beredten Worten auf die Schwierigkeiten hingewiesen haben, die ihnen - richtig oder auch falsch - gegenüber der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft entstehen, hat sich die Kommission entschlossen, dem Ministerrat Vorschläge zu unterbreiten, wie durch eine Koordinierung der Finanzhilfe und der technischen Hilfe sowie durch handelspolitische Maßnahmen unseren südamerikanischen Partnern geholfen werden könnte. Diese Vorschläge der Kommission sind zum größten Teil am Widerstand Frankreichs gescheitert.

Ich möchte hier das Wort von Herrn Wischnewski zitieren, daß es nicht zu einem Anklagezustand der Wirtschaftsgemeinschaft kommen darf. In diesem Fall war es dazu gekommen. Ich würde es sehr bedauern, wenn die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft die Minuspunkte einsammeln müßte, während es den bilateralen Koordinierungsmaßnahmen der einzelnen Vertragsstaaten vorbehalten bliebe, die Pluspunkte einzusammeln.

Ich würde es begrüßen, wenn eventuell über die SPD-Bundestagsfraktion die Bundesregierung ersucht werden könnte, bei ihrem französischen Partner darauf hinzuwirken, daß die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft in die Lage versetzt wird, gegenüber den südamerikanischen Staaten eine positive und konstruktive Politik zu führen.

## Ost-West-Verhältnis

**Dr. Carlo Schmid:** Die Welt befindet sich heute in einem recht labilen politischen Gleichgewicht, einem Gleichgewicht des Schreckens, wie man sagt, einem Gleichgewicht, das in Washington und in Moskau polarisiert ist. Eine dritte Macht versucht, anstelle dieses Zwei-Mächte-Gleichgewichts ein polyzentrisches Gleichgewicht zu schaffen. Wir wissen, daß de Gaulle bei der Anerkennung der Regierung in Peking als der chinesischen Regierung Gedanken dieser Art verfolgt hat.

Nun mag dem sein, wie ihm will; ich glaube, das Grundproblem bleibt sich gleich. Wie ist die Situation kurz zu charakterisieren? Beide Seiten, Ost und West - ob der Osten nun aus zwei Blöcken besteht oder nur aus einem, spielt in diesem Zusammenhang keine Rolle -, haben Nahziele und Fernziele. Der Osten hat das Nahziel,

das, was er hat, zu behalten und auszubauen; und das Fernziel, das sich immer gleichbleiben wird, solange die Kommunisten an der Regierung sind, ist eben, den "Auftrag der Weltgeschichte" zu vollstrecken, d. h. diese Welt kommunistisch zu machen, in Formen, an die die Väter dieser Vorstellungen nicht gedacht haben, nämlich in Formen einer imperialistischen Politik.

Wir leben im Zustand des Kalten Krieges. Das ist der heutige Ausdruck für dieses labile Gleichgewicht des Schreckens. Der Osten versucht, seine Position auszubauen und auf sein Endziel auszurichten.

Der Westen versucht, zu verhindern, daß sich der Status quo, wie er heute ist, so schlecht er auch sein mag, noch weiter verschlechtert. Er versucht oder sollte versuchen, die Ursachen der Spannungen mit zu beseitigen, die zu diesem Zustand des Kalten Kriegs geführt haben und ihn weiter aufrechterhalten. Diese Ursachen werden erst beseitigt sein, wenn das Selbstbestimmungsrecht der Völker nicht nur theoretisch anerkannt ist, sondern auch in der Realität durchgeführt wird. Das dritte Ziel, das eigentliche Ziel ist, nachdem das alles geschehen ist, nachdem die Spannungsursachen beseitigt sind, der Welt eine Ordnung zu geben, die es den Völkern erlaubt, in Frieden zu leben und sich in Frieden zu entfalten. Ob das in Form einer UNO oder anders vorgestellt wird, ist hier nicht von besonderer Bedeutung.

Das Eigentümliche für den Westen ist, daß alle diese drei Ziele zusammengehören und daß auf allen diesen drei Ebenen operiert werden muß, wenn Fortschritte erzielt werden sollen. Denn auch hier besteht eine Interdependenz: man kann nicht auf der einen Ebene vorwärtskommen, wenn man die anderen nicht gleichzeitig im Auge hat. Man muß verhandeln, um hier voranzukommen, und hier gibt es eine Reihe von Widerständen auf der Seite des Westens selbst.

Die einen sagen: Man kann mit den Russen nicht verhandeln, denn schon mit ihnen zu verhandeln bedeutet eine Preisgabe, da die Russen, um sich auf Verhandlungen einzulassen, schon Vorleistungen verlangen, die man geben muß und für die es entsprechende Gegenleistungen nicht gibt; die Russen haben dann zwei Punkte gewonnen und der Westen einen Punkt verloren; wozu dann sich auf den Verhandlungsweg begeben?!

Auf der anderen Seite wird gesagt - meist sind es dieselben, die dieses andere sagen -: Wenn man die Konfliktsituation entschärft, so verstärkt man dadurch schon die Position der Russen, weil bei Entschärfung der Westen meist weicher wird, nicht mehr so sehr

entschlossen ist, sich zusammenzuschließen, einheitlich gegen die Gefahr zu operieren, die ihm droht.

Und schließlich: Es hat keinen Sinn, auf periphere Veränderungen auszugehen, das alles verschleiert nur die eigentliche Lage. Einen Sinn hätte nur, auf die Lösung der Kernprobleme auszugehen, und zu denen können wir, so wie die Dinge heute sind, nicht vorstoßen. Also hat es wenig Sinn, sich auf den Verhandlungsweg zu begeben. Wir können bestenfalls einige kleine Schaufegechte führen, kommen aber nicht weiter. Wahrscheinlich wird das einzige wirkliche Resultat sein, daß der Westen dabei langsam auseinander kommt.

Was meine Meinung zu diesen Dingen anbetrifft: Die meisten dieser Leute haben recht. Es sind das alles Halbwahrheiten, und man muß sie kennen. Schlimm wird es, wenn man diese Halbwahrheiten verabsolutiert, zu Wahrheiten schlechthin macht. Wenn wir das tun, kommen wir nirgends hin, bestenfalls in Teufels Küche. Es ist wohl so, daß wir heute noch nicht zu den zentralen Problemen vorstoßen können. Die Kernprobleme können wir noch nicht attackieren. Wir werden uns mit Randerscheinungen begnügen müssen. Aber am Rande der Situation sind recht schmerzhaft Dinge, recht böse Dinge, die uns weh tun, die allen weh tun und die Gefahren in sich bergen. Ich meine, der Umstand, daß ein Arzt noch nicht imstande ist, die eigentliche schwere Krankheit eines Patienten zu heilen, sollte ihn nicht davon abhalten, die kleineren Übel zu heilen, an denen der Patient auch leidet. Erstens wird damit etwas schon in sich selber Gutes getan, und zweitens verstärkt das vielleicht die Widerstandskraft des Organismus und hilft ihm, gegen das Kernübel besser anzugehen.

Bei diesen Dingen kann Europa nicht allein vorgehen; das ist kein Zweifel. Hier ist die Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten von Amerika die Voraussetzung für Erfolg auf jeder dieser drei Ebenen. Denn der europäische Westen hat für sich allein nicht genügend politischen Raum - ich meine es nicht nur geographisch -, um bei Verhandlungen mit den Sowjets Kompensationsangebote machen zu können oder umgekehrt Nachteile im Aussicht stellen zu können, die den Sowjets nicht gleichgültig sein können. Einen solchen breiten Verhandlungsraum hat der Westen nur, wenn dieser Westen aus Europa und den Vereinigten Staaten von Amerika besteht.

Wenn man diese Lage sieht, dann sieht man auch bestimmte Dinge, bei denen beide Teile, der Osten und der Westen, identische Interessen haben. Zum Beispiel haben beide Teile ein Interesse daran, daß der Rüstungswettbewerb nicht Formen annimmt, die beide Teile finanziell und auch anders ruinieren. Auf diesem Feld können beide Teile dasselbe Interesse haben, nämlich sich in Rüstungsfragen zu arrangieren, so daß man, ohne daß dem einen ein Vorteil und

dem anderen ein Nachteil zuteil wird, bestimmte Rüstungsmaßnahmen einhält, damit beide Teile Kosten sparen und hierfür nicht mehr Mittel aufzuwenden brauchen, die besser für andere Dinge verwendet werden können. Das ist eine der Ursachen gewesen, die zu dem Moskauer Abkommen über den Stopp der Atomtests geführt haben.

Ein anderes gemeinsames Interesse ist gewesen, zu verhindern, daß es aus Mißverständnis zum Ausbruch des Krieges kommt. Man hat sich auf den "heißen Draht" zwischen Moskau und Washington geeinigt.

Eine alte Sache ist der Staatsvertrag mit Österreich, wo auch beide Teile identische Interessen hatten: an einem bestimmten Punkt Europas einen erträglichen Zustand herbeizuführen. Für Ostasien gilt Ähnliches.

Auf diesen Gebieten kann man versuchen, zu einer Einigung zu kommen. Aber freilich ist dabei zu bedenken, daß keinem der beiden Teile, Ost und West, etwas zugemutet werden darf - wenn Verhandlungen einen Sinn haben sollen -, was aus seiner Sicht einen Verzicht auf Dinge involviert, die er selber für unverzichtbare Nebeninteressen hält. Das ist heute noch eine absolute Schranke. Das könnte sich eines Tages ändern, aber heute existiert diese Schranke noch, und niemand wird sie beseitigen können.

Wichtig ist, daß man bei den Verhandlungen, die auf diesen Gebieten geführt werden, nie das nächste Ziel und das eigentliche Ziel auf das es ankommt, aus dem Auge verliert, nämlich die Beseitigung der Ursachen, die zu den Spannungen unserer Zeit geführt haben. Wenn man so prozediert, besteht eine gewisse Chance, daß man langsam, allmählich vorankommt auf dem Wege, der zur Lösung der zentralen Aufgaben hinführen könnte. Rezepte gibt es dafür nicht, man kann sie nicht vorschlagen; aber man kann gewisse Modellvorstellungen entwickeln, an denen wir uns in der recht diffusen Situation, in der wir uns befinden, orientieren könnten.

Wie zu Eingang gesagt, ist hier ein Fortschritt nur zu erwarten, wenn Europa und die Vereinigten Staaten auch auf dem Feld der Regelung der Ost-West-Beziehungen kooperieren. Eines der entscheidenden Dinge ist dabei - leider muß man auch hier wiederum von Sicherheitsproblemen, von militärischen Fragen sprechen -, daß die Vereinigten Staaten von Amerika nach wie vor einverstanden sind, amerikanische Truppen auf europäischem Boden zu unterhalten. Ich glaube nicht, daß es möglich sein wird, die Amerikaner dahin zu bringen, dies noch lange zu tun, wenn man von Europa aus immer weniger geneigt ist, sich mit den Amerikanern zusammen zu überlegen, wie man die Ost-West-Beziehungen entschärfen könnte,

ohne dabei die Verteidigungskraft herabzusetzen, entschärfen, damit auf beiden Seiten ein Zustand geschaffen wird, der weniger Gefahren in sich birgt als der heutige Zustand, ein Zustand geschaffen wird, den zu ertragen leichter ist als das, was bisher geschehen ist und geschehen mußte. Dieser Zustand kann nur geschaffen werden, wenn dieses Europa sich in den Stand versetzt, ein *interlocuteur valable* für die Vereinigten Staaten von Amerika zu sein, - das gleiche Problem, das im Zusammenhang mit den Dingen besteht, die wir hier unter dem Zeichen der Kennedy-Runde behandelt haben.

# TATSACHEN - ARGUMENTE

Sonderausgabe XIX

April 1964

## **Europa-Kongreß der SPD-Bundestagsfraktion**

am 25. und 26. Februar 1964 in der Stadthalle in Bad Godesberg

### Zwei Arbeitsgemeinschaften

# Aus der Diskussion

## Arbeitsgemeinschaft

### »Außenbeziehungen

### der EWG«

**Dr. Firnber** (Österreich): In dem einführenden Referat ist die Frage der Assoziierung Österreichs mit der EWG aufgeworfen worden. Um alle Irrtümer auszuschließen, möchte ich feststellen: Österreich war und ist sich völlig klar darüber, daß es - so wünschenswert es wäre - außerhalb des Bereichs der realen Möglichkeiten liegt, Mitglied der EFTA zu sein und ein Arrangement mit der EWG zu haben.

Die Gespräche über ein Arrangement mit der EWG sind in völligem Einvernehmen mit unseren EFTA-Partnern geführt worden. Die EFTA-Partner haben absolut Verständnis für die besondere Lage in Österreich. Ich möchte nur am Rande vermerken, daß der Schlag, der England und den ganzen europäischen Gedanken getroffen hat, als die Verhandlungen mit England vertagt wurden, alle EFTA-Länder getroffen hat. Die EFTA-Partner haben also Verständnis für unsere besondere Lage, und die EWG hat gleichfalls Verständnis dafür.

Das allein charakterisiert die österreichische Situation. Die Hälfte unseres Außenhandels spielt sich im EWG-Raum ab. Aber die an-

dere Hälfte spielt sich außerhalb des EWG-Raums ab, nicht zuletzt auch bei unseren EFTA-Partnern.

Es ist also niemals um die Frage gegangen: Arrangement mit der EWG und Mitgliedschaft in der EFTA. Vielmehr sind wir uns, nachdem es sich vorläufig nur um Vorgespräche über ein Arrangement mit der EWG handelt, klar darüber, daß jetzt noch nicht der Zeitpunkt für Gespräche über einen Austritt aus der EFTA gekommen ist; denn das würde für uns unter Umständen eine sehr gefährliche Zeitspanne bedeuten, in der wir kein Arrangement mit der EWG hätten, aber aus der EFTA ausgeschieden wären. Eine solche Isolierung könnten wir außenwirtschaftlich keineswegs tragen.

Ich möchte auch nicht verhehlen, daß es nach österreichischem Standpunkt um so schwieriger sein wird, uns aus der EFTA zu lösen, je länger diese Vorgespräche dauern; denn zugleich mit dieser Zeitspanne wächst auch unsere Verflochtenheit mit den EFTA-Ländern.

**Jean Fohrmann** (Luxemburg): Käte Strobel hat sich in ihrem Bericht mit der Frage der Außenbeziehungen der europäischen Gemeinschaften befaßt, also der Gemeinschaften, nicht nur der EWG.

Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß bei der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl eine Assoziierung wie bei der EWG nicht möglich ist. Darin liegt eine Schwäche; denn die Sowjetunion kann mit diesem wichtigen Teil ihrer Produktion - Kohle und Stahl - operieren, während wir in diesem Sektor einstweilen auf die Assoziierung verzichten müssen. Es gibt zwar Länder, die der Gemeinschaft für Kohle und Stahl beigetreten sind, aber nicht in einem reinen Assoziierungsprozeß oder in Form eines Vertrages, wie dies bei der EWG möglich ist.

**Van der Goes van Naters** (Niederlande): Grundsätzlich bin ich mit Käte Strobel einig. Das ist unsere Gesamtpolitik, die sie dargelegt hat.

Ich möchte drei Bemerkungen machen:

1. Was Käte Strobel über Israel gesagt hat, findet meine volle Zustimmung. Ich möchte daran erinnern, daß wir uns seit 1959 mit dem Problem Israel beschäftigen. Das ist peinlich.
2. Zu den Entwicklungsländern gibt es bilaterale und multilaterale Beziehungen. Nach meiner Meinung sollte es auch etwas geben, was dazwischen liegt. Namentlich sollten die bilateralen Beziehungen unserer sechs Länder zu den Entwicklungsländern im Rahmen der Wirtschaftsgemeinschaft koordiniert werden, damit wir zu einer Ge-

samtpolitik kommen, auch wenn die Beziehungen der Form nach bilateral sind.

Für Deutschland scheint mir diese Frage sehr wichtig zu sein. Deutschland hat viele, sehr kostspielige bilaterale Beziehungen mit Afrika und mit anderen Erdteilen. Dafür gibt es zahlreiche bekannte Ursachen. Aber die bilaterale Methode hat Nachteile. Sie führt zu einer gewissen Abhängigkeit der Entwicklungsländer. Darum hoffe ich, daß Sie daran mitarbeiten können, daß diese bilateralen Beziehungen, auch die zwischen der Bundesrepublik und den Entwicklungsländern, zwar nicht abgebaut - das würde wohl nicht möglich sein -, aber doch soweit wie möglich mit den unseren innerhalb der EWG im Interesse einer Gesamtpolitik gegenüber den Entwicklungsländern koordiniert werden.

Wir sind wohl in unserer Fraktion alle der Meinung, daß die multilateralen Beziehungen bevorzugt werden müssen. Ich glaube, wir sind uns auch einig darüber, daß die EWG-Beziehungen vorrangig sind. Nur dort gibt es eine gesamtparlamentarische Vertretung, dort stehen sich europäische und afrikanische Parlamentarier gegenüber.

Wir haben vor drei Tagen in Messina eine Tagung mit Vertretern der 18 afrikanischen assoziierten Länder abgehalten, und ich muß sagen: wir hatten immer den Eindruck, daß die Afrikaner die institutionelle Seite, die Gleichberechtigung, den gesamtparlamentarischen Einfluß für sehr wichtig halten.

3. Käte Strobel hat von den Verhandlungen der EWG mit Nigeria, Tanganjika, Uganda und Kenia gesprochen. Sie hat dafür plädiert, so viele Länder wie möglich zu assoziieren und die Mitgliederzahl möglichst zu erhöhen.

Natürlich müssen wir offen sein und unsere Auslandsbeziehungen pflegen. Aber unsere *raison d'être* besteht darin, daß wir eine Wirtschaftsunion sind, und eine Union hat eine gewisse Disziplin, sonst ist es keine Union. Bleibt diese innere Disziplin, diese innere Geschlossenheit, wenn wir zu gleicher Zeit viele Mitglieder und viele Assoziierte zu uns fügen? Ein französisches Sprichwort lautet: -*Qui trop embrasse, mal étreint*". Das ist für mich die Frage. Man muß ja sagen, aber man muß vorsichtig darin sein und es graduell machen. Die Offenheit ist eine Wahrheit für uns, aber auch die Union, das Zusammensein ist eine Wahrheit, und die muß man immer ins Auge fassen.

**Fernand Dehousse** (Belgien): In erster Linie geht es um die Beziehungen zwischen dem Europa des Gemeinsamen Marktes, und dem, was man in der Straßburger Terminologie die Drittländer

nennt. Zu dieser grundsätzlichen Frage muß man natürlich im Augenblick sagen, daß die Zukunftsaussichten nicht sehr ermutigend sind. Das Problem des britischen Beitritts ist bis zur nächsten Wahl in England im Juni oder Oktober vertagt.

In der Zwischenzeit hört man viele Deklarationen, die nicht sehr erfreulich sind. Andererseits gibt es ein Schweigen, das uns auch wenig Freude macht.

Wer den Gang der Ereignisse in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft aufmerksam verfolgt, der muß aber doch wohl zu dem Ergebnis kommen, daß trotz der politischen Unbeweglichkeit die technische und wirtschaftliche Entwicklung beträchtlich voranschreitet. Nach dem gegenwärtigen Stand der Dinge müssen wir sagen: wenn wir so weiterarbeiten wie bisher, werden wir einen immer tieferen Graben ausschachten; statt eine Einheit, ein großes Europa, zu erreichen, werden wir zwei Europas schaffen, und diese beiden Europas werden vielleicht immer mehr gegeneinander stehen. Ich denke an das Europa der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und an das Europa der Freihandelszone. Als Sozialisten können wir uns nicht mit allgemeinen theoretischen Gesichtspunkten zufriedengeben. Wir müssen realistisch denken und handeln.

**Horst Schultze** (Berlin): In der Frage des Beitritts herrschte gestern wohl ziemlich Einstimmigkeit. Neue Mitglieder werden für wünschenswert gehalten. Diesem Streben wirkt aber in einem gewissen Sinne der Wille entgegen, die Gemeinschaften zu demokratisieren, die Rechte des Europäischen Parlaments zu verstärken. Beides steht in einer bestimmten Relation zueinander. Jede weitere Verlagerung von Rechten auf das Europäische Parlament bedeutet doch für ein Land, welches später hinzukommt, daß es in einen Unionsbereich eintritt, in dem es einen großen Teil seiner Rechte, der Rechte seines Parlaments, sofort abgeben muß, ohne das Gewöhnungsstadium durchlaufen zu können.

Dasselbe gilt auch für den Fall, daß es uns gelingen würde, die politische Union voranzutreiben.

**Käte Strobel:** Ich möchte gern die erste Frage sofort beantworten, weil die Diskussion in eine völlig falsche Richtung laufen würde, wenn wir auf dieser Basis diskutierten.

Es handelt sich um folgendes: Den nationalen Parlamenten werden Rechte genommen, ohne daß diese Rechte auf das Europäische Parlament übergehen. Durch eine Stärkung des Einflusses des Europäischen Parlaments würden die beitragswilligen Staaten und ihre

Parlamente keine Rechte verlieren. Aber wenn sie jetzt auf der gegenwärtigen Basis beitreten, verlieren sie parlamentarische Rechte, ohne daß das Parlament, in das sie ihre Vertreter delegieren, diese Rechte bekommen hat. Demokratische Staaten, z. B. die Skandinavier oder die Engländer, müssen doch von vornherein einen Vorbehalt haben gegen die Abgabe von Rechten ihrer Parlamente, wenn diese Rechte nicht auf das gemeinsame Parlament übergehen. Insofern ist genau das Gegenteil der Fall: Jede Stärkung des Europäischen Parlaments kann sich nur positiv auf die Beitrittswilligkeit der Staaten auswirken.

**Hans Hangnell** (Schweden): Diese Fragen sind schwierig zu diskutieren, denn es geht hier sofort von der Wissenschaft zum Glauben: Wir glauben, daß eine Assoziierung so oder so sein muß; wir glauben, daß einer Zollunion eine Wirtschaftsunion folgen muß, die so oder so aussehen soll! - Das wissen wir aber nicht, denn wir kennen die Zukunft nicht.

In unseren einzelnen Ländern ist es sehr schwierig, Wirtschaftsfragen dem durchschnittlichen Wähler begreiflich zu machen. Schon Politik überhaupt ist sehr schwierig, Wirtschaftspolitik aber ist für die Majorität fast unbegreiflich. Nur eine kleine Gruppe vermag sie zu verstehen. Wenn wir von der nationalen Wirtschaft zur internationalen übergehen, wird diese Gruppe noch kleiner.

Das liegt aber nicht nur daran, daß die Probleme schwierig sind. Wir müssen hier auch eine andere Sache beobachten, nämlich das Recht, informiert zu werden. Nicht nur nachher, wenn etwas geschehen ist; wir müssen auch vorher informiert werden, um eine Sache beurteilen zu können. Und wir wissen aus unserer nationalen politischen Arbeit, wie lange es dauert, bis wir einen wirtschaftlichen Tatbestand dem Wähler nahe gebracht haben. Das bedeutet, daß wir auch sehr lange vorher informiert werden müssen, um den betreffenden Sachverhalt politisch diskutieren zu können. Wenn es schnell geht, bleibt es eine Sache der Spezialisten auf dem und dem Gebiet, und der Minister; sie können sich gut informieren und die Sache zusammenhalten. Aber der Rest von uns, auch soweit wir im Parlament sind, kann dieser Sache nicht folgen. Ich bin zwar nicht im Europäischen Parlament, aber ich glaube sagen zu können, daß es auch für die Abgeordneten, die von den sechs Ländern in das Europäische Parlament entsandt sind, sehr schwierig ist, auf diesem Gebiete wirklich zu folgen. Ich bin selber im Europarat und weiß deshalb, daß es schwierig ist. Man muß viel Zeit haben und reichlich informiert werden. Die Minister wollen die Informationen für sich behalten, um stärker zu sein. Das ist nicht nur national, das ist auch international so.

Zunächst müssen wir wissen, was wir wollen, wo die Macht liegt, mit wem wir über die Frage der Assoziierung sprechen sollen. Ist es eine Sache des guten Willens, und wenn, dann wessen guten Willens; mit wem soll man über Assoziierung sprechen?

Weswegen hieß es in dem Referat, Österreich könne nicht in der EFTA und in der EWG gleichzeitig sein? Warum nicht? Wie will man das wissen? Was ist überhaupt Assoziierung? Herr Hallstein hat vor dem Europäischen Parlament und dem Europarat gesagt, der Vertrag gestatte als Assoziierung sehr verschiedene Lösungen, einerseits solche, die dem Vertrag von Rom nur wenig von seinem Gehalt entleihen, andererseits solche, die einer vollständigen Übernahme der Vertragsbestimmungen fast gleichkommen.

Wenn jetzt Österreich bei seiner Assoziierung eine sehr geringe Ähnlichkeit mit dem Römischen Vertrag erreicht, soll es dann, obwohl es so wenig mit der EWG assoziiert ist, dennoch die EFTA völlig verlassen? Warum ist das notwendig? Es ist doch nach den Statuten der EWG möglich, nicht nur mit einzelnen Staaten, sondern auch mit internationalen Organisationen Abkommen über Assoziierung zu schließen. Deshalb würde es doch auch möglich sein, eine Assoziierung mit einem dritten Staat vorzunehmen, der einer anderen Assoziation angehört. Ich glaube also, man kann auf Grund der Statuten nicht sagen, daß es unmöglich ist.

Die wichtige Frage ist die von der SPD aufgeworfene Frage der Stellung des Parlaments, des Einflusses des Volkes in den internationalen Fragen. Wir sollen wir hier die demokratischen Prinzipien durchsetzen? Wenn das gelingt, sind das andere temporäre Probleme, Österreich usw. Wir wollen mit Hilfe dieser parlamentarisch-demokratischen Institutionen eine Wirtschaftspolitik treiben. Wir wollen international zusammenarbeiten. Wir müssen das, alle sind davon überzeugt. Aber wenn man internationale Zusammenarbeit aufbauen will, kann man zwei Wege gehen. Der eine ist die Politik der offenen Tür, d. h. internationaler Freihandel. Der andere Weg bedeutet mehr Machtvollkommenheit, nämlich hohe Zölle rings um die Staatengruppe und dann Verhandlungen mit den und den Staaten. In diesem Falle ist die Frage noch bedeutungsvoller, wer die politische Macht haben soll, in welche Hände sie gegeben werden soll: von Industriellen, welcher Partei? Politische Union! Aber wer soll da führen, und wie sollen die Betreffenden kontrolliert werden? Diese Fragen sind nicht klar.

Wenn man liberale internationale Politik treiben will, kann man den einfachen Weg gehen - die Zölle und andere Handelshindernisse abbauen. Dann fließen die Warenströme, und auf dieser wirtschaft-

lichen Zusammenarbeit und dem gemeinsamen Interesse, das daraus entsteht, kann man eine politische Gemeinschaft unter den Staaten aufbauen. Und bei dieser politischen Zusammenarbeit können die Staaten, die das wollen, noch einen Schritt weiter gehen, nämlich auf militärischem Gebiet. Aber man kann das auch von der anderen Seite aus sehen, wie die Militärs das tun: Die Hauptsache ist die militärische Macht; darum sollten wir eine politische Gruppierung bilden, die der militärischen Zusammenarbeit dient, und um diese militärisch-politische Zusammenarbeit aufbauen zu können, müssen wir eine Wirtschaftsgemeinschaft aufbauen, die auf diese militärisch-politische Zusammenarbeit abgestellt ist. Unter solchen Umständen kommt es zu einer engeren und härteren wirtschaftlichen Zusammenarbeit, als wenn man als Basis eine breite wirtschaftliche Zusammenarbeit über die ganze Welt - nicht nur in Europa oder gar einem Teil von Europa - hat und dann zu einer engeren politischen und militärischen Zusammenarbeit kommt.

Diese Fragen der Methode und der Kontrolle über die Methode sind sehr wichtig. Aber mit wem soll man darüber sprechen? Wo liegt die Macht? Wie kann das geändert werden? Es ist sehr schwer, eine solche Stelle bei der EWG zu erkennen und zu fassen. Ist es Herr de Gaulle oder wer?

**Ludwig Metzger:** Ich selbst darf mir zu der Frage Beitritt und Assoziierung eine Bemerkung erlauben. Käte Strobel hat in ihrem Vortrag sehr zu Recht gesagt, daß die Beitrittsverhandlungen mit Großbritannien und überhaupt die Verhandlungen in Form von diplomatischen Konferenzen geführt werden und daß infolgedessen die EWG auf etwas reduziert worden ist, was im vorigen Jahrhundert üblich war, was aber jetzt dem Wesen der EWG nicht entspricht. Man hat versäumt, die Kommission zum Verhandlungspartner zu machen. Das ist eine wichtige politische Frage, die auch juristisch gestützt werden kann, und *ich* habe das bei jeder Gelegenheit getan.

Der Ministerrat geht nur von dem Art. 238 des Vertrages aus. Hier ist von Abkommen die Rede. Aber der Ministerrat übersieht geflissentlich den Art. 228 des Vertrags. Da ist nämlich auch von Abkommen die Rede, und da heißt es: Soweit dieser Vertrag Abschluß von Abkommen - das betrifft also sowohl Assoziierungsabkommen als auch Beitrittsabkommen; nur auf diese Weise können die Dinge zustandekommen - zwischen der Gemeinschaft und einem oder mehreren anderen Staaten vorsieht, werden diese Abkommen von der Kommission ausgehandelt. Der Rat hat nur die Aufgabe, das Abkommen dann abzuschließen. Es ist also meines Erachtens juristisch eindeutig, daß der Ministerrat nicht nur die Möglichkeit des

Vertrags nicht ausgeschöpft hat, sondern daß er gegen den Vertrag gehandelt hat, wenn er die Kommission nur allenfalls beauftragt hat, gnädigst zugezogen hat. Nach dem Vertrag hat die Kommission die Verhandlungen zu führen. Hätte die Kommission die Verhandlungen mit England geführt, dann wären sie anders gelaufen und hätten nicht zu diesem unglücklichen Ende geführt. Vielleicht ist es zweckmäßig, daß sich Käte Strobel nun zu dem äußert, was bisher gesagt worden ist.

**Käte Strobel:** Ich glaube nicht, daß es jemanden gibt - und ich selber möchte auch nicht so verstanden werden -, der als Bedingung für Verhandlungen mit Österreich die Bereitschaft Österreichs verlangte, aus der EFTA auszuschneiden. Die Frage, ob das Verhandlungsergebnis in Form eines Wirtschaftsvertrages, in Form eines Handelsvertrages, in Form einer Freihandelszone oder in der Form der Assoziierung zustandekommt und welche Konsequenzen sich daraus für Österreich und die Gemeinschaft ergeben, muß natürlich am Ende der Verhandlungen und nicht am Anfang stehen. Eine andere äußerst wichtige Frage hat Herr van der Goes van Naters angeschnitten. Ich meine die politisch sehr wichtige Frage: Kann die EWG ihre innere Kraft als Wirtschaftsunion behalten, wenn sie so viele Assoziiierungen durchführt, kann sie so viele Assoziierungen verkraften? Ich würde dazu sagen: Man kann nicht ständig sagen, die EWG muß offen sein für die Assoziierungs- und Beitrittswilligen! und gleichzeitig sagen: Aber wird dadurch nicht unsere innere Kraft gefährdet?! Die Tatsache, daß die EWG nach innen eine so kolossale Entwicklung genommen hat, hat ja dazu geführt, die Beitritts- und Assoziierungswilligkeit zu beschleunigen und zu verstärken. Sie ist also geradezu ein Ausdruck ihrer kräftigen inneren Entwicklung. Eine solche Gefahr sehe ich nicht, zumal Assoziierungsverträge nicht von heute auf morgen abgeschlossen werden.

Zu der politischen Union und der in diesem Zusammenhang gestellten Frage. Ich würde sagen - und ich hoffe, daß ich da in Übereinstimmung mit meinen Freunden bin -, die Schaffung einer politischen Union, die institutionell und tatsächlich sozusagen über die anderen bereits bestehenden Gemeinschaften oder die fusionierten Gemeinschaften gestülpt werden *soll*, wäre nicht nur für die Beitritts- und Assoziierungsverhandlungen *schädlich*, sie wäre auch für die Entwicklung der Gemeinschaften als solche *schädlich*.

Deshalb würden wir keine politische Union akzeptieren, die über die bestehenden Gemeinschaften gestülpt oder die gar als Keil zwischen die bestehenden Gemeinschaften hineingetrieben wird. Ich würde vielmehr eine politische Kräftigung des europäischen Eini-

gungswillen darin sehen, daß die bestehenden Gemeinschaften weiter ergänzt werden durch die politischen Fragen.

Ich bin nicht der Meinung, daß man verschiedene Stufen schaffen sollte, die es dem einen Staat erlauben, in diese, dem andern, in jene Gemeinschaft - je nachdem, wie weit die Stufe entwickelt ist - einzutreten. Die sozialistische Fraktion des Europäischen Parlaments hat, als die Englandverhandlungen abgebrochen wurden, damals beschlossen, sie wolle innerhalb der Gemeinschaften keiner Entscheidung mehr zustimmen, die den Beitritt Englands und der übrigen beitragswilligen Staaten erschwert. Man muß nun, um diesen Beschluß auch tatsächlich verwirklichen zu können, in jedem Fall prüfen, ob das nun eine Erschwernis des Beitritts wäre oder ob es das nicht ist.

Zu der Frage der Koordinierung der Entwicklungspolitik - ist zu sagen, um es zu verdeutlichen: Es ist richtig, daß es eine Reihe bilateraler Vereinbarungen und Hilfsmaßnahmen gibt, die zum Teil natürlich zwischen den interessierten Mitgliedsstaaten und den interessierten afrikanischen Staaten unter besonderen Gesichtspunkten abgeschlossen werden. Das macht es den Afrikanern noch einmal schwerer, sich auf eine gemeinsame Politik zu einigen. Denn die armen Staaten in Afrika sind ja nicht in der Lage, ein Angebot der Reichen abzulehnen aus Gründen ihrer innerafrikanischen Situation oder Einigung, sondern nehmen jedes Angebot auf Grund ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lage an. Die Verantwortung für die Koordinierung liegt hier bei den sogenannten Geberländern. Die schwierigste Frage hat in unserer Diskussion unser schwedischer Freund aufgeworfen. Es ist sicher nicht leicht, darauf eine Antwort zu geben. Ich glaube, es ist sogar überhaupt nicht möglich, darauf eine Antwort zu geben, die uns alle befriedigt.

Welche Wirtschaftspolitik wollen wir in einer Wirtschaftsgemeinschaft treiben, wir alle zusammen als europäische Staaten bzw. als politische Kräfte in diesen Staaten, und wie können wir unseren Völkern, den europäischen Staatsbürgern, deutlich machen, daß es hier um gewichtige politische Fragen geht und welche politischen Kräfte die jeweiligen Entscheidungen tragen? Das geht zum Teil weit in das hinein, was gestern Willy Birkelbach deutlich gemacht hat mit dem Hinweis darauf, daß die letzte Entscheidung in der EWG nach der gegenwärtigen Konstruktion des Vertrags der Ministerrat hat. Aber bitte, man muß sehen: der Ministerrat entscheidet auf Vorschlag der Kommission nach Konsultation des Parlaments, und ich bin der Meinung, daß das Parlament, obwohl es im Vertrag nicht gerade sehr viele Rechte bekommen hat, doch bisher sogar

erfolgreich auf die Richtung der Wirtschafts- und Sozialpolitik der Gemeinschaften, soweit eine solche bereits entwickelt ist, Einfluß genommen hat, und zwar Einfluß genommen hat sogar in der Richtung, in der wir Sozialisten es uns wünschen müssen.

Insofern kann ich, wenn die Frage gestellt wird, welche Wirtschaftspolitik wir treiben wollen, nur sagen: natürlich die, die wir Sozialdemokraten für richtig halten. Wir wollen soviel Einfluß auf die Gemeinschaften ausüben wie nur möglich, um ein Höchstmaß an Verwirklichung unserer wirtschaftspolitischen Vorstellungen möglich zu machen. Das geht nur, wenn man drin ist, und nicht, wenn man draußen ist. Insofern kann man hier nur allgemeine Bemerkungen machen, die sicher nicht voll befriedigen.

Die Frage, ob es tatsächlich nicht möglich ist, einen Brückenschlag zwischen EWG und EFTA in ihrer heutigen Form zu gestalten: Nun, ich würde nicht einfach mit Ja oder Nein antworten. Die Tatsache, daß Bemühungen um eine Freihandelszone der beiden miteinander schon einmal gescheitert sind, muß nicht unbedingt bedeuten, daß man nicht, wenn es opportun ist, von neuem solche Bemühungen aufnehmen kann. Das, was Herr Dehousse über das Kreisky-Programm berichtet hat, zeigt doch z. B., daß es immer wieder andere Überlegungen gibt, um dem unbefriedigenden Zustand ein Ende zu bereiten. Ich würde meinen, daß die Kennedy-Runde, wie es Herr Neureither gesagt hat, eine gewisse Chance gibt, wenn der 50-prozentige Zollabbau erreicht ist, und daß man alle anderen Chancen nützen muß. Man muß jeweils pragmatisch vorgehen und darf sich pragmatischen Möglichkeiten nicht verschließen. Ich möchte im Augenblick nicht mehr dazu sagen.

**Alfred Mozer:** Die Arbeitsteilung, die Sie getroffen haben, die Trennung der internen und der extremen Fragen, ist nötig. Ich halte es nämlich für ausgeschlossen, daß man die interne Entwicklung voneinander trennen kann. Ich halte die Alternative für falsch - da schließe ich mich völlig Käte Strobel an - zu glauben, man könne sich erst intern in der Gemeinschaft stark machen, vollenden in einem gewissen Sinne, und dann sich mit der Umwelt beschäftigen. Das halte ich für eine in der Praxis und in der Konzeption unerlaubte Einstellung. Denn die Bedürfnisse dritter Länder, sich mit uns in irgendeiner Weise in Verbindung zu setzen, sind eine Folge unseres Erstarkens nach innen gewesen, und man muß darauf eine Antwort geben. Um ein Beispiel zu nennen, um zu zeigen, wie in der Praxis das aussieht, was Käte Strobel und Freund Metzger über die Unmöglichkeit des Zustandes gesagt haben, daß der Ministerrat und nicht die Kommission mit dritten Ländern verhandelt, möchte ich auf folgendes hinweisen. Die Verhandlungen mit den Englän-

dern waren in der Form, wie sie stattgefunden haben, einfach beschämend.

Anders kann man das nicht nennen. Stellen Sie sich vor: Die Kommission macht Vorschläge für die Sechs, das wird im Ministerrat beschlossen. Der Ministerrat tagt einmal als der Ministerrat der Sechs und dann mit dem Verhandlungspartner England. Das bedeutet praktisch, daß die Kommission ihren Vorschlag den Sechs unterbreitet, es wird vielleicht einiges daran geändert, und dann sagt man: jetzt ist der Augenblick gekommen, wo die Engländer hinzukommen können. Darauf hören die Engländer den definitiven Vorschlag, gebe eine Antwort darauf. Vielleicht sind die zu 80 Prozent damit einverstanden in bezug auf einen konkreten Punkt, vielleicht nur zu 40 Prozent. Sie meinen Gegenvorschläge. Dann kann man am Tisch nicht weiterverhandeln, kann nicht sprechen. Die Sitzung wird unterbrochen, die Engländer müssen verschwinden. Die Sechs diskutieren über den englischen Vorschlag und geben der Kommission einen Auftrag. Die Kommission kommt wieder in den Kreis der Sechs. Es wird über den Kommissionsvorschlag verhandelt. Dann dürfen die Engländer wieder hinzukommen. Ich habe in den ganzen Verhandlungen mit den Engländern keine einzige Sitzung erlebt, die zum angesetzten Zeitpunkt begonnen hätte. In der Regel mußten die Engländer vier oder fünf Stunden antichambrieren, ehe sie hereinkommen durften. Das ergab eine Atmosphäre, die einem günstigen Verhandlungsergebnis schädlich sein mußte, weil die Atmosphäre nun einmal mit einer Rolle spielt.

Dabei will ich Ihnen sagen - darauf lege ich den größten Wert -: Sie müssen sich vorstellen, daß es einfach nicht richtig ist, davon auszugehen, daß der Bruch dieser Verhandlungen seine Ursache in dem wirtschaftlichen Thema hatte, daß in Brüssel auf dem Tisch gelegen hat. Das war eine rein politische Entscheidung in Paris und nicht Ergebnis der Verhandlungen in Brüssel. Ich möchte darauf hinweisen, daß die Engländer schließlich erklärt hatten, sie würden den Vertrag, wie er auf dem Tische lag und wie er für die Sechs gilt, ohne Änderung akzeptieren. Was die Verhandlungen regeln sollte, war die Übergangszeit, die Anpassung. Dabei haben die Engländer zugesagt, daß sie die verkürzte Anpassungszeit akzeptieren, daß sie in fünf oder sechs Jahren das an Anpassung leisten wollten, wofür wir in unseren Ländern uns zwölf Jahre reserviert haben. Man muß diese Dinge in Erinnerung bringen, wenn man objektiv über die Erweiterung und das Mißlingen der Erweiterung sprechen will.

Aber nun zu einem anderen Punkt, der über die englischen Verhandlungen hinausgeht; damit komme ich zu unserem schwedischen Freund. Ich gehöre zwar zu dem Kreis der Leute in Brüssel, die als

Technokraten qualifiziert oder disqualifiziert werden. Aber ich will Ihnen sagen: Nach meiner Ansicht sitzt in dieser europäischen Integrationsfrage immer noch ein Stück Idealismus. Da komme ich zu einem konkreten Punkt, der uns von manchem der Länder in Europa, die sich mit uns entweder als Mitglied oder als Assoziierte verbinden wollen, vorgehalten wird.

Wir, die wir an der europäischen Integration als einer Struktur, die mehr umfaßt als die Regelung handelspolitischer Verhältnisse, gearbeitet haben, legen doch Wert darauf, deutlich zu sagen, daß mit der Lösung der handelspolitischen Verhältnisse das Problem der europäischen Einheit nicht gelöst ist. Das ist ein Punkt, den wir nicht vergessen sollten.

Es ist von einem der Vorredner gesagt worden, daß die Kennedy-Runde, wenn sie erfolgreich ist, eine Reihe der handelspolitischen Schwierigkeiten beseitigen wird. Ich bin darüber sehr froh. Aber vergessen Sie nicht, daß dann auch ein Stück Gefahr liegt, nämlich die Gefahr, daß man dann plötzlich entweder auf der Seite der einen - der Sprecher hat nicht zu Unrecht die Schweiz zitiert - das Bedürfnis nach engeren Verbindungen verliert, oder daß auf unserer Seite die Leute, denen an einer Erweiterung der Gemeinschaft nicht gelegen ist, sagen: jetzt sind die handelspolitischen Schwierigkeiten aus der Welt, jetzt besteht kein Grund mehr, daß wir uns damit beschäftigen, diese europäische Gemeinschaft zu erweitern. Das ist meine Kritik an den schwedischen Freunden: daß sie nur die handelspolitischen Dinge in den Mittelpunkt stellen, und daß ist meine Warnung an sie: wenn ihr die Verbindung zu Europa und dem politischen Zusammenschluß nicht weiter hinausschieben wollt, dann konzentriert euch nicht nur auf die handelspolitischen Probleme, sondern denkt auch einen Schritt weiter!

Aber kommen wir noch einmal auf das konkrete Beispiel Österreich zurück! Vor welchen Problemen stehen wir? Österreich hat aus seiner Neutralitätsverpflichtung heraus nicht die Möglichkeit, sich völlig der Gemeinschaft anzuschließen. Wie wir auch über die Neutralitätspolitik politisch denken mögen, wir haben nicht das Recht, den Österreichern zu sagen, ihre Argumentation sei nicht richtig.

**Herbert Wehner:** Ob wir das wollen oder nicht, hier geht es um eine Frage, die damals gar nicht anders beantwortet werden konnte und gar nicht anders beantwortet werden darf: Entweder besetztes Österreich oder ein freies Österreich? Wollen wir ein freies Österreich erhalten helfen? Das ist die politische Frage, die sich an alle Europäer wendet. Es ist eine entscheidende Frage, die man nicht aus den anderen Fragen ausklammern kann. Es ist eine Gewissensfrage,

und die muß man beantworten: wollen wir oder nicht? Österreich war nicht frei und bleibt nicht frei. Wir haben das zu respektieren, wir haben zu versuchen - weil wir freier sind - und wir haben die Aufgabe, den Österreichern zu helfen, ihre Freiheit zu erhalten. Das ist unsere Aufgabe.

**Paolo Suchi:** Ich teile die Sorgen um Europa, die hier angeklungen sind. Wir gehen meiner Meinung nach einem politischen Vakuum entgegen. Wir müssen dieses politische Vakuum vermeiden. Wir müssen in erster Linie vermeiden, daß die politische Konstruktion in die falsche Richtung geht. Um sagen zu können, wohin man geht, muß man die europäischen Fragen immer genau untersuchen.

Der Herr Vorsitzende hat auf das Problem der Vollmachten hingewiesen, die die Kommission in bezug auf Verhandlungen mit anderen Staaten hat. Ich bin völlig mit ihm einig. Ich bin der Ansicht, daß die Vollmachten der Kommission immer wieder in Erinnerung gebracht und von den Parlamentariern unterstützt werden müssen. Das ist die einzige konkrete Basis, über die wir bei dem Versuch verfügen, zu vermeiden, daß sich in Europa ein politisches Vakuum bildet.

Wenn ich Käte Strobel richtig verstanden habe, so hat sie an einer Stelle davon gesprochen, daß die Amerikaner zum Teil sehr hohe Zölle haben und daß selbst, wenn man diese Zölle linear um 50 Prozent senkt, immer noch auf amerikanischer Seite prohibitiv hohe Zölle bestehen, die einen starken Export in die Vereinigten Staaten verhindern. Was die gleichzeitige Reduzierung des gemeinsamen Außentarifs der Gemeinschaft angeht, der schon recht niedrig ist, so würde diese Senkung praktisch den Abbau jeden Zollschatzes für die sechs Länder des Gemeinsamen Marktes bedeuten. Das hat natürlich wirtschaftliche und soziale Folgen. Ich möchte lediglich den Aspekt, den Frau Strobel hervorgehoben hat, noch einmal aufnehmen, und zwar unter dem Gesichtspunkt der atlantischen Partnerschaft. Gestern wurde gesagt, daß die atlantische Partnerschaft auf der Gleichheit der Partner beruhen muß, wobei man unterstellt, daß eine analoge Situation zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und den Vereinigten Staaten von Amerika besteht. Wenn aber die Vereinigten Staaten noch einen effektvollen Zollschatz haben und die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft keine derartigen Zollmauern mehr besitzt und praktisch allen offensteht, ist eine solche Gleichheit zwischen den Verhandlungspartnern nicht mehr gegeben. Unter diesem Gesichtspunkt der Gleichheit hätten die Amerikaner keine Berechtigung für ihre hohen Zölle, die noch einen Schutz darstellen.

**Käte Strobel:** Meine Damen und Herren! Ich finde, auf Grund der Tatsache, daß hier sowohl Parlamentarier als auch Beamte der Exekutive in Brüssel und Beamte des Parlaments sowie Staatsbürger, die entweder in der Politik oder in der Wirtschaft an all diesen Fragen direkt Anteil nehmen, sich an unseren Diskussionen beteiligen, ist sehr deutlich geworden, wie sehr die Detail- und Fachfragen politische Fragen sind. Wir müssen begreifen, daß sich die Politiker um diese Fach- und Detailfragen kümmern müssen, wenn sie nicht von den Bürokraten und - ich verwende das Wort ungern, weil es in der letzten Zeit in abwertendem Sinne gebraucht wird - Technokraten falsch entschieden werden sollen.

Ich komme in diesem Zusammenhang auf das, was in der Bundesrepublik speziell in der letzten Zeit an Vernebelungstaktik angewandt worden ist mit der Formel, es sei notwendig, die Technokraten politisch zu kontrollieren, und mit dem Versuch, die Verantwortung für unpopuläre Wirkungen der Entscheidungen des Ministerrats auf die mysteriöse Kommission in Brüssel abzuwälzen, die politisch dem Volk nicht direkt sozusagen Rechenschaft geben muß. Das ist doch alles Vernebelungstaktik. In dieser Diskussion ist sehr deutlich geworden, daß zwar die Gemeinschaftsorgane in Brüssel mit ihrem Beamtenapparat die Entscheidungen durch Vorschläge vorzubereiten haben und daß es sehr wichtig ist, an dieser Vorbereitung auch von außen her mitzuwirken. Die Tatsache, daß das Parlament immer den Standpunkt vertreten hat; unsere Aufgabe als Parlament ist es, Gemeinschaftsentscheidungen und Gemeinschaftsbeschlüsse möglich zu machen, hat ja dazu geführt, daß die Organe des Parlaments, also z. B. die Ausschüsse, in ständiger Beratung mit den Mitgliedern und auch den Fachbeamten der EWG-Kommission stehen und den Versuch machen, über das im Vertrag geschriebene Recht hinaus auf die vorbereitenden Planungen der Kommission bezüglich ihrer Vorschläge an den Ministerrat Einfluß zu nehmen. Diese indirekte Wirksamkeit des Parlaments ist gegeben. Sie hat auch zu einer gewissen Solidarität zwischen dem Gemeinschaftsorgan Kommission und dem Parlament geführt, und darin liegt auch begründet, daß wir im Parlament und in der Öffentlichkeit immer den Standpunkt vertreten haben, wir müssen die Gemeinschaftsorgane stärken, wir als Parlament. Aber selbstverständlich muß mit diesem Prozeß der Stärkung der Gemeinschaftsorgane die Verstärkung der politischen Kontrolle einhergehen. Das ist ein Prozeß, der sich organisch gemeinsam entwickeln muß. Wenn man nur in der einen Richtung Einfluß nehmen kann und in der anderen keinen Einfluß haben kann, wäre das nicht zu verantworten.

**Alfred Mozer:** Die beste Illustration dafür, die beste Möglichkeit, um Kritik an diesem Organ zu üben, das hemmt, ist der Fall Israel. Der israelische Ministerpräsident hat die sechs Hauptstädte besucht und hat von allen Regierungen reale Zusagen bekommen, daß man für

Israel ein Übereinkommen finden wird. Als die Israelis die Liste ihrer Produkte vorlegten, hat man ihnen in allen Hauptstädten gesagt: jawohl, das geschieht. Und im Ministerrat hat dann jedes Land die Dinge abgestrichen, die ihm lästig waren, und übriggeblieben sind die Badeanzüge. So weit sind wir heute. Es liegt nur am Ministerrat, nicht an der Kommission, nicht am Parlament.

**Käte Strobel:** An diesem Beispiel wird aber deutlich, welche Gefahr es ist, daß der Ministerrat sich eine Geschäftsordnung gegeben hat, die seine Verhandlungen unter Geheimhaltung stellt.

Und jetzt der Hinweis von Herrn van der Goes van Naters, daß die ständigen Vertreter der Regierungen in Brüssel, die ja keinerlei politischer Kontrolle unterliegen, die keine gewählten Beamten sind wie z. B. die Mitglieder der EWG-Kommission usw., im wesentlichen sogar die Beschlüsse vorbereiten. Das, was z. B. Erhard als undurchsichtige Entscheidungen der Technokratie kritisiert, wird von der deutschen Bundesregierung hier ständig praktiziert. Die ganzen Entscheidungen im Ministerrat auf den einzelnen Ebenen werden doch von den Spezialkomitees vorbereitet. Die Spezialkomitees setzen sich zusammen aus Beamten der nationalen Regierungen. Insofern kritisiert Erhard die Praxis der eigenen Regierung, erweckt aber draußen den Eindruck, als ob er etwas ganz anderes tue. Es ist unsere Aufgabe, Licht in diese Dunkelkammer zu bringen. Es ist unsere Aufgabe, die Motive, die für das Zustandekommen der Gemeinschaften die ursprünglichsten Paten waren, dem Volk wieder deutlich zu machen: daß diese Gemeinschaften ein Schritt auf dem Wege zu einer Einigung Europas sind, die notwendig ist, um Frieden und Freiheit zu wahren. Das kann man natürlich nur, wenn man an den einzelnen Entscheidungen ihren politischen Gehalt deutlich macht und zeigt, in welche Richtung sie gehen. Dann muß man aber auch zeigen können, wer für diese Entscheidungen politisch verantwortlich ist. Diese Aufgabe kann im Augenblick praktisch nur das Parlament und können über das Parlament hinaus die politischen Parteien in den nationalen Staaten sowohl als auch auf europäischer Ebene wahrnehmen.

# Arbeitsgemeinschaft

## »Die EWG als wirtschafts - und sozialpolitische Union«

**Dr. Focke:** Gerade weil auf mich die Klarheit der Darstellung von Herrn Dr. Deist einen so großen Eindruck gemacht hat, wage ich es, hier einen Punkt aufzugreifen, der für mich persönlich diese Klarheit etwas getrübt hat, und der sich vielleicht in der Diskussion noch klären ließe. Dr. Deist hat bei seiner ersten These die politische Bedeutung der EWG sehr klar hervorgehoben und zum Schluß die Frage aufgeworfen, was in diesem Zusammenhang die politische Union für eine Rolle spielen könnte. Er hat dann sehr deutlich die beiden Wege, die zur Zeit zur Diskussion stehen, aufgezeigt, den Gemeinschaftsweg zur politischen Einigung Europas und den der konsultativen Allianz, den er ins 19. Jahrhundert verwies. Er hat dann gesagt, daß man leider in der Politik nicht immer den geraden Weg gehen könne, sondern auch Umwege in Kauf nehmen müsse. Hier setzt meine Frage an: Ist dieser zweite Weg tatsächlich ein Umweg, oder ist er nicht gerade auch nach Ihrer eigenen Analyse in Wirklichkeit nicht einmal das, sondern der Abweg, der all die anderen positiven Ansätze, die Sie aufgezeigt haben, zu blockieren droht, da wir ja wissen, daß derjenige, der diesen Weg vorschlägt, ihn nicht einmal als Umweg will? Denn wenn er das wollte, müßte er wenigstens die zwei Elemente, die immer zur Diskussion standen, nämlich von Anfang an wenigstens eine beratende Kommission und eine Revisionsklausel, die den Charakter des Umweges zum selben Ziel wenigstens gewährleisten würden, zugestanden haben. Da Sie dann mit Ihrer dritten These soviel Ansatzpunkte aufgezeigt haben, um trotzdem politisch auch heute weiterzukommen, würde ich persönlich es begrüßen, wenn man nicht einmal von diesem Umweg, jedenfalls nicht als institutionalisierte Konsultation, spräche. Vielmehr Konsultation: ja, aber nicht - um das Bild eventuell zu verwischen - Institutionalisierung dieser Konsultation.

**Nederhorst (Niederlande):** Ich möchte gern die Meinung von Herrn Dr. Deist in bezug auf die wirtschaftliche Entwicklung der EWG im allgemeinen wissen. Ich will ehrlich sagen, ich bin in dieser Hinsicht ziemlich pessimistisch. Ich glaube, daß Herr Marjolin in dieser Hinsicht recht gehabt hat, indem er darauf verwiesen hat, in welcher gefährlichen Lage wir uns befinden. Das Merkwürdige ist, daß wir, weil wir noch keine politische Vereinigung, noch keine politische Union haben, schon jetzt in dieser Zeit die Folgen der Politik eines

Landes empfinden. Ich denke an die Inflationsgefahr. Ich glaube, einer der Gründe dafür, daß die Gefahr der Inflation droht, ist die Rüstungsausgabe Frankreichs. Die "Force de frappe" hat zur Folge, daß ein ständiger Druck auf Preise und Löhne in Frankreich ausgeübt wird.

Das Merkwürdige ist, daß wir, die anderen Länder, die sich daran nicht beteiligen, doch die Folge davon fühlen. Wenn man die Ziffern des Außenhandels sieht, stellt man fest, daß, weil die Preise in Frankreich gestiegen sind, die Exporte - und ich nehme mein eigenes Land, ich nehme Holland - nach Frankreich sehr stark angestiegen sind. Dadurch hat eine Erhöhung der Kaufkraft in Holland stattgefunden, die wiederum die Preise hochtreibt. So pflanzt sich die Inflation ständig fort auf die anderen Länder, und es besteht die große Gefahr, daß jedes Land versucht, auf seine eigene Weise ein Antiinflationprogramm durchzuführen. Und wenn das in einem Land geschieht und in einem anderen Land nicht, oder wenn es in einem Land auf eine sehr ungenügende Weise geschieht, dann erreicht man nicht das Ziel. So werden wir eigentlich gezwungen zu einer gemeinsamen Wirtschaftspolitik und einer gemeinsamen monetären Politik.

Aber dann stellt sich die Frage: Ist das politisch erreichbar? Wird man politisch so weit kommen, daß die sechs Länder, durch die Not dazu gezwungen, bereit sind, zu einer gemeinsamen Wirtschaftspolitik zu kommen und damit einen Teil ihrer Befugnisse an die Exekutive zu übertragen?

Und das zweite Problem stellt sich: Sind wir dazu bereit, wenn wir nicht eine echte parlamentarische Kontrolle haben, die Wirtschaftspolitik, die Konjunkturpolitik durch die Exekutive in Brüssel bestimmen zu lassen, ohne daß wir wirklich die Möglichkeit haben, das abzuändern oder das zu kritisieren? In dieser Hinsicht ist die Rede von Herrn Marjolin nicht sehr ermutigend. Wenn auf diese Weise eine gemeinsame Wirtschaftspolitik in Europa getrieben würde, würde das bei uns und in vielen Ländern sehr großen Bedenken begegnen.

**Dr. Heinrich Deist, MdB:** Zunächst zu Frau Dr. Focke! Ich habe nicht gesagt, daß ich den Weg de Gaulles für einen möglichen Weg halte. Ich habe nur gesagt, wenn auf dem Gebiete der nichtkommerziellen Außenpolitik - ich lege auf diese Einschränkung Wert; auf dem Gebiete der kommerziellen Außenpolitik, der Außenwirtschaftsbeziehungen, ist die europäische Gemeinschaft bereits in großem Umfang tätig - und der Verteidigungspolitik die Voraussetzungen für eine Gemeinschaftspolitik noch nicht gegeben sind, sondern, so wie die Dinge liegen, nur für eine etwas verstärkte - wie Herr Birkelbach gestern sagte - institutionalisierte Konsultation und Kooperation, dann sage ich mir als Realist: Dann muß ich damit rechnen, daß einmal

ein Weg beschritten wird, der nicht über jene Institutionen geht, die von Hause aus auf die Herausbildung eines Gemeinschaftswillens angelegt sind.

Aber dann kommt ein Zweites. Das darf kein Abweg sein, sondern es muß allenfalls ein Umweg sein. Darum habe ich zum Schluß gesagt: Alle diese Konstruktionen müssen so angelegt sein, daß letzten Endes das, was wir heute als Europäische Wirtschaftsgemeinschaft haben, die politische Gemeinschaft in Form der Vereinigten Staaten von Europa wird. Nur meine ich, Frau Dr. Focke, wenn Umwege möglich sind, sollten wir nicht von vornherein davon ausgehen, daß das der Weg ist, den de Gaulle - übrigens in verschiedener Konzeption, nicht immer in der gleichen - in der Vergangenheit aufgezeichnet hat, sondern daß der Umweg einer ist, an dessen Entwicklung auch die anderen europäischen Staaten beteiligt sind. Es muß dafür Sorge getragen werden, daß es nicht jener Abweg ist, den sicherlich die bisherigen Konstruktionen - auch der Fouchet-Plan - darstellen, sondern daß es wirklich ein vielleicht unerwünschter, aber nicht zu vermeidender Umweg zu dem Ziele wird, die EWG letzten Endes fortzuentwickeln zu der gesamtpolitischen Union.

Ich sage nicht, daß ich diesen Weg wünsche. Ich bin nur der Auffassung, daß Realisten sich darauf einstellen sollten, daß ein solcher Weg möglich ist, damit sie von vornherein die Gefahren, aber auch die Notwendigkeit sehen, auf diese Gestaltung einen Einfluß zu nehmen, der die Entwicklung nicht blockiert, sondern sie letzten Endes doch nur vorwärtstreibt. So bitte ich das zu verstehen, was ich hier ausgeführt hatte.

Natürlich ist theoretisch, ja, ich möchte sagen, bei gutem Willen vielleicht praktisch, eine Konsultation auch in dem bisherigen Rahmen möglich. Nur gibt es manchmal Dinge in der Politik, die rational nicht ganz zu erfassen sind, die vernünftigerweise wohl so sein könnten, aber unvernünftigerweise nicht sein mögen. Und deshalb muß man sich vielfach mit Umwegen zufriedengeben. Aber es kommt eben darauf an, daß man diesen Weg, den Umweg, politisch mitgestaltet und nicht wie das Kaninchen auf die Schlange starrt.

De Gaulle will auf Abwege. Infolgedessen bleibt uns gar nichts anderes übrig, als nein zu sagen oder den Abweg mitzumachen. Man muß sich dann die Frage stellen, ob eine Chance besteht, auch auf diesem Abweg zu dem gewünschten Ziel zu kommen. Das war der Sinn meiner Ausführungen: daß solche Möglichkeiten jedenfalls in der Entwicklung liegen und von uns mitbetrachtet werden müssen.

Zweiter Punkt: Herr Nederhorst hat von der wirtschaftlichen Entwicklung und ihren Gefahren gesprochen. Ich bin der Auffassung, daß

Herr Marjolin recht hatte, mit allem Nachdruck auf die Gefahren hinzuweisen, die bei weiterem Zusammenwachsen der Wirtschaften für die Gesamtheit aus der unglücklichen Entwicklung in einzelnen Staaten erwachsen können, insbesondere aus dem derzeitigen inflationären Trend in Italien und in Frankreich. Ich sage, es war richtig, das zu tun. Nur, meine Damen und Herren, man darf und sollte nicht so pessimistisch sein, daß man nicht sagt: Vielleicht hat Herr Marjolin auf diese Gefahren so deutlich hingewiesen, weil er die Abwehrkräfte dagegen wachrufen wollte. Man sollte eines nicht übersehen: daß wir in der Vergangenheit in den europäischen Staaten überall einmal inflationäre Tendenzen gehabt haben, und daß wir - Gott sei's geklagt! - wahrscheinlich auch in Zukunft immer einmal mit gewissen inflationären Tendenzen rechnen müssen. Ich möchte meinen, daß diese Entwicklung in Frankreich zwar ganz bestimmte autonome Ursachen in Frankreich hat, daß aber im Zuge der weiteren Entwicklung sich Möglichkeiten über eine Koordinierung der Wirtschaftspolitik und entsprechende Einflüsse finden lassen, um die inflationäre Tendenz in Frankreich abzubremesen. Wir haben auch in Frankreich einmal eine längere Zeit stabiler Preise gehabt.

Ich weiß nicht ganz, ob Ihre Kausalreihe - Force de frappe und Inflation - so einfach zu ziehen ist. Mir ist im Augenblick der Anteil der Aufwendungen für die Rüstung an dem gesamten Volkseinkommen in Frankreich im Verhältnis zu anderen Ländern nicht geläufig. Als Deutscher weiß ich aus zwei bitteren Erfahrungen, daß übertriebene Rüstung sehr schnell zur Inflation führen kann. Aber ich meine, daß in Frankreich auch noch etwas anderes eine Rolle spielt, nämlich der Versuch, feudalistische Herrschaftsformen in einer pluralistischen Gesellschaft aufzurichten, und daß sich daraus eine Zersetzung, auch zersetzende Einflüsse auf das gesellschaftliche Gefüge ergeben, die eben nicht die Verantwortung der großen Gruppen stärken, sondern die diese Gruppen eigentlich systematisch aus der Verantwortung entlassen. Ich möchte annehmen, daß das vielleicht sogar der tiefere Grund für die allgemeine soziale Unruhe ist, die in Frankreich herrscht und die auch die Grundlage dieser inflationären Entwicklung bildet. Aber das kann für Menschen, die nicht allzu pessimistisch in die Zukunft blicken, sondern eine realistische Beurteilung zur Grundlage einer aktiven Politik und zur Grundlage der Überlegung machen, was geschehen kann, nur ein Anlaß sein, in stärkerem Umfang auf eine Koordinierung der Wachstumspolitik, insbesondere auch der Konjunkturpolitik hinzuwirken. Soweit ich Herrn Marjolin kenne, möchte ich Gift darauf nehmen, daß er diese realistische pessimistische Darstellung nicht nur um der pessimistischen Darstellung willen gebracht hat, sondern weil er mit aller Energie auf eine Koordinierung und Harmonisierung der Wirtschaftspolitik hinaus will. Und ich meine, daß das der Weg sein sollte.

Dritte Frage: Beitritt Großbritanniens. Meine Damen und Herren, ich möchte mich eigentlich im Augenblick an Spekulationen über Möglichkeiten des Beitritts nicht beteiligen, weil man bei der derzeitigen Situation - sowohl der in Entwicklung befindlichen in Frankreich wie auch der derzeitigen Vorwahlsituation in Großbritannien - durch unangemessene Spekulationen sehr leicht auch einiges verderben kann. In Großbritannien jedenfalls scheint mir auf allen Seiten die Neigung zu bestehen, sich nach Möglichkeit in dieser Frage nicht zu präjudizieren, und wir sollten keine Erörterungen anstellen, die geradezu eine Präjudizierung herausfordern.

Aber ich würde auch nicht so pessimistisch sein, davon auszugehen: im Jahre 1964 werden wir Rezessionen haben, oder 1965, und in Großbritannien werden wir eine große Konjunktur haben. Das hängt vielleicht auch von denen ab, die in Großbritannien und in Deutschland in diesen Jahren das Wirtschaftssteuer in der Hand haben und vielleicht dafür Sorge tragen können, daß unglückliche Entwicklungstendenzen durch rechtzeitige wirtschaftliche Gegenmaßnahmen aus der Welt geschafft werden.

**Dr. Düren:** Ich vertrete den Deutschen Industrie- und Handelstag. Ich möchte mir als Gast ein paar Überlegungen erlauben und dabei zum Teil auf das zurückgreifen, was schon behandelt ist, weil es mir doch wichtig erscheint, noch etwas klarer zu werden.

Ich möchte zuerst den Begriff der "Politischen Union" doch noch einmal ganz kurz behandeln. Sicher ist die EWG eine politische Union. Aber sie ist nicht die Politische Union. Sie entstammt einer politischen Wurzel, und sie ist gedacht als das aus der Sicht des Jahres 1955 bis 1957 doch wohl gängigste Mittel, um weiterzukommen auf dem Wege zur Politischen Union. Sie zu identifizieren mit der Politischen Union, halte ich für gefährlich, und zwar auf Grund von ein paar Überlegungen, die ich jetzt noch einmal anstellen möchte.

Die Haupttätigkeit der Kommission besteht doch vorerst in dem Versuch, zu harmonisieren. Diese Harmonisierung hat sehr viele technische Aspekte. Sie verändert sehr vieles nicht im Grundsätzlichen. Wir haben gestern auch, wie ich meine, zu Recht von Herrn Birkelbach die These gehört, daß eine Unifizierung dieses Bereichs der Sechs nicht angestrebt werden sollte. Die Vielfalt Europas soll erhalten werden.

Wir brauchen also hier eine gewisse vorsichtige Politik dessen, was zur Eigenart des einzelnen gehört, aber einer gemeinsamen Auffas-

sung und einem gemeinsamen Willen untergeordnet werden muß. Hierfür bietet der EWG-Vertrag doch nur sehr begrenzte Möglichkeiten. Es ist eine Frage, die, glaube ich, Herr Erhard bei seinem letzten Paris-Besuch Herrn de Gaulle gestellt hat, noch immer unbeantwortet: Was wird passieren, wenn am 1. Januar 1966 die Majorisierung eines Landes in der EWG in einer wichtigen Frage bei einer Entscheidung des Ministerrates möglich ist? Wird tatsächlich die Majorisierung vorgenommen werden, und wird sie das betroffene Land sich gefallen lassen? Diese Frage hat de Gaulle, soweit ich Herrn Erhard verstanden habe, nicht beantwortet, obwohl Herr Erhard sie ihm wohl zweimal gestellt hat. In dieser Problematik liegt ja ein Teil der Fragen beschlossen, die hier zur Diskussion gestellt worden sind. Die EWG hat vernünftigerweise in ihrem Vertrag - anders wäre sie wohl überhaupt nicht zustande gekommen - darauf verzichtet, von der Sicht des Jahres 1955 oder des Jahres 1957 an all die Dinge schon im einzelnen bestimmen zu wollen, die notwendig sind, wenn man am 1. Januar 1970 von einer Wirtschaftsgemeinschaft sprechen will. Man sollte diesen Begriff auch nicht überstrapazieren und sich etwa vorstellen, zu jenem Zeitpunkt muß zwischen Braunschweig und Bordeaux meinerwegen dieselbe Einheitlichkeit sein, wie sie heute zwischen Flensburg und Konstanz besteht. Das wird sicher zu diesem Zeitpunkt nicht sein können, wahrscheinlich auch nicht angestrebt werden. Aber entscheidend wird doch sein, ob der Wille da ist, auf die Ausübung von Souveränität dort zu verzichten, wo die Harmonisierung oder die Schaffung gemeinsamer und einheitlicher Bedingungen zur Voraussetzung macht, daß ein bestimmter nationaler Aspekt für den einen und für die Gemeinschaft nicht mehr als ausschlaggebend angesehen wird. Hier sind ja doch sehr viele Gebiete, in denen das noch alles in Frage steht.

Herr Dr. Deist hat unter der These, die EWG sei eine fortschrittliche Gemeinschaft, gesagt: die öffentliche Gewalt müsse ordnen, es gehe nicht nur um das Niederreißen von Schranken. Sicher! Aber auf welcher gedanklichen Grundlage und nach welchem gedanklichen Leitbild soll diese ordnende Funktion der öffentlichen Gewalt hier eigentlich stattfinden? Wir haben - und das ist mein Eindruck auch von Herrn Dr. Deists Vortrag gewesen - vielleicht zu stark den Gauben, daß die bisher erzielten Erfolge automatisch zu den Entscheidungen bezüglich des Souveränitätsverzichts, bezüglich der Entwicklung eines einheitlichen Leitbildes führen müssen, die notwendig sind, wenn wir am 1. Januar 1970 etwas Ähnliches wie eine Wirtschaftsgemeinschaft haben wollen. Aber genügen die Erfolge der letzten sechs Jahre eigentlich wirklich, um das schon als wahrscheinlich erscheinen zu lassen? Die Zeit, die vor uns liegt, sind nicht mehr volle sechs Jahre, und die schwierigsten Punkte müssen nun entschieden werden. Sie

werden, wie wir ja heute sehen, überall sehr viele fundierte Interessen des einzelnen treffen. Es ist nicht so - das glaube ich doch sagen zu sollen -, daß nur Herr de Gaulle, seine Politik und seine Wunschvorstellungen uns in der EWG Kopfschmerzen machen. Wir haben im eigenen Bereich auch Dinge, die für uns sehr ernst und sehr schwierig sind. Sie haben die vier Bereiche: Wettbewerbspolitik, Agrarpolitik, Handelspolitik und Verkehrspolitik aufgezählt, die großen Tätigkeitsgebiete. Im Bereich der Verkehrspolitik sind wir wirklich noch am Punkt null. Dabei ist für eine einigermaßen praktikable Lösung einer Agrarpolitik die Lösung der verkehrspolitischen Fragen unerlässlich. Hier stehen Fragen an, die wirklich sehr schwierig zu entscheiden sind. Denn sie greifen hinein in gewachsene Strukturen und in politische Prinzipien, die entscheidend sind. Hier sind wir noch keinen Schritt weiter in der Erkenntnis dessen, wieweit man hier gehen kann und gehen soll. Ich habe den Glauben, daß die Chancen der fünf, die hier in einer gewissen natürlichen Abwehrposition gegenüber zu weitgehenden Wünschen, Forderungen und Positionen de Gaulles stehen, wahrgenommen werden müssen. Ich habe den Glauben, daß diese Chancen etwas stärker wahrgenommen werden. Aber sie sind nicht, selbst nicht in dieser negativen Zielrichtung, so einheitlich, wie unterstellt wird.

Wenn Sie weiter sagen, daß es sehr große französische Interessen gibt, die mit dem Entwicklungsinteresse der Gemeinschaft identifiziert werden können - Agrarpolitik, Regionalpolitik und das Prinzip der Wirtschaftspolitik -, so weiß ich nicht, ob die Dinge hier auch aus der Sicht der Franzosen stark genug sind, daß sie mit dem gemeinschaftlichen Entwicklungsinteresse kombiniert werden müssen. Ich habe hier gewisse Zweifel. Ich bin nicht einmal überzeugt, daß der Markt der anderen Fünf für die Lösung der französischen Agrarsorgen der einzige Weg ist. Es gibt zumindest quantitativ, vielleicht auch politisch für die Franzosen die Möglichkeit, hier eine andere Alternative zu sehen. Es ist nicht zu Unrecht, glaube ich, im Dezember 1963 in dieser Dramatik der Brüsseler Verhandlungen die Frage gestellt worden, ob die Franzosen etwa die EWG verschwinden lassen könnten „Disparaître“ hat de Gaulle selbst gesagt, als er in seiner Ansprache deutlich machen wollte, wie ernst es ihm um diese Frage ist. Dabei unterstelle ich allerdings immer wieder - ich sehe die Dinge nur aus der Sicht der Wirtschaft -, daß er für wirtschaftliche Fragen nicht sehr viel Gefühl und nicht sehr viel Verständnis hat.

Ich glaube, daß - das ist die letzte Fragestellung, auf die ich kommen wollte- die Kennedy-Runde eines der großen Mittel sein kann, um der EWG in ihrer inneren gemeinschaftlichen Meinungsbildung und Willensbildung weiterzuhelfen. Ich halte es für richtig, daß der Versuch gemacht worden ist, deutsche Konzessionen im Bereich der

Agrarpolitik zu kombinieren mit der Bereitschaft der Franzosen, ernsthaft an der Kennedy-Runde mitzuarbeiten. Hoffentlich stimmt dieses Bild, das wir uns äußerlich als Beobachter der Vorgänge machen. Ich weiß nicht, wieweit unsere Unterrichtung hier vollständig genug ist. Es ist wahrscheinlich unser aller Schuld in der Bundesrepublik, daß die Bildung einer einheitlichen agrarpolitischen Vorstellung in der EWG bisher nicht möglich war. Das mag einer der Gründe sein, die die Chancen der Kennedy-Runde nicht allzusehr vergrößern. Auf der anderen Seite steht vor uns wieder auf die bange Frage: Wie ernst nehmen die Amerikaner selbst noch die Kennedy-Runde? Wird sie auch aus deren Sicht der große Prüfstein sein, was sie zu Zeiten Kennedys sicher hatte sein sollen. Ich glaube, daß wir, selbst wenn die Kennedy-Runde zumindest im Jahre 1964 die Erwartungen nicht erfüllt, die wir mit ihr verknüpfen, wieder zu uns selbst und zu unserer eigenen Entschlossenheit zurückkommen, diese EWG zu einem guten Ende, zu einem Erfolg zu führen. Hier ist, glaube ich, manches rein gedanklich bei uns selbst in der Bundesrepublik und im Kontakt mit unseren Partnern der EWG noch sicher einer Kritik, einer Überprüfung und einer Weiterentwicklung bedürftig.

**Dr. Heinrich Deist, MdB:** Ich möchte zunächst Herrn Dr. Düren zustimmen. Wenn man unter politischer Union eine Gemeinschaft versteht, die den ganzen Umkreis der Politik einschließlich der Verteidigungs- und Außenpolitik umfaßt, dann ist die EWG heute noch nicht die politische Union. Aber ich habe ja deutlich gemacht, daß ich den Unterschied so nicht sehe, sondern den Unterschied zwischen Politik und technisch-wirtschaftlicher Tätigkeit sehe und daß ich keine Möglichkeit sehe, Wirtschaftspolitik, Sozialpolitik, Militärpolitik und Außenpolitik prinzipiell zu trennen. Sie sind vielmehr stark miteinander verkettet, sie alle sind wesentliche Bestandteile einer Politik im modernen Sinne des Wortes. Wir sind auf dem Wege zu dieser vollen politischen Union. Aber das, was wir heute haben, ist ein politisches Instrument und ein politisches Element in der weltpolitischen Entwicklung. Das sage ich nur zur Klarstellung. Ich habe den Eindruck, daß wir darin weitgehend übereinstimmen.

Herr Dr. Düren stellt weiter die Frage, wie man sich dazu stellt, daß Herr Professor Erhard an de Gaulle die Frage gestellt hat: Wie ist es mit der Möglichkeit des Mehrstimmrechts, läßt sich ein Land wie Frankreich überstimmen? Meine Damen und Herren, ich würde eine solche Frage nicht theoretisch stellen und würde eine solche Frage nicht heute für die Zeit von morgen und übermorgen stellen. Ich bin der Auffassung, auch wo die Abstimmung auf Mehrstimmrecht beruht, aber große Staaten beteiligt sind, deren Integrationsprozeß noch im Gange ist, wird man gegenseitig Rücksicht nehmen, insbesondere dann, wenn entscheidende, sogenannte vitale Interessen.

auf dem Spiele stehen. Das ist eine Sache, die nicht aus der Welt zu schaffen ist, solange die Staaten als wesentliche Bestandteile des Ganzen nicht beseitigt sind. Wieviel Rücksicht nimmt die Bundesregierung auf vitale Interessen aller seiner Länder und ihrer Regierungen in Parlamenten, auch wenn sie in der Lage wäre, durch einen Bundestagsbeschluß eine Überstimmung herbeizuführen! Das sind Realitäten, die man sehen muß. Entscheidend ist, ob im normalen Gang der Dinge, wenn also nicht solche exceptionellen vitalen Fragen zur Debatte stehen - und das können immer nur einzelne wichtige Dinge sein -, sich ein Staat überstimmen läßt. Da würde ich sagen, das hängt nicht nur von de Gaulle und nicht nur von seinem Willen ab, sondern von den ganzen Umständen der Interessenlage und den Machtverhältnissen in diesem Augenblick. Ich würde heute weder ein negatives noch ein positives Urteil darüber abgeben, was in Zukunft geschehen kann. Wenn ich meine, daß man die Dinge aktiv vorwärtstreiben muß, so will ich sagen, daß man dafür sorgen muß, daß es im Jahre 1966 in der Öffentlichkeit als eine Selbstverständlichkeit betrachtet wird, daß die einzelnen Nationen eng begrenzte Nationalinteressen gegenüber den Gemeinschaftsinteressen zurückstellen müssen. Wenn es gelingt, diese öffentliche Meinung zu forcieren, dann muß es möglich sein, mit dem Mehrstimmrecht ein funktionsfähiges Organ herbeizuführen. Mir scheint, daß auch bisher, sogar da, wo Einstimmigkeit erforderlich ist, vielfach im Interesse der Verständigung die eigenen Interessen zurückgestellt wurden. Das ist eine Frage des politischen Prozesses und des politischen Gewichts. Ich weigere mich, zu sagen: alles deutet darauf hin, daß die Situation 1966 so sein wird, daß die Zusammenarbeit scheitern muß, wenn ein Staat wie Frankreich nicht bereit ist, Mehrheitsmeinungen zu akzeptieren. Ich würde auch sagen, ich weiß nicht, wie 1966, 1967 oder 1968 die politische Landschaft in Frankreich aussieht.

Herr Dr. Düren hat noch die wichtige Frage nach der aktiven Wirtschaftspolitik der Gemeinschaft gestellt. Ich habe den Eindruck, daß wir uns auch in Deutschland bis auf Nuancen dahin durchgerungen haben, daß wir immer nur Ordnungsmaßnahmen wollen, die den freien Lauf der Wirtschaft nicht über Gebühr strapazieren, daß wir eine freie Marktwirtschaft aufrechterhalten wollen. Ich habe den Eindruck - sicherlich gibt es in allen Dingen immer Nuancierungen -, daß die Auffassung darüber sich allmählich auch in Deutschland klärt. Den harten dogmatischen Streit über diese Frage hat es eigentlich nur bei uns gegeben, in keinem anderen vernünftigen Lande, würde ich beinahe sagen. Aber die wichtigere Frage, die Sie gestellt haben, ist die: Genügen sechs Jahre - wir alle wissen, daß für deutsche Verhältnisse jedenfalls das französische System der Planifikation, wie es in der Vergangenheit gehandhabt wurde, das

sich übrigens auch in der Entwicklung befindet, nicht das richtige System wäre - für eine Aktivität der Kommission der europäischen Gemeinschaft auf diesem Gebiete? Ich würde eine andere Frage stellen: Können wir es uns leisten, daß der wirtschaftliche Integrationsprozeß so fortschreitet, daß die agierenden Kräfte in der privaten Wirtschaft auf europäischer Basis wirken, während die öffentliche Gewalt nachhinkt und meint, noch mit nationalen Instrumenten der Dinge Herr werden zu können? Das ist ein gewisses Dilemma, in dem wir stecken. Es wird immer Phasenverschiebungen geben. Aber ich bin eigentlich glücklich darüber, daß diese innere wirtschaftliche Integration so schnell vorwärtsschreitet, daß sie sogar die Termine für die Inangasetzung der Zollunion überrannt hat und daß wir nunmehr gezwungen sind, auch auf dem Gebiete der Koordinierung der Wirtschaftspolitik, der Sozialpolitik und der Finanzpolitik weitere Schritte zu unternehmen. Das wird Spannungen geben. Aber wo gibt es in der freien Welt keine Spannungen! In anderen Regimen soll es auch welche geben. Aber bei uns gehören sie zum anerkannten Inhalt dessen, was passiert, weil es Freiheit ohne Spannung und ohne Entwicklung nicht geben kann. Ich sehe also hier keine entscheidenden Gefahren.

Zum Schluß die Frage: Was kann das Europäische Parlament tun? Wir haben doch seit, na, 10 Jahren etwa mit der Gemeinsamen Versammlung ein einziges Parlament, die Ministerräte wechseln immer. Warum kann sich das Europäische Parlament nicht durchsetzen?

Zunächst: die Prämisse ist falsch; denn das Europäische Parlament hat sich in seiner Zusammensetzung ebenfalls in der Länge der Zeit gewandelt und ist nicht ein konstanter Block geblieben, der sich vielleicht schon allein wegen seines Schwergewichtes gegenüber den schwankenden Gestalten im Ministerrat hätte durchsetzen können. Also diese Prämisse trifft nicht zu.

Aber ich möchte auf die Frage eingehen, die gestellt ist: Liegt die Schwäche des Parlaments daan, daß es formell nur so wenige Zuständigkeiten hat, oder liegt sie daran, daß das Parlament im Grunde genommen doch unfähig ist, seine Aufgabe zu erfüllen, weil seine Mitglieder zum Teil in den Landesparlamenten sitzen usw.

Meine Damen und Herren, ich meine, die Frage ist falsch gestellt. Das Europäische Parlament ist ein Stein in dem Mosaik der Machtverhältnisse in Europa, und zu den gewichtigeren Machtpositionen gehören auf Grund der Tradition bis heute noch die Institutionen in den Ländern, in den Mitgliedstaaten, und wir sind auf dem Wege, das ist ein Prozeß, in dem sich die Machtverhältnisse verlagern. Von Lassalle stammt ein Wort, das wir uns immer wieder merken

sollten: ~Verfassungsfragen sind Machtfragen", und es kommt darauf an, wie die Machtstruktur sich in Europa verändert.

Und da muß allerdings die Frage gestellt werden - und die möchte ich jetzt stellen und beantworten -: Hat das Parlament das getan, was im Wandel der Verhältnisse erforderlich war, um seine Position zu stärken und die Entwicklung zu einer echten parlamentarischen Institution vorwärtzutreiben? Ich hoffe, daß ich das heute in meinen einleitenden Ausführungen schon klargemacht habe: das hat das Parlament in großem Umfange getan. Und zwar nutzte es dabei das Dreiecksverhältnis, das in der europäischen Gemeinschaft zwischen den drei Organen Ministerrat, Kommission und Europäisches Parlament besteht. Ministerrat: überwiegend nationale Interessen, nicht sehr geneigt, politischem Fortschritt die Bahn zu brechen. Die Kommission: ausgesprochen politisch, mit dem zähen Willen, ihre Aufgabe - denn die Schaffung der europäischen Gemeinschaft ist die Aufgabe der Kommission - durchzuführen. Und das Parlament, das seine Stunde wahrnehmen mußte. Und ich meine, es hat sie wahrgenommen, ebenso wie die Kommission ihre Stunde wahrgenommen hat. Beide als politische Instanzen haben begriffen, daß Fortschritte insbesondere dann erzielt werden können, wenn diese beiden europäischen Institutionen, Kommission und Parlament, weitgehend zusammenwirken, um die nationalen Hemmungen im Ministerrat zu überwinden.

Ich habe heute früh dargelegt, es hat ein gutes Zusammenspiel zwischen dem Parlament und der Kommission gegeben, und ich möchte sagen: dieses Zusammenspiel geht über die Arbeit der parlamentarischen Ausschüsse mit den Mitgliedern der Kommission weit über das hinaus, was man sich normalerweise als möglich vorstellen könnte. Hier hat sich durch die ständige Zusammenarbeit ein enges Verhältnis herausgebildet, das dazu geführt hat, daß die Kommission um ihres Zieles willen bereit ist, dem Parlament über seine Ausschüsse Einfluß zu gewähren, und das Parlament seinerseits sich dadurch Einfluß und Kontrollrecht de facto errungen hat. Ich glaube, diesen Tatbestand sollte man nicht übersehen: de facto ist die Stellung des Europäischen Parlaments viel, viel stärker, als sie nach dem Verträge gedacht ist und als sie nach außen in Erscheinung tritt. Und darum möchte ich hier sagen: das Parlament hat diese Stunde wahrgenommen, hat diese politische Aufgabe begriffen. Man muß sich die Entschließung, ich glaube, vom Juni des vergangenen Jahres, über den institutionellen Aufbau einmal ansehen: wie systematisch da vorgegangen wird, um den verschiedenen Institutionen, insbesondere auch dem Parlament, zunächst schrittweise größere Befugnisse zu gewinnen, und wie trotzdem deutlich das Endziel herausgestellt wird, das für die institutionelle Ordnung gewünscht wird.

Darum kann die Antwort nur sein: Ich meine, daß das Parlament seine Aufgabe wahrgenommen hat. Gestatten Sie mir, in Parenthese zu sagen: Auch Parlamentarier sind Menschen mit allen menschlichen Schwächen, und auch ein Parlament ist von solchen Schwächen nicht frei. Aber mit dieser Einschränkung möchte ich sagen: das Parlament hat seine politische Aufgabe wahrgenommen.

**Posthumus** (Niederlande): Herr Präsident, ich möchte nach den sehr klaren Darstellungen unseres Freundes Dr. Heinrich Deist gern noch zwei Bemerkungen machen. Die erste Bemerkung ist gewissermaßen eine Reaktion auf das, was Herr Dr. Düren gesagt hat, als er von den Schwierigkeiten sprach, die wir jetzt mit der europäischen Verkehrspolitik haben. Ich möchte nicht nur an die Verkehrspolitik, sondern auch an die Energiepolitik denken. Die europäische Verkehrspolitik ist sehr allgemein in den Vertrag aufgenommen worden, die Energiepolitik ist nicht in ihn aufgenommen worden, und sie gehört doch eigentlich in die drei Verträge hinein. Aber die Problematik, der wir jetzt hinsichtlich der Verkehrspolitik gegenüberstehen, ist eigentlich die gleiche wie die, die uns auf dem Gebiete der Energiepolitik beegnet.

Nach fünf Jahren Zusammenarbeit in Europa sind wir durch die allgemeinen politischen Rückschläge jetzt in eine Lage gekommen, in der das einander Geben und Nehmen viel schwieriger ist als in den ersten vier Jahren. Die Bereitschaft der Nationalstaaten, der Nationalregierungen im Ministerrat, einander etwas zu geben und voneinander etwas zu nehmen, ist viel kleiner als am Anfang.

Verkehr und Energie sind zwei besonders schwierige große Bereiche. Auf dem Gebiete der Energie besteht z. B. zwischen der Haltung Italiens und Hollands, die eine völlig freie Energiewirtschaft wünschen, einerseits und der Haltung der Kohle produzierenden Länder, wie Deutschland und Belgien, andererseits ein so starker Gegensatz, daß man hier im Augenblick eigentlich nicht zu einer Gesamtlösung kommen kann. Mir ist auch klar, worauf das beruht. Denken wir doch an die Entwicklung auf dem Gebiete der Agrarpolitik! Da ist Herr Mansholt oder die Kommission - muß ich sagen - mit einer europäischen Konzeption gekommen. Diese europäische Konzeption des Herrn Mansholt ist korrigiert und geschwächt, vielleicht hier und da gestärkt worden durch die Nationalinteressen der Regierungen. Aber die Kommission ist von einer europäischen Konzeption ausgegangen und war bereit, für den Fall, daß die Gefahr bestanden hätte, daß das Ziel wegen der Nationalinteressen nicht erreicht worden wäre, zu sagen: Wir machen es nicht, die Verantwortlichkeit liegt beim Ministerrat.

Was geschieht auf den Gebieten Verkehr und Energie? Hier gibt es keine europäische Konzeption. Ehrlicherweise muß ich sagen: Ja, es gibt vielleicht eine europäische Konzeption für die Energie im Memorandum der drei Exekutiven. Das ist möglich, das ist eine europäische Konzeption, obgleich es da noch Schwierigkeiten für die Nationalstaaten gibt, und zwar für beide Seiten. Auf dem Gebiete des Verkehrs gibt es eigentlich keine europäische Konzeption.

Herr Dr. Deist hat in seiner Darstellung von der deutsch-französischen Verständigung gesprochen. Er hat dabei nicht über den deutsch-französischen Vertrag gesprochen. Ich möchte gern ein Wort dazu sagen. Ich komme aus einem der kleinen Mitgliedstaaten. Herr Dr. Deist hat gesagt: Wenn im Ministerrat einmal die Mehrheitsregelung besteht, kann man natürlich die essentiellen Interessen eines der großen Staaten nicht negieren.

Ich möchte daran etwas anderes anknüpfen. Ich möchte hier sagen, daß nicht nur für die kleinen Staaten, sondern auch für die großen Staaten in Europa das wichtigste die föderalistische Zusammenarbeit ist. Es darf nicht nur die Quantität der Bevölkerung, sondern es muß auch die Qualität eine Rolle spielen. Für uns als kleine Staaten ist ein föderaler Aufbau Europas die einzige Garantie für ein Minimum an Sicherheit. Aber dann darf es auch nicht ein Ministerrat, sondern dann muß es eine europäische Regierung sein, der wir auch vertrauen können und die in einem gewissen Augenblick sagt: Leider muß ich hier Holland oder Belgien oder Luxemburg einige Schwierigkeiten bereiten, die aber ein anderes Mal auch sagt: Leider muß ich jetzt Frankreich oder Deutschland eine Schwierigkeit bereiten. Das gibt das Vertrauen, daß wir in wirklichen Vereinigten Staaten von Europa regiert werden.

Wir haben gedacht, der französisch-deutsche Vertrag würde für uns ein großer Schlag sein. Wir haben gedacht: Die zwei werden jetzt miteinander bestimmen, was mit uns geschehen soll, sie kommen, nachdem sie sich verständigt haben, in den Ministerrat usw., und vielleicht kommen auch die Parlamentarier dieser beiden Länder nach einer Verständigung ins Europäische Parlament. Man hat mir einmal gesagt, daß die französischen Parlamentarier aller Parteien, bevor sie nach Straßburg gehen, wenn es um die großen Sachen geht, von ihrer Regierung eine Art Instruktion bekommen. Das hat man mir gesagt; ich weiß nicht, ob es wahr ist. Aber wenn sich diese Übung weiter ausbreitete, nicht nur auf die Beamten, nicht nur auf die Regierungen, sondern auch auf die Parlamentarier, dann würde der deutsch-französische Vertrag natürlich ein Schlag für jede föderale Zusammenarbeit sein. Ich möchte hier sehr deutlich sagen: die einzige große Partei in den zwei Ländern, die es verstanden hat, daß diese Gefahr mit dem deutsch-französischen Vertrag verbunden

war, war die SPD in Deutschland. Und ich möchte hier gern als Mitglied eines kleinen Landes sagen, daß wir das nicht vergessen können.

Klink: Ganz kurz einige Fragen! Es wurde festgestellt, daß der Zollabbau bei Industriegütern im Innenverkehr der EWG heute 60 Prozent betrage. Dieser Zollsatz wird sehr häufig als ein Indiz für die Dynamik und Vitalität der Europapolitik angesehen. Meines Erachtens zu Recht. Nur, meine ich, wird dieser Zollabbau, wenn man sich in der Europapolitik schwergewichtig auf den Zollabbau konzentriert, eine Reihe von Schwierigkeiten aufwerfen, die dadurch bedingt sind, daß der Zollabbau eben nicht gekoppelt ist mit dem Abbau der übrigen Wettbewerbsbeschränkungen, insbesondere auf steuerlichem Gebiet. Und hier, meine ich, ist für eine ganze Reihe von Wirtschaftsbereichen eine Reihe von Schwierigkeiten aufgetreten. Ich brauche die Wirtschaftsbereiche hier nicht zu nennen. Ich könnte hier vielleicht noch einen anderen Bereich nennen, die Wertindustrie. Sehen wir uns beispielsweise die Beihilfen an, die die französischen und italienischen Werften bekommen, und beobachten wir die schleppende und hinhaltende Taktik beim Abbau dieser Beihilfen.

**Dr. Deist, MdB:** Wenn es irgendein Gebiet gibt, wo die wirtschaftspolitische Auffassung über das, was man tun müßte, zwischen den verschiedenen Staaten völlig divergiert, dann ist es das Gebiet der Energiepolitik. Mir scheint, daß auf diesem Gebiete aus diesen Gründen mit ein Teil Zeit verspielt worden ist. Wenn ich heute in meinen Ausführungen die Energiepolitik nicht erwähnt habe, dann nicht deswegen, weil ich meine, auf diesem Gebiete müßten nicht alle Anstrengungen gemacht werden, um vorwärtszukommen, sondern deshalb, weil ich mit Herrn Posthumus der Auffassung bin, daß, jedenfalls kurzfristig gesehen, unter dem Aspekt, unter dem ich meine Einführung gesehen habe, die Möglichkeiten zur Entwicklung einer gemeinsamen Energiepolitik begrenzt sind.

Zu der Frage betreffend den deutsch-französischen Vertrag kann ich mich kurz fassen. Ich bin dankbar, daß Herr Posthumus anerkannt hat, wie wir Sozialdemokraten uns in Deutschland in dieser Hinsicht bemüht haben, alle positiven Kräfte - es sind nicht nur die Sozialdemokraten gewesen - hinsichtlich einer europäischen Zusammenarbeit zu mobilisieren. Es hat sich gezeigt, wie stark im Grunde genommen diese europäischen Kräfte in Deutschland sind und wie gering die Zahl derjenigen ist, die meinen, bilaterale Beziehungen ausnutzen zu können zu einem Hegemoniedenken und einem Großmachtdenken, das in das vergangene Jahrhundert und nicht in das jetzige gehört. Ich meine aber, die Annahme des Vertrages mit der

Präambel und die Praxis in der Zwischenzeit haben einmal erwiesen, daß das, was an diesem deutsch-französischen Vertrag fruchtbar ist, nämlich über den deutsch-französischen Gegensatz hinwegzukommen und zu einer Verständigung mit Frankreich zu kommen, erhalten geblieben ist, daß aber alles das, was drüber hinaus als Sprengpulver für die europäische Gemeinschaft wirken sollte, von Anbeginn an aus diesem Vertrag heraus ist, weil er mit dieser Präambel ratifiziert worden ist. Das wollte ich zu diesem Thema gern gesagt haben, weil ich mich freue, daß jedenfalls dieses Gebiet eine Entwicklung genommen hat, über die nicht nur wir Deutschen, sondern, ich glaube, die Europäer und die übrige Welt Zufriedenheit zeigen können.

Nun zu der Haltung Kennedys! Wir gewöhnen uns an, in der Politik furchtbar zu moralisieren. Es wird z. B. die Frage gestellt: Wird Chruschtschow eigentlich sein Wort halten, kann man ihm trauen? Demgegenüber ist wichtig nur die Frage: Sind eigentlich die reale Interessenlage und die Machtverhältnisse so, daß er summa summarum so handeln muß? Das ist die einzige reale Grundlage für ein Miteinanderarbeiten, jedenfalls in der Außenpolitik. Natürlich hat Kennedy auch daran gedacht, daß ein Aufschwung des Welthandels außerordentlich starke Inzente für eine Überwindung der Rezession in Amerika und in Großbritannien und auch für eine Erleichterung der Schwierigkeiten mit den Entwicklungsländern geben würde. Alles das sind Probleme für Amerika. Aber es sind doch keine amerikanischen Probleme. Die Frage der Rezession in Amerika und die Frage einer Stagnation in Großbritannien ist ein Weltproblem, das für die wirtschaftliche Entwicklung der übrigen Welt, je enger die Zusammenarbeit in der Weltwirtschaft wird, immer größer wird.

Eine allgemeine Lösung des Problems der Entwicklungsländer ist ein Weltproblem und daher ein europäisches genauso wie ein amerikanisches Problem. Darum würde ich die Tatsache, daß jeder auch an seine eigene wirtschaftliche Entwicklung denkt - ich habe den Eindruck, die deutsche Regierung und das deutsche Parlament denken bei solchen Aktionen auch gelegentlich an das eigene Interesse -, nicht als einen Mangel, als einen Fehler ansehen, sondern vielleicht als die beste Grundlage für eine vernünftige Zusammenarbeit. Wenn die Interessen der verschiedenen Staaten zur gleichen Politik drängen, dann ist das die beste Grundlage für eine gleichgerichtete Politik. Das Kriterium ist nicht, ob ich damit auch meine eigenen Probleme im eigenen Lande löse, sondern ob ich einen Beitrag zur Lösung der bisher ungelösten Weltprobleme leiste. Daß der Kennedy-Vorschlag ein solcher Beitrag ist, das sollte von uns nicht verkleinert werden. Der Erfolg der Kennedy-Runde liegt daher nicht nur im amerikanischen Interesse, sondern mindestens genauso

sehr im europäischen Interesse. Das wollte ich gern so deutlich gesagt haben, weil ich meine, daß man nicht in falsche Beurteilungskategorien hineingeraten sollte.

Es kommt aber ein Zweites hinzu: daß die einzelnen Mitgliedstaaten und ihre Regierungen - ich nehme die deutsche Bundesregierung dabei gar nicht aus - nur allzu gern die europäische Gemeinschaft als Prügelknaben für Preiserhöhungen verwenden, die auf die innere Politik selber zurückzuführen sind. Ein Teil der Preiserhöhungen auf dem Agrarsektor vor etwa einem Jahr ist darauf zurückzuführen, daß der Deutsche Bundestag in seiner Mehrheit alle Margen, die gegeben wurden, bis oben hin ausgenutzt hat und damit das Preisniveau höher angesetzt ist, als es notwendig gewesen wäre. Ich darf darauf hinweisen, daß, nachdem die Kaffee- und Teezölle gefallen waren, wir in Deutschland durch Verbrauchsteuern diesen Vorteil beseitigt haben, so daß die Senkung der Kaffee- und Teezölle den Verbrauchern in Deutschland nicht zugute gekommen ist.

Und ob bei einer wirksamen Kartell- und Monopolpolitik die Margarinepreise bei uns in Deutschland steigen müßten, ist mir zumindest sehr zweifelhaft. Ich kann mich da auf die Übereinstimmung mit Herrn Schmücker berufen. Trotzdem steigen sie. Das heißt, wir sollten sehr deutlich machen, ein großer Teil der Preissteigerungen, die bei uns in Deutschland auf Gebieten eintreten, auf denen auch die EWG tätig ist, ist einmal darauf zurückzuführen, daß die europäische Zusammenarbeit nicht genügend funktioniert und zum anderen durch ausgesprochene staatliche Maßnahmen im nationalen Bereich begründet. Das wollte ich gerade zu diesem Fragenkomplex noch sagen.